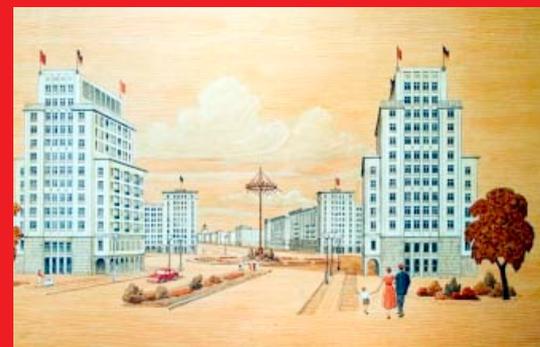




Ostermarsch für ein entmilitarisiertes Deutschland

Das NEUE FORUM und der Runde Tisch der Jugend in Potsdam rufen auf zum Ostermarsch für ein entmilitarisiertes Deutschland.
Treffpunkt: an Ostermontag, dem 16.4.1990 um 15.00 Uhr am Eingang Schloß Glienicke.
Weg: über die Glienicke Brücke, Berliner Straße zum Wehrkreiskommando Ecke Humboldtbrücke.
Es sprechen: Taichiro Kajisura (Japan)
Hartmut Mechtel (Potsdam)



26 | 2009

Brandenburgische Archive

Berichte und Mitteilungen aus den Archiven des Landes Brandenburg

Kosten runter?

ECM rein!

www.optimal-systems.de

Die Enterprise Content Management-Suite von OPTIMAL SYSTEMS ist Software für digitale Archivierung, Dokumentenmanagement und Workflowprozesse. Aber nicht nur das – OSIECM spart Zeit durch schnellere Zugriffszeiten,

OSIECM spart Papier durch digitale Workflows, OSIECM schafft Platz durch digitale Archivierung, OSIECM sorgt für Ordnung durch zentrale Ablage aller Daten und nicht zu letzt: OSIECM reduziert Kosten – ist doch klar!

Inhalt

Archivalische Quellen zum Lehnwesen der Niederlausitz in Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs	3
<i>Kathrin Schröder</i>	
Sicherung und Bewertung der Braunkohlenbestände im Brandenburgischen Landeshauptarchiv	15
<i>Katrin Verch</i>	
Stadtarchiv und Stadtjubiläum: Prenzlau	20
<i>Sabine Nietzold</i>	
Benchmarking: Kennzahlen für Archive	25
<i>Mario Glauert</i>	
Planungs- und Architekturgeschichte der DDR im Fokus – Die Wissenschaftlichen Sammlungen des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner	35
<i>Harald Engler</i>	
<i>Quellen zur brandenburgischen Landesgeschichte</i>	
Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit	41
<i>Katrin Verch</i>	
 Mitteilungen	
Neues Außenmagazin für das Brandenburgische Landeshauptarchiv im Wissenschaftspark von Potsdam-Golm	49
<i>Mario Glauert</i>	
Retrokonversion archivischer Findmittel: SED-Bezirksleitungen	50
<i>Katrin Verch</i>	
Wanderausstellung des Brandenburgisches Landeshauptarchiv Aktenkundig: „Jude!“ – Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg Vertreibung – Ermordung – Erinnerung	51
<i>Monika Nakath, Kärstin Weirauch</i>	
„Aktenkundig: ‚Jude!‘ Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg Vertreibung – Ermordung – Erinnerung“ Ansprache zur Ausstellungseröffnung	53
<i>Klaus Neitmann</i>	

Neuerscheinungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 2008	56
„Die Uckermark“, „Die Prignitz“ und „Die Altmark“: Lieselott Enders' kurmärkische Landschaftsgeschichten	59
<i>Klaus Neitmann</i>	
Das Evangelische Pfarrerbuch für die Mark Brandenburg als digitale Ausgabe	62
<i>Uwe Czubatynski</i>	
<i>Aus der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv</i>	
15 Jahre danach – Kreis- und Gemeindegebietsreform in Brandenburg. Erfahrungen aus der Sicht der Kreisarchive	64
<i>Brigitta Heine</i>	
Brandenburgischer Archivpreis 2008 erstmals vergeben	69
<i>Wolfgang Krogel</i>	
Mein Auslandspraktikum im Stadtarchiv / Stadtmuseum Innsbruck	70
<i>Patrick Krause</i>	

Impressum

Schriftleitung: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Postfach 60 04 49, 14404 Potsdam,
Tel. 0331/5674-126; Fax 0331/5674-112; E-Mail: Kaerstin.Weirauch@blha.brandenburg.de

Redaktion: Dr. Wolfgang Krogel (Evang. Landeskirchliches Archiv, Berlin; Vorsitzender des Landesverbands Brandenburg
im Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.), PD Dr. Klaus Neitmann (BLHA), Dr. Mario Glauert
(BLHA), Kärstin Weirauch (BLHA)
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Dr. Uwe Czubatynski (Domstiftsarchiv Brandenburg); Stephan Diller (Stadtarchiv
Prenzlau); Dr. Harald Engler (IRS); Dr. Mario Glauert (BLHA); Brigitta Heine (Kreisarchiv Landkreis Barnim); Pa-
trick Krause (BLHA); Dr. Wolfgang Krogel (ELAB); Dr. Monika Nakath (BLHA); PD Dr. Klaus Neitmann (BLHA);
Sabine Nietzold (Stadtarchiv Prenzlau); Kathrin Schröder (BLHA); Dr. Katrin Verch (BLHA).

Aufnahmen: Helga Bagemihl (BLHA); Dr. Harald Engler (IRS); Dr. Mario Glauert (BLHA); Patrick Krause (BLHA); Stadtarchiv
Prenzlau

Redaktionsschluss: 15. März 2009

Gesamtherstellung: gh grafic house gmbh, Berlin.

Titelbild: Karte der Mark Brandenburg aus dem 16. Jahrhundert (BLHA, AKS 610 B).

© Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Landesverband Brandenburg im VdA – Verband dt. Archivarinnen und Archivare e. V.

Erscheint einmal jährlich, kostenlose Abgabe.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder.

Alle bisher erschienenen „Brandenburgische Archive“ sind im Internet abrufbar unter: www.landeshauptarchiv-brandenburg.de

Archivalische Quellen zum Lehnwesen der Niederlausitz in Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs

Von Kathrin Schröder

Die Wurzeln des niederlausitzischen Lehnwesens reichen wohl zurück in die Zeit der deutschen Eroberung und Besiedlung des Landes im Hochmittelalter, aber wegen der spärlichen Quellen ist über seine frühe Entwicklung wenig bekannt. Die Grundlage für ein festgeschriebenes Lehnrecht wurde durch das Privileg geschaffen, das König Wladislaw II. von Böhmen und Ungarn am 1. Februar 1507 als Markgraf der Niederlausitz erließ; darin gestand er den niederlausitzischen Lehnträgern die gleichen Freiheiten wie denen in Schlesien zu und bevollmächtigte den Landvogt, seinen Vertreter im Lande, dazu, selbst den Vasallen ihre Lehen zu reichen.¹ Am 28. Januar 1526 gewährte sein Sohn Ludwig seinen Lehnleuten in der Niederlausitz großzügig erweiterte Verfügungsrechte über ihren Lehnbesitz², die dessen Nachfolger, König Ferdinand I., der erste habsburgische Markgraf der Niederlausitz, am 26. Mai 1538 weitgehend bestätigte.³ Sein „Privilegium Ferdinandeum“ bildete seitdem das Kernstück der niederlausitzischen Lehnverfassung und wurde von den nachfolgenden Landesherrn stets bestätigt. Es garantierte den Vasallen eine nahezu uneingeschränkte Verfügungsgewalt über ihre Güter, die sie ohne Einwilligung verkaufen, verpfänden, vertauschen und mit Schulden belasten durften. Ihre Pflichten bestanden vor allem in der Lehnbefolgung, der Leistung des Lehneides und in der Vererbung des Lehens an die männlichen Nachkommenschaft. Dem Lehnherrn stand das Heimfallsrecht zu, falls Nachkommen und Mitbelehnte des Vasallen ausstarben. Er konnte Geldstrafen für begangene Lehnfehler erheben, den Besitz bei Lehnuntreue und Straffälligkeit einziehen und auf Antrag des Vasallen das Lehen in Erbe umwandeln.⁴ Im Privileg hieß es ausdrücklich, dass jeder im Lande Eingeborene höheren und niederen Standes zum Erwerb von Lehngütern berechtigt sei – was sich nur auf tatsächlich lehnfähige Personen bezog: Erbuntertänige Bauern waren bis zur Aufhebung des Abhängigkeitsverhältnisses im Laufe des 19. Jahrhunderts

ausgeschlossen. Frauen, Bürgern und geistlichen Personen wurde dagegen frühzeitig die Erlaubnis zum Erwerb eines Lehngutes erteilt, letzteren erst nach Einführung der Reformation. Nach der Wende zum 17. Jahrhundert behinderte auch die katholische Konfession eine Zeitlang den Erwerb und Besitz eines Lehngutes, aber da es dazu keine festgeschriebene lehnrechtliche Bestimmung gab, räumte man später den Katholiken gleiche Rechte ein.⁵ Die Herausbildung weitreichender Verfügungsrechte der Lehngutsbesitzer wurde durch die eigenständige Entwicklung begünstigt, die das Markgraftum Niederlausitz als Nebenland weit entfernt und häufig wechselnder Herrscher nahm. Die seit Anfang des 15. Jahrhunderts in Erscheinung tretenden Landstände, bestehend aus der Geistlichkeit, dem Adel und den vier Immediatstädten Lübben, Luckau, Calau und Guben, gewannen frühzeitig eine starke Stellung und übernahmen neben dem Landvogt wichtige Aufgaben der Landesverwaltung. Sie nutzten den landesherrlichen Geldbedarf und ihr Recht zur Steuererbewilligung zur Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen und gelangten so im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts in den Besitz einer ganzen Reihe von Rechten, wobei dem Privilegium Ferdinandeum als verfassungsmäßiger Grundpfeiler der Niederlausitz erstrangige Bedeutung zukam. Jeder neue Landesherr bekräftigte nach Regierungsantritt die Wahrung und Einhaltung der bestehenden Privilegien der Stände, wofür diese sich ihm gegenüber zu Treue und Gehorsam verpflichteten. Der Übergang der Niederlausitz an Kursachsen im Jahre 1635 brachte in lehnrechtlicher Hinsicht keine einschneidenden Veränderungen mit sich. Im Traditionsrezess vom 10. Mai 1635, der u. a. die staatsrechtliche Beziehung der Niederlausitz zu Sachsen regelte, sicherte der Kurfürst den Ständen die Erhaltung ihrer Privilegien und Freiheiten zu. Die sächsische Verwaltung versuchte indes, an den althergebrachten Grundrechten zu rütteln und das in einigen Klauseln abweichende sächsische Lehnrecht auf die Niederlausitz zu übertragen, um in allen Landesteilen eine größere Gleichförmigkeit zu erzielen. 1774 erhielten die niederlausitzischen Stände den Auftrag zu prüfen, ob das Sächsische Lehnmandat von 1764 auch in ihrem Land angewendet werden könne. In langwierigen Auseinandersetzungen beharrten sie auf dem Privilegium Ferdinandeum, dessen Fortgeltung sie weitgehend verteidigen konnten. In einzelnen Punkten mussten sie allerdings Mo-

1 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (im Folgenden BLHA), Rep. 23 C Niederlausitzische Stände U 9.

2 BLHA, Rep. 23 C Niederlausitzische Stände U 12.

3 BLHA, Rep. 23 C Niederlausitzische Stände U 17.

4 L. Große: *Entwicklung der Verfassung und des öffentlichen Rechts der Niederlausitz seit dem Traditions-Receß vom Jahre 1635.* [Lübben] 1878, S. 238 f.

5 Johann Wilhelm Neumann: *Das Provinzial-Recht des Markgraftums Niederlausitz in zwei Abtheilungen nebst einer Darstellung der früheren Niederlausitzischen Verfassung als Einleitung.* Frankfurt (Oder) 1837, S. 164 ff.

difikationen nach sächsischem Recht hinnehmen, so etwa die Einführung der Mitbelehnung zur gesamten Hand, wodurch das Eigentum gleichzeitig dem Hauptvasallen sowie allen Mitbelehnten übertragen wurde und somit deren Zustimmung bei Dispositionen über das Lehngut erforderlich gemacht wurde. Da der neue Erwerber eines Gutes aber seine Mitbelehnten selbst bestimmen und sich von ihnen per Lehnrevers die freie Disposition über seinen Lehnbesitz garantieren lassen konnte, wurden seine Verfügungsrechte kaum beschnitten. Kaufverträge über die Lehnsgüter mussten der Lehnbehörde zur Konfirmation vorgelegt werden. Auch eine zu große Belastung der Güter mit Schulden erforderte, sofern diese den halben Wert des Gutes überstiegen, von nun an den landesherrlichen Konsens. Insgesamt gesehen blieben jedoch die grundlegenden Vorrechte der Lehnsgutsbesitzer weiterhin bestehen.

Landvogtei und Oberamtsregierung als Lehnbehörden und die Archivierung ihrer (Lehn)Akten

Die oberste Verwaltung und Gerichtsbarkeit des Markgraftums Niederlausitz wurde seit dem ausgehenden 13. Jahrhundert in Stellvertretung des abwesenden Landesherrn, d.h. seit 1370 des Königs von Böhmen, durch den Landvogt wahrgenommen, der Anfang des 16. Jahrhunderts seinen festen Amtssitz im Schloss zu Lübben einrichtete. Zusammen mit seinem Kanzler bildete er das Oberamt als oberste Justizbehörde. In Ausübung der lehnherrlichen Rechte nahm er Belehnungen vor, fertigte in seinem Namen die Lehnbriefe aus und forderte die Lehndienste ein. Die Stände setzten 1598 durch, dass der Landvogt vom Landesherrn aus ihren Reihen ausgewählt wurde. Während des 30jährigen Krieges war es um die Verwaltung wegen der kriegsbedingten Wirren und Gefahren sehr schlecht bestellt. Die Landvogtei in Lübben wurde 1633 von plündernden schwedischen Truppen überfallen und ausgeraubt.⁶ Der Landvogt selbst hatte das Land verlassen und die Regierungsgeschäfte seinem Kanzler übertragen, der aus Angst vor weiteren Plünderungen und vor der Bedrohung durch die Pestgefahr mit der Oberamtskanzlei und dem Archiv zeitweise auf die Festung Peitz bzw. in den Spreewald flüchtete. Erst gegen Ende des Krieges beruhigte sich die Lage

⁶ „...sindt vielle alte Documenta, Privilegia, Nachrichten und Acten bey der Landvogtthey und Ratheußē weggenommen, alle deponirte Gelder, darunter 10 000 Reichstaler. ...die Scripturen haben die Soldaten genommen und anstatt des Strohes denen Pferden unter gestreuet“. Auszug aus der Lübbener Stadtchronik des Christian Böhmer, BLHA, Rep. 8 Lübben, Nr. 01/1-1, Bl. 209v-210r.

wieder. Im Frühjahr 1645 wurde das Lübbener Schloss wieder hergestellt, und das Oberamt nahm seine Tätigkeit dort wieder auf.⁷

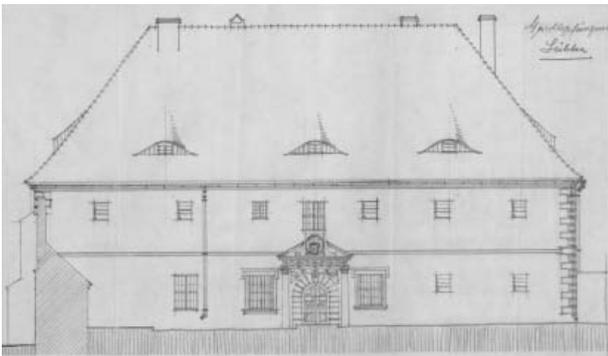


Renaissancegiebel des Schlosses zu Lübben, 1924 (Postkartensammlung)

Die Übernahme der Landesherrschaft durch den dritten Sohn des 1656 verstorbenen Kurfürsten Johann Georg I., Herzog Christian I. von Sachsen-Merseburg, der das Markgraftum Niederlausitz als Hauptbesitz erhielt, zog einschneidende Veränderungen nach sich. Mit ihm besaß die Niederlausitz erstmals einen eigenen Landesherrn, der sich der bestehenden Probleme zielstrebig und mit Weitblick annahm. Die nachteilige Konzentration der Regierungsgewalt in der Hand des Landvogtes war in den letzten Jahrzehnten in allen Verwaltungsbereichen deutlich zu Tage getreten. Christian I. nahm deshalb den im Jahre 1665 erfolgten Tod des Landvogtes Heinrich Joachim von der Schulenburg zum Anlass, um seine geplante Verwaltungsreform umzusetzen. An die Stelle des Landvogts sollte eine ihm direkt unterstellte kollegiale Behörde

⁷ Rudolf Lehmann: *Geschichte des Markgraftums Niederlausitz. Der Schicksalsweg einer ostdeutschen Landschaft und ihrer Menschen.* Dresden 1937, S. 196.

treten. Die Stände zeigten sich diesem Plan gegenüber aufgeschlossen, wollten aber das ihnen bisher bei der Einsetzung des Landvogtes zustehende Mitspracherecht auf die Besetzung der neuen Beamtenstellen übertragen wissen. Die Verhandlungen führten zu einer gütlichen Einigung, und so wurde die Oberamtsregierung durch das Privileg vom 7. März 1666 förmlich begründet und am 6. April in Lübben vom Landesherrn selbst eingesetzt. Ihren Sitz bezog sie wie einst die Landvogtei im Lübbener Schloss, bis sie 1676 in ihr neues, genau gegenüber liegendes Gebäude mit dem repräsentativen barocken Eingangsportal einzog. Es wurde nach ihrer Auflösung als Gefängnis genutzt und 1945 zerstört.



Bauzeichnung des ab 1824 als Gerichtsgefängnis genutzten und 1945 zerstörten Gebäudes der Oberamtsregierung, Ausschnitt (Rep. 3 B Karte 448/3 C)

Die Oberamtsregierung bestand aus fünf Personen, die im Lande eingeboren oder angesessen und evangelischer

Konfession sein mussten, nämlich aus einem Präsidenten sowie aus zwei adligen und zwei bürgerlichen Räten. Den Ständen stand bei der Besetzung der Stellen ein Vorschlagsrecht zu. Kein Mitglied des Kollegiums sollte sich von seiner Arbeit durch die Bekleidung weiterer Ämter ablenken lassen. Alle mussten während ihrer Amtszeit in Lübben wohnen und hatten das Recht, für ihr Haus auswärtiges Bier, Wein und andere Genussmittel einzulegen. Weiteres Personal bestand aus zwei Sekretären, einem Lehnregistrator, vier Kanzlisten, einem Kanzleidiener und zwei Regierungsboten. Die Oberamtsregierung war die oberste Justiz- und Verwaltungsbehörde sowie die Lehnkurie des Landes, somit gehörten Prozess- und Kriminalsachen, Polizei- und Grenzangelegenheiten zu ihrem Aufgabenbereich. Sie führte Aufsicht über die Witwen und Waisen sowie über Kammergut, Zölle, Straßen und die geistlichen Stiftungen. Sie war Aufsichts- und Appellationsinstanz aller Untergerichte und des Landgerichtes, und ihr oblagen die Polizei- und Militärverwaltung sowie die der direkten Steuersachen. Auch die Angelegenheiten der Stände gehörten in ihren Zuständigkeitsbereich, und sie berief deren Landtage ein. Ihre Organe waren in Rechtsverhältnissen die Patrimonialgerichte und Herrschaftskanzleien, die landesherrlichen Justizämter, die Stadträte und Stadtgerichte sowie in Verwaltungsangelegenheiten die ständischen Landesältesten, die landesherrlichen Ämter und die Stadträte der fünf Kreisstädte Luckau, Lübben, Guben, Calau und Spremberg. Ihre Exekutivorgane waren die vier Geleitsleute, einer in jedem Kreis, mit



Einsetzung des Regierungskollegiums der Oberamtsregierung durch Christian I., 1666 (Rep. 23 C Niederlausitzische Stände U 79)

Ausnahme des Spremberger Kreises, der vom Calauer Geleitsmann mit übernommen wurde. Sie war während der Regierungszeit der sachsen-merseburgischen Herzöge dem Landesherrn direkt und nach dem 1738 erfolgten Rückfall der Niederlausitz an das kursächsische Haus dem Geheimen Konsilium in Dresden unterstellt.⁸

Durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815 fiel die Niederlausitz mit anderen sächsischen Landesteilen an Preußen und verlor ihren Status als selbständiges politisches Gebilde. Mit der Verordnung vom 14. März 1816 wurde die Oberamtsregierung wie auch alle anderen Oberbehörden der Niederlausitz aufgelöst. Ihre Aufgaben im Bereich der Justiz übernahm das Oberlandesgericht in Frankfurt (Oder), die Verwaltungsangelegenheiten gingen auf die neu gebildete Regierung Frankfurt (Oder) über. Die damit verbundene Trennung der Zuständigkeitsbereiche zog eine Zersplitterung der vorhandenen Aktenüberlieferung nach sich. Die von der Verwaltung noch benötigten Akten wurden an die preußischen Nachfolgebehörden, vor allem an die Regierung Frankfurt und das Oberlandesgericht Frankfurt, abgegeben. Letzteres übernahm die Zuständigkeit der Oberamtsregierung für Lehnangelegenheiten, deshalb gelangte ein beträchtlicher Teil der Lehnakten dorthin. Als das Oberlandesgericht bzw. Appellationsgericht (seit 1848) in Frankfurt 1879 aufgelöst wurde, übernahm das Kammergericht zu Berlin dessen Aufgabenbereich in Lehnsachen und somit auch die entsprechenden Akten. Nach deren Abgabe an das Preußische Geheime Staatsarchiv in Berlin wurden sie dem Bestand Rep. 4 B Oberlandesgericht Frankfurt (Oder) zugewiesen. Etwa die Hälfte dieses Bestandes ist durch den Brand des Dahlemer Magazins Ende April 1945 vernichtet worden. Es finden sich im heutigen Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz noch 78 Bände Lehnangelegenheiten der Niederlausitz im Bestand der X. Hauptabteilung (Provinz Brandenburg) Rep. 4 B, und zwar 46 Bände Generalia aus der Zeit 1543–1891 sowie 32 Bände Spezialia aus der Zeit 1639–1855.⁹

Ein Teil der Akten der Oberamtsregierung verblieb in Lübben und wurde dort mehreren umfangreichen

Kassationen unterzogen. 1827 wurden die Reste dem Rentamt Lübben und dem Landgericht bzw. Land- und Stadtgericht Lübben übergeben und Mitte des 19. Jahrhunderts von den Ständen in das Ständische Archiv im Landhaus überführt.¹⁰ 1945 lagerte man wertvolle Teile der Lehnregistratur der Landvogtei und der Oberamtsregierung in einen Bergwerksschacht bei Staßfurt aus. Von dort gelangten sie nach Goslar, später in das Staatliche Archivlager Göttingen und in das Geheime Staatsarchiv. 1987 wurden sie im Zuge des Kulturgüteraustausches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR an das Staatsarchiv Potsdam (seit 1991: Brandenburgisches Landeshauptarchiv) abgegeben. Die Überlieferung der niederlausitzischen Quellen zum Lehnwesen wird demnach im Geheimen Staatsarchiv und – mit dem umfangreicheren und bedeutsameren Teil – im Brandenburgischen Landeshauptarchiv verwahrt. Neben den Lehnunterlagen der Potsdamer Bestände Rep. 17 A Landvogtei und Rep. 17 B Oberamtsregierung sind noch wenige Lehnakten im Bestand Rep. 3 B Regierung Frankfurt (Oder) vorhanden. Erwähnenswert sind auch die zum Teil aus später verloren gegangenen Unterlagen hergestellten Karteien wie diejenige Albrechts von Houwald oder diejenige zur Geschichte der niederlausitzischen Landstände, die der ständische Archivar Martin Stahn in langjähriger akribischer Auswertung der Quellen innerhalb und außerhalb seines Archivs erarbeitet hat. Sie umfasst drei Abteilungen in 29 Karteikästen: Orte A-Z, bürgerliche Personen A-Z und Adel A-Z. Wichtige Quellen der böhmischen Behörden zum Lehnwesen der Niederlausitz aus der böhmischen Zeit (bis 1620 bzw. 1635), die sich im Zentralen Staatsarchiv in Prag befinden, wurden in den 1960er Jahren für das Brandenburgische Landeshauptarchiv verfilmt. Dabei handelt es sich vor allem um fünf Bände niederlausitzischer Lehnangelegenheiten, die auf Befehl von Kaiser Matthias angelegt wurden, als er 1614 eine systematische Erfassung der Lehnverhältnisse der Niederlausitz angeordnet hatte. Die Bestände der sächsischen Oberbehörden aus der sächsischen Zeit der Niederlausitz (1620/1635–1815) im Hauptstaatsarchiv Dresden beinhalten ebenfalls Quellen zum Lehnwesen.

Lehnsachen in den Beständen Rep. 17 A Landvogtei und Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz

Die Retrokonversion der Findkartei der Bestände Rep. 17 A und Rep. 17 B in die Datenbank des Brandenburgischen Landeshauptarchivs wurde zum Anlass für eine

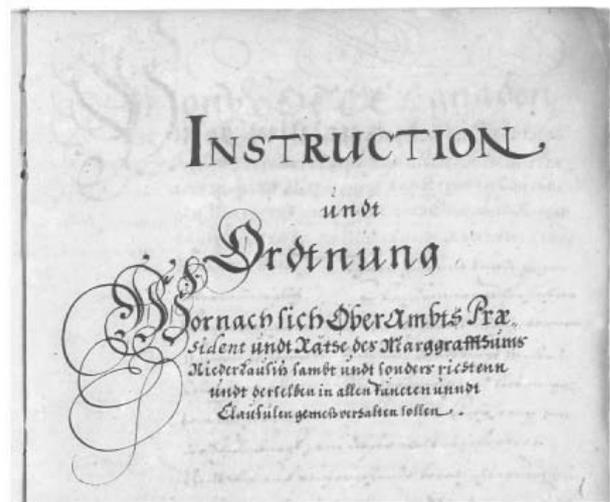
⁸ Große (wie Anm. 4), 46f. Vgl. dazu auch Rudolf Lehmann: *Die Oberamtsregierung im Markgraftum Niederlausitz, ihr Archiv und dessen Schicksale*, in: *Forschungen aus Mitteldeutschen Archiven*. Berlin 1953 (=Schriftenreihe der Staatlichen Archivverwaltung ; 3), S. 109f.

⁹ Hans Branig, Ruth Bliß und Winfried Bliß (Bearb.): *Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem. Teil I Provinzial- und Lokalbehörden*. Köln, Berlin 1966, S. 50.

¹⁰ Zur ausführlichen Darstellung der Archivverhältnisse der Oberamtsregierung sowie des Umgangs mit den Akten nach deren Auflösung vgl. Lehmann (wie Anm. 8), S. 120ff.

Neuerschließung vor allem der Lehn­sachen genommen, um die daraus resultierenden Ergebnisse ergänzend zu einer geplanten Veröffentlichung der Homagialbücher¹¹ der Niederlausitz nutzen zu können. Die präzisierten Verzeichnungsangaben bieten den Benutzern zu wissenschaftlichen und genealogischen Forschungsthemen einen gezielteren und schnelleren Zugriff auf diesen Aktenkomplex, da in die erweiterte Verzeichnung die darin enthaltenen Urkunden und Urkundenabschriften, Familienverträge, Testamente, Leibgedinge, Ehestiftungen und ähnliche Dokumente aufgenommen wurden. Erfasst wurden neben dem Hauptgut auch dazugehörige Pertinentien wie damit verbundene Güter, Vorwerke, Mühlen usw. Außerdem wurde auf besondere Vorkommnisse verwiesen, die in den Akten dokumentiert sind. Der kleine Teil der Lehnakten im Bestand Rep. 17 A Landvogtei umfasst insgesamt 69 Verzeichnungseinheiten mit einem zeitlichen Umfang von (1330–1466) 1527–1742. Sie beinhalten vor allem Lehn- und Besitzangelegenheiten einzelner Güter und Güterverbände, Abschiede in Rechtssachen, Oberamtsprotokolle in Lehn­sachen, Berichte an und Reskripte von der Lehnkurie in Prag, Lehn-, Homagial- und Konsensbücher, mehrere Bände Lehnbriefe, Kopiale von Lehn- und Leibgedingebriefen sowie Privilegienbestätigungen. Der Komplex der Lehnakten des Bestandes Rep. 17 B Oberamtsregierung umfasst neben 638 Akten weitere sieben Homagialbücher. Die Unterlagen datieren aus der Zeit (1507, 1538) 1558–1811. Der Schwerpunkt der Überlieferung liegt im 17. und 18. Jahrhundert. Nur zehn Akten setzen im 16. Jahrhundert während der Zuständigkeit der Landvögte ein. Aus der Zeit von 1800–1811 sind lediglich 25 Akten überliefert. Ein großer Teil der um 1815 kurrenten Akten wurde nach Frankfurt (Oder) abgegeben und ist heute verloren. Dies trifft vermutlich auch auf die Mehrheit der Akten zu den Standesherrschaften wie Straupitz, Lieberose, Lübbenau, Forst-Pförten, Sorau-Triebel zu, die zu ihnen vorhandene Überlieferung von Lehnakten ist als vergleichsweise gering einzuschätzen. Ergänzend sind die Bestände der Rep. 37 Adlige Herrschaften und Güter der Niederlausitz heranzuziehen.

¹¹ Homagialbücher sind Verzeichnisse über abgelegte Lehneide. Vgl. Falko Neininger: *Landesherr, Adel und Lehnwesen. Die Niederlausitzer Homagialbücher des 16. Jahrhunderts* (Vortrag 2003, zur Publikation vorgesehen).



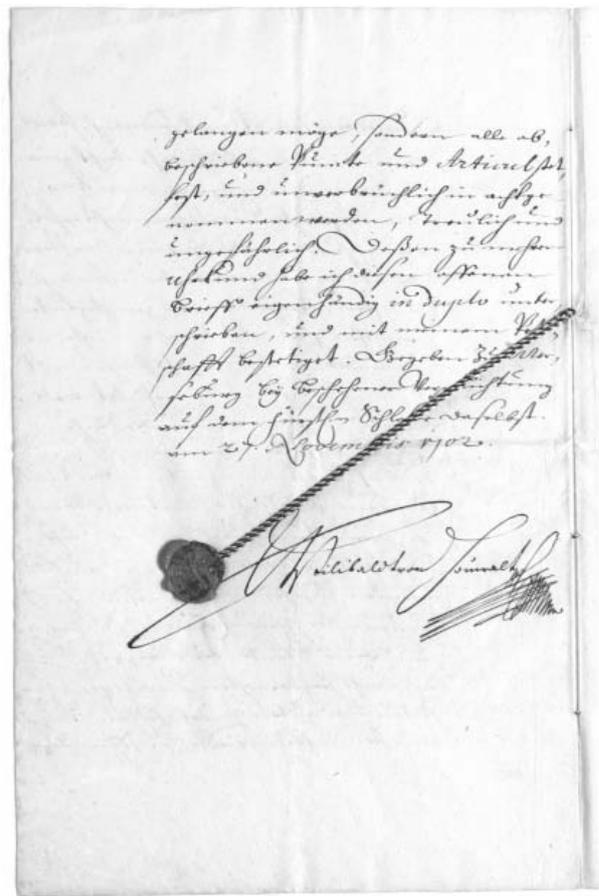
Deckblatt der „Instruction und Ordnung“ für die Oberamtsregierung, 1666

(Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 3796)

Die gesamte Arbeitsweise der Oberamtsregierung wurde durch die detailliert formulierte „Instruction und Ordnung wornach sich Oberamtbtts-Präsident undt Rätthe des Marggraffthums Niederlausitz sambt undt sonders richtenn undt derselben in allen Puncten unndt Clausulen gemeß verhalten sollen“¹² geregelt, insbesondere auch der Umgang mit Lehnangelegenheiten. Vor allem Kapitel XIII behandelte den Geschäftsgang und die Vorgehensweise der Lehnkanzlei bei den lehnrechtlichen Vorgängen, nach denen analog dazu die Lehnakten angelegt wurden. Sie enthalten in der Regel die Lehn- und Besitzangelegenheiten eines Gutes oder damit in Zusammenhang stehende Inventare, Taxationen oder Wirtschaftsrechnungen. Häufig sind in einer Akte auch die Lehnangelegenheiten einer Familie bzw. eines Familienverbandes zu mehreren Gütern zusammengefasst wie z. B. bei den reinen Mitbelehnungsakten. Der wichtigste Inhalt der Lehnakten ist der gleichförmige, immer wiederkehrende Akt der Belehnung eines Vasallen mit einem bestimmten Lehn­gut. Bei Neuerwerbung eines Lehens sowie bei Veränderungen (meist Todesfall) in der Person des Landes- bzw. Lehn­herrn sowie des Vasallen musste das Lehn vom Lehnmann innerhalb einer gewissen Frist befolgt werden, um nicht dessen Verlust zu verursachen, was nach dem Übergang an Kursachsen gleichermaßen für die Mitbelehnten galt. Die sächsische Frist betrug 58 Wochen und drei Tage. Um die Belehnung wurde in schriftlicher Form unter Vorlegung der erforderlichen Nachweise (Todesnachweis des früheren Besitzers, Lehnbriefe, Mutscheine, Kaufverträge usw.) nachgesucht. Die Behörde überprüfte genau, ob

¹² BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 3796.

auch in allen vorangegangenen Fällen die Lehn über das Gut ordnungsgemäß befolgt worden waren, und teilte entweder einen Termin für die Belehnung oder die Gründe für eine eventuelle Ablehnung mit. Ein nicht im Lande eingesessener Käufer eines niederlausitzischen Lehngutes musste vorab das sogenannte Indigenat – das Recht eines Einheimischen – erhalten haben, sonst wurde der Kaufvertrag nicht konfirmiert. Zur Belehnung musste – bis auf genehmigte Ausnahmefälle, bei denen ein Bevollmächtigter zugelassen war – der Vasall persönlich erscheinen, um den Lehneid zu schwören. Daraufhin wurde in der Regel am selben Tag der Lehnbrief mit dem anhängenden Lehn­siegel ausgefertigt, zu Zeiten des Landvogtes in seinem Namen als des jeweiligen Landesherrn „vollmächtiger Landvogt“. Als Lehnzeugen fungierten der Oberamtskanzler und eine weitere Person, meist der Landeshauptmann oder der Schlosshauptmann. Nach Einsetzung der Oberamtsregierung mussten zur Belehnung neben dem Hauptlehnmann auch die von ihm präsentierten Mitbelehnten erscheinen, da ihnen das Lehngut gemeinsam geliehen und gereicht wurde. Der Lehneid war nur beim ersten Lehnempfangnis zu leisten, danach brauchte dem Oberamtspräsidenten nur noch ein Handschlag gegeben zu werden. Die Lehnbriefe wurden im Namen des Landesherrn und mit allen seinen Titeln ausgestellt und vom Präsidenten oder dessen Vertreter sowie den Oberamtsregierungsräten als Zeugen unterschrieben und mit dem Siegel der Behörde versehen. Ein spezielles Lehn­siegel wurde erst ab ca. 1740 verwendet.¹³ Die Mitbelehnten wurden im Lehnbrief genannt, sie selbst erhielten einen Lehn- oder Mutschein. Nach der Belehnung musste der Hauptlehnmann die erforderlichen Gebühren entrichten.¹⁴



Willibald v. Houwald leistet anlässlich seiner Einsetzung als Präsident der Oberamtsregierung den Diensteid (1702–1717), Schlussseite mit Unterschrift und Siegel, 1702 (Rep. 23 C Niederlausitzische Stände U 122)

Die Lehnakten widerspiegeln nicht nur den eigentlichen Rechtsakt der Belehnung und alles, was damit in Zusammenhang stand, sondern enthalten auch eine Fülle von Quellen zur Familien- und Besitzgeschichte einzelner Güter wie zur Sozialgeschichte der Niederlausitz überhaupt. Die Auswirkungen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse auf die einzelnen Familien werden in den Akten überraschend einprägsam vergegenwärtigt. Einige ausgewählte Beispiele unterschiedlicher Art sollen dies verdeutlichen. So werden die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges, unter denen die Niederlausitz in hohem Maße zu leiden hatte, offenbar. Immer wieder finden sich Fälle für Besitzerwechsel, bei dem der Tod des vorigen Gutsbesitzers durch seinen Militärdienst oder durch die besonders in den Jahren 1626 und 1630 wütende Pest verursacht worden war. Ebenso ist von Verwüstungen, Plünderungen und Misshandlungen die Rede, die vor den Türen der adligen Gutsbesitzer nicht Halt machten. Die Belehnung konnte oft nicht innerhalb der regulären Frist erfolgen, da die nächsten Lehnfolger oder die Mitbelehnten sich außer Landes in Kriegsdiensten befanden und deshalb um Indult (Aufschub) baten. Gerade während

¹³ BLHA, Rep. 17 A Landvogtei der Niederlausitz Nr. 235. Beispielsweise wurde 1742 im Erbbrief für Moritz Carl Graf zu Lynar über das Gut Buckow neben dem bisher ausschließlich gebräuchlichen Wortlaut „Urkundlich geschehen und gegeben zu Lübben...“ am Rand der Einfügungsvermerk „mit Unserm anhängenden Niederlausitzer Lehn­siegel besiegelt“ angebracht. Vgl. dazu auch Lehmann (wie Anm. 8), S.111f.

¹⁴ Vgl. dazu Neumann (wie Anm. 5), Zweite Abteilung: Lehn-Recht.

dieser Jahrzehnte sahen sich etliche Gutsbesitzer infolge hoher Schulden oder anderer drückender Lasten dazu gezwungen, ihren Besitz zu veräußern. Nicht selten finden sich in den Akten detaillierte Berichte, in denen sich die Tragödie finanziellen Ruins offenbart. Ein besonders dramatischer Fall war der des Vizepräsidenten der Oberamtsregierung, Hartmann Peter von Haberkorn auf Sellendorf, der mit seinem Gut Hohendorf vor allem Renate Sophie Freifrau von der Schulenburg auf Lieberose gegenüber so hoch verschuldet war, dass er in Schulhaft genommen wurde. Als er bereits vier Jahre lang im Gefängnis saß, bat seine totkranke Ehefrau, ihn noch einmal sehen zu dürfen. Auch seine Kinder, die bereits am Sterbebett versammelt waren, wandten sich in bewegenden Worten an die Oberamtsregierung und baten um eine kurz befristete Freilassung des Vaters, damit er seiner Frau, mit der ihn ein fast 51 Jahre währender Ehestand verband, in ihrer Todesstunde beistehen könne. Allein das Gesuch musste der Hauptgläubigerin zur Befürwortung vorgelegt werden, die sich zu keiner schnellen Entscheidung drängen lassen wollte. So verstarb Maria Lucretia von Haberkorn am 7. April 1740, ohne von ihrem Mann Abschied genommen zu haben.¹⁵

Interessante Einblicke in die Familiengeschichte bieten auch die zahlreichen Prozesse, die um Besitzrechte geführt wurden. So manches Gut glaubten die Mitbelehnten schon fest in ihrer Hand, wenn mit dem Aussterben der Familie des Hauptbelehnten zu rechnen war. So hatte der Kammerjunker Maximilian von Oertzen auf Hornow im Spremberger Kreis nur einen einzigen Sohn, den 1758 geborenen Karl Friedrich August, der als uneheliches Kind nicht zur Sukzession zugelassen worden wäre. Um dies zu verhindern, vollzog Maximilian mit einer großen Zeremonie die Trauung mit der Mutter seines Sohnes und nahm nach altem traditionellen Brauch dessen nachträgliche Legitimation als sogenanntes Mantelkind in Anwesenheit der Gerichtspersonen vor, indem er ihn laut Protokoll während des ganzen Aktes mit seinen Kleidern bedeckt hielt.¹⁶ Das Gut übergab er dem Sohn noch vor

seinem Tod im Jahr 1773. Die enttäuschten Verwandten zogen daraufhin vor Gericht, um die Zession Hornows an Karl Friedrich August wegen seiner unehelichen Geburt anzufechten. Sie waren zwar zunächst vor Gericht im Vorteil, konnten den Streit aber letztlich nicht für sich entscheiden. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen und gewaltsamer Besetzung des Gutes durch einen der Kläger wurde Karl Friedrich August von Oertzen 1780 durch einen Vergleich als rechtmäßiger Gutsbesitzer von Hornow anerkannt.¹⁷

Gerichtsprotokolle geben auch andere Beispiele dafür, dass sowohl die Inbesitz- als auch die Rücknahme von Gütern gelegentlich nur mit brachialer Gewalt zu erreichen war. Exzesse und regelrechte kriminelle Ausschreitungen sind 1731 für das Gut Nebendorf und 1713–1716 für das Gut Golzig aktenkundig.¹⁸ Auch bei solchen Vorgängen wurde, um den rechtlichen Charakter bestimmter Handlungen unzweifelhaft erscheinen zu lassen, an der jahrhundertalten Vorgehensweise festgehalten. Der preußische Amtmann zu Trebatsch, Johann Christoph Sydow, war beim Kammerprokurator in Ungnade gefallen, hatte er doch „als ein aus dem Brandenburgischen emigrierender Einwohner“ versäumt, vor dem Kauf der Güter Weissagk und Gahro das Indigenat zu beantragen, so dass die landesherrliche Konfirmation des mit Caspar Siegmund von Langen im Jahre 1764 abgeschlossenen Kaufvertrages noch nicht erfolgt war. Dafür wurde ein Strafgeld von 20 Talern angesetzt, das sich rasch auf 80 Taler erhöhte, da Sydow der Zahlung nicht nachkam. 1771 wurde das Indigenat erteilt, wofür 350 Taler nebst Kanzleigebühren erhoben wurden. Da auch ein großer Teil der Kaufgelder an Langen noch ausstand, häuften sich Sydows Schulden so vehement, dass 1775 die Exekution in die Güter Weissagk und Gahro verfügt wurde. Der Advokat Carl August Nikolai zu Lübben nahm sie in Begleitung von Zeugen vor; sie erfolgte, wie es im Protokoll vom 20. September 1775 festgehalten ist, „...symbolice durch Ausschneidung eines Spans, Ausstechung eines Stückgen Erdreiches, Abschneidung eines Zweiges aus der Heyde sowie Anmachung und Wiederauslöschung des Feuers sowohl alhier zu Weissagk als auch zu Gahro...“. Der Span aus der Haustür, die Erde und der Zweig aus der Schlossheide

15 BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 4091, Eingabe des Hartmann Peter von Haberkorn an den Kurfürsten Friedrich August von Sachsen vom 30.5.1740. Vgl. Götz von Houwald: *Die Niederlausitzer Rittergüter und ihre Besitzer. Band V Kreis Luckau. Neustadt an der Aisch 1996 (=Bibliothek Familiengeschichtlicher Quellen ; 37), S. 220f.*

16 BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 3974. *Mantelkinder sind außerhalb der Ehe geborene Kinder, die durch die Eheschließung ihrer Eltern, verbunden mit einem bestimmten Ritual, die rechtliche Stellung von*

ehelichen Kindern erlangten. Die Bedeckung des Kindes mit dem Mantel des Vaters war symbolischer Ausdruck für diesen Vorgang.

17 BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 3976.

18 BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 4027 sowie 3941.

sind, sorgfältig verpackt, beschriftet und versiegelt, dem notariellen Dokument beigelegt, um dessen Beweiskraft zu bestätigen.¹⁹

Der überwiegende Teil der Lehngüter in der Niederlausitz hatte den Charakter von Mannlehngütern, reine Weiberlehen gab es nur vier: Görlsdorf, Schäcksdorf, Mallenchen und das Vierhuf'sche Lehngut (seit 1858 Rittergut Blumenfelde) bei Lübben.²⁰ Frauen war es zwar möglich, mit landesherrlicher Genehmigung ein Mannlehngut zu erwerben und zu besitzen, sie mussten aber dafür einen von der Lehnkurie bestätigten männlichen Lehnsträger bestellen, und das Gut musste nach ihrem Tode an die männliche Nachkommenschaft übergehen. Der Lehnträger hatte den Lehnid „in die Seele seiner Prinzipalin“ zu schwören, der Lehnbrief wurde auf den Namen der Frau ausgestellt. Die Rechtslage über den Besitz der Herrschaft Lübbenau war zeitweise nicht eindeutig. Elisabeth Gräfin zu Lynar geb. Distelmeier, Schwiegertochter des legendären Festungsbaumeisters Rochus zu Lynar, hatte 1621 die Herrschaft Lübbenau für ihren unmündigen Sohn Johann Sigismund

von den Gläubigern der Familie von der Schulenburg für die immense Summe von 105.000 Talern erworben. Der mit 60-jährigem Wiederkaufsrecht abgeschlossene Vertrag beinhaltete die Klausel, dass neben den männlichen auch die weiblichen Erben und Erbnehmerinnen zum Besitz der Herrschaft berechtigt waren. Nach Ablauf der Wiederkaufsfrist suchte 1681 der Enkel Siegmund Casimir Graf zu Lynar um die Belehnung mit der Herrschaft Lübbenau nach. Dies wurde den Kreditoren bzw. ihren Erben kundgetan, woraufhin einige von ihnen wegen angeblich noch offener Forderungen Einspruch erhoben und einen langjährigen Prozess anstrebten, der erst 1688 mit einem Vergleich beendet wurde. Siegmund Casimir war schon 1686 verstorben und hatte vier minderjährige Söhne hinterlassen, deren Vormünder nun die Lehn befolgten und um Indult bis zu deren Majorenität (Volljährigkeit) baten. Aber auch Siegmund Casimirs drei Schwestern, Christine Lambertine Freifrau von der Schulenburg geb. Gräfin zu Lynar, Elisabeth Margarethe Schenk von Landsberg geb. Gräfin zu Lynar sowie Catharina Sophie Gräfin zu Lynar erhoben Anspruch auf die Erbfolge. Zumindest wollten sie selbst in die Mitbelehnschaft eintreten. Sie beriefen sich auf den Wortlaut im Wiederkaufsvertrag wie auch darauf, dass ihr Vater Johann Sigismund zu Lynar bei der Ablegung der Lehnspflicht stets darauf geachtet hatte, auch

19 BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 4126 und 4115.

20 Neumann (wie Anm. 5), S. 256.



Dienstleid des Lehnsekretärs und des Kopisten der Oberamtsregierung, 1666 (Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 3802)

die weiblichen Erben mit in die Lehn zu nehmen, wie es sein Lehnbrief vom 23. Juli 1658 dokumentierte. 1689 wurde der Prozess zwischen dem Kammerprokurator, den Gräfinnen zu Lynar und ihren Neffen zur Feststellung der Lehnqualität der Herrschaft Lübbenau eröffnet. Die Oberamtsregierung sah sich in diesem ungewöhnlichen Fall außerstande, selbst zu einem Urteil zu gelangen. So entschied 1693 die Juristenfakultät der Universität Leipzig und abschließend 1699 die der Universität Helmstedt, dass die Herrschaft Lübbenau den Grafen zu Lynar als Lehn gereicht werden solle, ihren Tanten dagegen daran kein Mitbelehnschaftsrecht, sondern nur ihr Quotum am Kaufschilling zustehe. Um allen künftigen Disputen und eventuellen Präzedenzfällen vorzubeugen, wurde ausdrücklich festgelegt, dass in Zukunft nur die männliche Nachkommenschaft zur Lehnbefolgung zugelassen werden dürfe.²¹

Mit Einsetzung der Oberamtsregierung kam es verstärkt zu Prozessen, die der Kammerprokurator als fiskalischer Anwalt²² gegen eine Reihe von Gutsbesitzern wegen tatsächlich oder angeblich begangener Lehnfehler führte. Er beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Prüfung des lückenlosen Nachweises über die Ablegung der Lehnpflicht, um daraufhin entweder den Heimfall eines Gutes zu erreichen oder die der Gewährung eines Lehnpardons vorangehende Zahlung der Straf gelder durchzusetzen, die dann in die landesherrliche Kasse flossen. Dabei gestaltete sich die fristgemäße Befolgung der Lehn für die Betroffenen als schwierig, wenn sie von den vorgefallenen Veränderungen selbst keine Kenntnis erhalten hatten. Major Christian Hieronymus von Stutterheim erfuhr von seiner bestehenden Mitbelehnschaft an den Gütern Ogrosen, Bolschwitz, Buchwäldchen, Waldow u. a. erst nach dem 1714 erfolgten Tod von Heinrich Otto von Stutterheim auf Ogrosen und Bolschwitz. Dieser und andere Lehnvettern der Familie von Stutterheim hatten seinen Vater Hans Christoph von Stutterheim zu ihrem Mitbelehnten bestimmt. Christian Hieronymus war bereits im Alter von 14 Jahren zuerst in den brandenburgischen, später in den kursächsischen Militärdienst getreten und hatte sich seitdem fast ausschließlich im Ausland aufgehalten. Bei der Belagerung der Stadt Thorn geriet er für fünf Jahre

21 *BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 4009 und 4010.*

22 *Der Kammerprokurator war seit dem 17. Jahrhundert ein Beamter der Landeshauptmannschaft, die für alle den landesherrlichen Fiskus betreffenden Angelegenheiten zuständig war. Er wurde später der Oberamtsregierung unterstellt.*

in schwedische Gefangenschaft, begab sich nach seiner Freilassung sofort auf erneuten Truppenmarsch und kehrte erst 1717 nach 26-jähriger Abwesenheit in die Heimat zurück. Sein Vater, vermutlich selbst außer Landes, war inzwischen an unbekanntem Ort zu unbestimmter Zeit verstorben, auch über den Verbleib seiner Unterlagen war nichts bekannt. 1718 suchte Christian Hieronymus bei der Oberamtsregierung um Lehn pardon für seine in mehreren Punkten begangenen Lehnfehler nach. So hatte er versäumt, bei Eintritt seiner Volljährigkeit die Lehnpflicht selbst abzulegen, zudem konnte er weder den erforderlichen Nachweis über den Tod seines Vaters noch dessen letzten Mutschein beibringen. Außerdem ergaben die Lehnakten, dass sein Vater nach Ableben der letzten beiden Landesherrn, der Herzöge Christian I. und II. von Sachsen-Merseburg, die Lehn nur noch an den Gütern Ogrosen und Buchwäldchen befolgt, alle anderen Güter aber unberücksichtigt gelassen hatte. Aufgrund dieser gehäuften Verstöße beschied die Behörde Christian Hieronymus' Gesuch ablehnend. 1720 richtete er eine Bittschrift an den Landesherrn und wies darauf hin, dass er die Vergehen nicht etwa aus Ungehorsam, sondern aus Unkenntnis und wegen seines ununterbrochenen Militärdienstes ohne eigenes Verschulden begangen hatte. Zur Beweisführung legte er mehrere Atteste seiner militärischen Vorgesetzten vor, die bestätigten, dass er zwecks Regelung seiner privaten Verhältnisse zwar um Urlaub nachgesucht habe, ihm dieser aber nicht habe gewährt werden können. Der Landesherr zeigte sich wohl geneigt, das Gesuch zu befürworten, befahl aber der Oberamtsregierung eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit. Der endgültige Ausgang ist aus den Akten nicht zu ermitteln.²³

Die Entwicklung der Niederlausitz wurde in entscheidendem Maße durch den ansässigen Adel geprägt, in dessen Besitz sich ungefähr drei Viertel des gesamten Landes befanden. Die Lehnakten dokumentieren auch die engen Familienverbindungen, die sich durch geschickte Heiratspolitik im Laufe der Jahrhunderte ergeben hatten, und machen deutlich, dass der niederlausitzische Adel weitgehend unter sich blieb. Es gab Familienbeziehungen zur Oberlausitz, zu Sachsen und zu Schlesien, seltener auch zu Brandenburg-Preußen. Weiträumigere Verbindungen wie z. B. im Fall der westfälischen Familie Droste-Hülshoff blieben die Ausnahme. Der westfälische Oberstleutnant Harbord von Droste hatte wohl durch seine Militärlaufbahn den Weg in die Niederlausitz gefunden. Er heiratete

23 *BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 4418 und 4432.*

dort die Tochter einer namhaften niederlausitzischen Familie, Sibylle Elisabeth von Klitzing. 1651 empfing er den Lehnbrief über Zützen und (Wendisch) Gersdorf; seine westfälischen Vettern benannte er zu Mitbelehnten. Einer seiner Nachfahren ging in die Literaturgeschichte ein, der Bericht über seine Reise zu den westfälischen Verwandten bot Annette von Droste-Hülshoff Stoff für ihren 1841 im Entwurf vorliegenden fragmentarischen Prosaroman „Bei uns zu Lande auf dem Lande. Nach der Handschrift eines Edelmannes aus der Lausitz“.²⁴

Das Hauptaugenmerk dieser Betrachtungen lag berechtigterweise bisher auf den adeligen Besitzungen, die zweifelsohne den weitaus größten Teil der niederlausitzischen Lehen innehatten. Daneben gab es wie erwähnt eine Reihe von Lehngütern, die bürgerliche und geistliche Personen besaßen, auf die an dieser Stelle nicht besonders eingegangen werden soll. Freie Bauern waren von der Erwerbung adeliger Lehngüter ausgeschlossen, sie durften auch nicht als Mitbelehnte angenommen werden. Ein Teil von ihnen war aber in den erblichen Besitz von Bauernstellen gelangt, die zu Lehen vergeben wurden. Diese Bauernlehngüter waren zahlenmäßig gering, sie nahmen aber neben den Erbzins- und Erbpachtgütern und der überwiegenden Anzahl an Lassgütern in der Niederlausitz eine bevorzugte Stellung ein, nicht zuletzt bedingt durch den vergleichsweise größeren Besitz. Sie waren vor allem in den landesherrlichen Ämtern zu finden, weniger in den Standesherrschaften und Rittergütern. Die bestehenden lehnrechtlichen Vorschriften wurden auf sie übertragen, soweit ihr bäuerlicher Charakter dies zuließ. Eigenschaften und Vorrechte, die sich nur auf adelige Lehngüter bezogen wie Ritterdienste, Landtagsfähigkeit u.ä., blieben davon ausgeschlossen. Man unterschied Schulzen- und Richterlehngüter sowie reine Lehnbauerngüter. Die Besitzer der letzteren werden in alten Unterlagen als „der Lehmann“ genannt, eine Bezeichnung, die allmählich zum Namen wurde, den der jeweilige Eigentümer annahm. Nach Neumann waren die Lehnbauerngüter ungeschworene Lehen, der Lehmann schwor demzufolge keinen besonderen Treueid. Auch Lehnbriefe wurden nur in seltenen Fällen ausgestellt, die richterliche Konfirmation galt in diesen Fällen als ausreichend. Die Notwendigkeit der Lehnerneuerung bei Veränderungen ist ebenso wenig nachgewiesen wie die Anwendung der Vorschriften in Bezug auf die Fristen sowie die Verhängung von Strafen.²⁵

24 BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 4145-4147, 4197, 4075 sowie Houwald (wie Anm. 11), S. 495ff.

25 Johann Wilhelm Neumann: *Die Verhältnisse der Nieder-*

Tatsächlich findet sich in der vorliegenden Aktenüberlieferung nur ein einziges Beispiel für die Belehnung mit einem Bauernlehen, nämlich die des Lehmanns zu Slamen im Amt Spremberg im Jahre 1550.²⁶ Anders wurde das Verfahren bei den Schulzen- und Richterlehngütern gehandhabt. Sie herrschten unter den Bauernlehngütern zahlenmäßig vor. Nicht in jedem Dorf gab es Lehnbauern, aber ein eigener Dorfrichter, der ein erbliches, an den Hof gebundenes Amt ausübte, war fast immer vorhanden. Wurde ein fremder Richter eingeführt, nahm er nach der in der Niederlausitz verbreiteten Sitte den Namen des Hofes bzw. Gutes anstelle seines Taufnamens an. Es ist also kein Zufall, dass fast alle Richter auch meistens Richter hießen. Beispielsweise verkaufte 1663 Gregor Crusius als Besitzer des halben Dorfes Treppendorf dem Martin Müller das dortige Richtergut, dieser wurde fortan nur noch Martin Richter genannt.²⁷ Diese Praxis traf im übrigen auf die Gesamtheit der Bauerngüter zu. Für die Richterlehngüter ist sowohl die Ausfertigung von Lehnbriefen als auch die Ablegung des Lehneides bezeugt, so 1553 für Donat Richter über das Richtergut zu Särzitz oder ebenfalls 1553 für Gregor Richter über das Richtergut zu Werchow. In den Lehnbriefen heißt es ausdrücklich: „... darauff uns genanter Richter Huldigung gethan...“ bzw. „...darauf er uns gewöhnliche Eidespflicht geleistet...“²⁸ Auch auf die strenge Befolgung der Lehn wurde Wert gelegt, so musste Martin Richter um Lehnparadon wegen seines Lehnrichtergutes zu Missen nachsuchen.²⁹ Zur Lehnfolge an allen Bauernlehngütern war ausschließlich die männliche Nachkommenschaft berechtigt, Frauen blieben davon ausgeschlossen. Eine Mitbelehnschaft an den Bauernlehngütern hat es nicht offensichtlich nicht gegeben.

Die besondere Bedeutsamkeit der Lehnakten der Bestände Rep. 17 A und Rep. 17 B für die Geschichtsforschung ergibt sich aus der in ihnen enthaltenen Quellenvielfalt. Sie machen zwar jeweils nur einen kleinen Teil innerhalb der gesamten Bestandsüberlieferungen aus, für die Zeit der sächsischen Herrschaft bieten sie aber einen repräsentativen Einblick in das bestehende Lehnwesen. Die zu beklagenden großen Aktenverluste durch Zersplitterung, Kassation und Kriegsverluste beschränken allerdings

lausitzischen Landbewohner und ihrer Güter. Ein Beitrag zum Niederlausitzischen Provinzial-Rechte. Lübben 1835.

26 BLHA, Rep. 17 A Landvogtei der Niederlausitz Nr. 255.

27 BLHA, Rep. 8 Lübben, Nr. 10057.

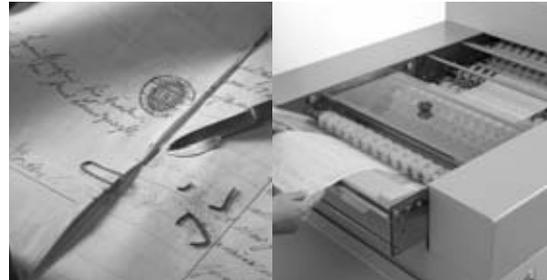
28 Wie Anm. 26.

29 BLHA, Rep. 17 B Oberamtsregierung der Niederlausitz Nr. 4022.

ihren Informationsgehalt, vor allem zu den Standesherrschaften, und machen es zum Teil unumgänglich, auf die Parallelüberlieferung in anderen Beständen wie z. B. die der Rep. 37 Adlige Herrschaften und Güter zurückzugreifen, um ein möglichst umfassendes Forschungsergebnis zu erzielen. Umgekehrt besteht für den wissenschaftlich und ortsgeschichtlich orientierten Forscher, der im Regelfall sein Augenmerk zuerst auf die in den Herrschafts- und Gutsarchiven befindlichen Unterlagen richtet, die Möglichkeit, mit den Lehnakten eine ersatzweise oder ergänzende Überlieferung zu nutzen.

Für die Untersuchungen der zahlreichen ehrenamtlich tätigen Ortschronisten zur Heimat- und Regionalgeschichte kann die Auswertung der Lehnakten von grundlegender Bedeutung sein, stellen sie doch vor allem zu kleinen Orten bzw. Ortsteilen, die in den meisten Fällen nur eine Beigabe zu einem größeren Gut oder einer Herrschaft waren, eine wichtige Quelle dar. Der urkundliche Charakter einschlägiger Dokumente wie Lehnbriefe, Kauf- und Familienverträge spricht für den Wahrheitsgehalt der in ihnen in konzentrierter Form enthaltenen Informationen zur Besitzgeschichte der jeweiligen Herrschaft oder des Hauptgutes und der damit verbundenen Nebengüter, Vorwerke, Mühlen, Holzungen, Heiden, Schäfereien, besonderen Gerechtigkeiten und dergleichen. Sie dienen deshalb nicht selten als sicherer Nachweis über die Ersterwähnung eines bestimmten Ortes oder sonstigen Besitzes. Außerdem beinhalten sie mitunter althergebrachte sorbische Flurbezeichnungen sowie verschiedene Schreibweisen von Ortsnamen, sie zeigen durch die Erwähnung von Familiennamen Verbindungen zu früheren Besitzern auf wie z. B. die Eberhardt'schen Mühlenpächte, der Karras'sche Gutsanteil, die Koch'schen Lehnäcker u.ä., oder sie verweisen auf landeshoheitlich geteilte Güter, z. B. der sächsische und brandenburgische Anteil am Gut Groß Beuchow.

Es bleibt zu hoffen, dass die Lehnakten der Bestände Rep. 17 A und 17 B nach ihrer abgeschlossenen Intensivverschließung gerade von der Ortsgeschichtsforschung, für die sie sehr aussagekräftige Dokumente enthalten, nachhaltig benutzt und ausgewertet werden.



Die Basis für Ihren Erfolg!

Technische Einrichtungen für die maschinelle Konservierung und Verfestigung von Archivgut

- ▶ Buchkonservierung
- ▶ Einzelblattkonservierung
- ▶ Restauratorische Behandlung
 - ▶ Mikroverfilmung
- ▶ Qualitätsmanagement
 - ▶ Vermarktung

Das „Bückerburger Konservierungsverfahren“ ist für die Erhaltung von Bibliotheks- und Archivgut der letzten 150 Jahre ein wichtiger Faktor geworden. Vereinigt es doch Umweltfreundlichkeit mit hervorragenden Ergebnissen und bietet als einziges maschinelles Verfahren eine Papierverfestigung mittels Methylcellulose.

Neschen ist das einzige Unternehmen mit nachhaltiger Kontrolle über einen Verlauf von mehr als 12 Jahren.

Für den Export stehen Maschinen der Serie C 900-2 zur Verfügung. Die übrigen Maschineneinrichtungen werden vermietet.

NESCHEN AG

Hans-Neschen-Straße 1 | D-31675 Bückeburg
 Tel.: 0 57 22/2 07-0 | Fax: 0 57 22/2 07-197
 eMail: neschen@neschen.de | www.neschen.com



FAUST EntryArchiv

Archivbestände

- aufbauen
- erschließen
- verwalten
- veröffentlichen



DIE KOMPAKTE FAUST-LÖSUNG FÜR DAS MODERNE ARCHIV

- Akzession, Kassation
- Zwischenarchiv, Registratur
- Häuserdatenbank, Sammlungsgut, Bibliothek
- integriertes Bildarchiv
- Findbuchreport
- digitales Archiv im Intranet oder Internet
- Export für Archiv-Portale
- Übernahme von Altdaten
- u. v. m.

Alle Infos im Netz:
www.land-software.de

Postfach 1126
90519 Oberasbach
Tel. 0911- 69 69 11
info@land-software.de



Vergangenes bewahren, hilft Zukunft sichern!

Servicezentrum Kossenblatt GmbH

DuoSave[©]

einfach • doppelt • sicher

- Bestandserhaltung durch Mikroverfilmung seit 1963
- Scannen für eine komfortable Nutzung Ihrer Schätze
- Strukturierung Ihrer digitalen Daten

SK
SERVICEZENTRUM KOSSENBLATT



schnell, preiswert und gut

Kostenfreie Beratung - Rufen Sie uns an!

Lindenstraße 37
OT Kossenblatt
15848 Tauche

Telefon: (03 3674) - 609-0
Telefax: (03 3674) - 609-10
E-Mail: szk@szkgmbh.de

Sicherung und Bewertung der Braunkohlenbestände

Von Katrin Verch

Die Bestände der Braunkohlenindustrie stellen für die Erforschung der Geschichte der DDR, Brandenburgs und der einzelnen Reviere einen gewichtigen Fundus dar. Die Energie- und Wärmeproduktion als Rückgrat der Wirtschaft basierte primär auf der Braunkohलगewinnung. In Brandenburg, speziell im Bezirk Cottbus, hatte der Bergbau Auswirkungen auf die Ansiedlung der nötigen Arbeitskräfte und den Wohnungsbau, auf die Veränderung der Landschaft, die Umsiedlung der Menschen, unter deren Orten sich Kohle befand, die Verlegung von Flüssen und Straßen und auf die Wiederurbarmachung der Flächen. Bergbau ist nicht einfach Produktion, sondern für die Bewohner mehr als in jedem anderen Industriezweig mit Veränderungen in der Heimat verbunden.

Wie die Betriebe aller Industriezweige waren auch die Betriebe der Braunkohlenindustrie hinsichtlich ihrer Bedeutung und der Archivwürdigkeit ihres Schriftgutes in Wertkategorien eingeordnet. Für die damaligen Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus waren das VE Braunkohlenkombinat Senftenberg, der VEB Braunkohlenveredlung Lauchhammer und der VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe in die Wertkategorie I eingeordnet. Damit mussten alle Ablieferungsverzeichnisse der in den Verwaltungsarchiven dieser Betriebe eingelagerten Akten dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) zur Bewertung vorgelegt werden. Mit den drei Betrieben wurden Übergabvereinbarungen abgeschlossen, auf deren Basis bis 1990 das als archivwürdig befundene Schriftgut aus der Zeit bis 1980 übergeben werden sollte. Aus verschiedenen Gründen gelang das allerdings nur begrenzt. Im folgenden soll gezeigt werden, wie nach 1990 alle Beteiligten versuchten, das schriftliche Erbe des Bergbaus zu sichern, wobei verschiedene Interessenlagen und Diskontinuität der Lösung nicht immer förderlich waren.

Privatisierung der Braunkohlenbetriebe

Die Privatisierung der Braunkohlenkombinate und -werke unterlag einigen Besonderheiten. Die 1990 gebildete Treuhandanstalt hatte die Aufgabe, die volkseigenen Betriebe nach deren Umbildung in eine GmbH oder Aktiengesellschaft zu verkaufen. Dazu wurden in der Regel die Kombinate aufgelöst und die einzelnen Betriebe oder nur Betriebsteile verkauft. Falls sich kein Käufer fand, musste gegebenenfalls die Liquidation eingeleitet werden.

In der Braunkohlenindustrie ging es jedoch nicht „nur“ darum, die Werke je nach Rentabilität zu verkaufen oder zu

schließen, sondern auch darum, alte Gruben wieder urbar zu machen und aus der abgebaggerten Kraterwelt eine Kulturlandschaft zu gestalten. Das war und ist immer mit viel Geld verbunden. Private Investoren aber sind an Betrieben interessiert, mit denen sie Gewinne erwirtschaften können. Die Aufgaben der Wiederurbarmachung konnten deshalb nur vom Staat bezahlt werden. Außerdem wird der Kohle- und Energiesektor in den alten Bundesländern durch wenige Unternehmen bestimmt. Der Verkauf einzelner Braunkohlenwerke an verschiedene Eigentümer kam deshalb nicht in Frage.



Abraumförderbrücke im Tagebau Kleinleipisch des BKW Friedenswacht Lauchhammer 1957

(Rep. 901 Revierleitung Senftenberg, VVB der Kohlenindustrie, Nr. 14)

Zunächst einmal wurden die Kombinate zum 1. Juli 1990 unter der Leitung der Treuhandanstalt in Kapitalgesellschaften umgewandelt. Es entstanden die Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG), die Energiewerke Schwarze Pumpe AG (ESPAG) und die Braunkohlenveredlung Lauchhammer GmbH (BVL). Im Sommer 1993 verschmolzen LAUBAG und ESPAG zur LAUBAG.

In Vorbereitung auf den Verkauf der rentablen Betriebe an ein Erwerberkonsortium von Rheinbrau AG, Preussen Elektra AG, Bayernwerk AG, RWE, Energie AG und weiteren Stromunternehmen wurde die LAUBAG am 29. Juni 1994 in die LAUBAG und die Lausitzer Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LBV) gespalten. Der LBV wurden alle Betriebe des Auslauf- und Sanierungsbergbaus in der Lausitz zugeordnet, Gesellschafter blieb die Treuhandanstalt. Die rentablen Tagebaue (wie Nochten, Reichwalde, Welzow-Süd, Cottbus-Nord, Jänschwalde), die fortgeführt und erweitert werden sollten, wurden vertraglich am 6. September 1994 an die neuen Erwerber übertragen. Am 29. November 1994 beschloss die Treuhandanstalt auch die Übertragung der BVL an die LBV zum 1. Januar 1994.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich im Mitteldeutschen Raum, in dem die Mitteldeutsche Braunkohlen AG

(MIBRAG) und die Mitteldeutsche Braunkohlen-Verwaltungsgesellschaft (MBV) gebildet wurden.

Am 9. August 1994 gründete die Treuhandanstalt die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), die zum 1. Januar 1996 mit der LBV und der MBV fusionierte. Die LMBV war nun für den auslaufenden Bergbau, die Sanierung und die Verwertung der Grundstücke im gesamten ostdeutschen Raum verantwortlich. Gleichzeitig erhielt sie das Schriftgut der aufgelösten volkseigenen Braunkohlenbetriebe zur Aufbewahrung übertragen.

Sicherung des Schriftgutes

Das Schriftgut war im Lausitzer Raum auf 16, im Mitteldeutschen Raum auf 12 Standorte verteilt. Auch für die Braunkohlenbetriebe galt, dass die Lohn- und Gehaltsunterlagen bis zum 31. Dezember 2006 aufzubewahren waren und Auskünfte zur Rentenberechnung erteilt werden mussten. Außerdem war weiteres Schriftgut nach Handels- und Steuerrecht aufbewahrungspflichtig und zu klären, welches Schriftgut noch praktische Bedeutung besaß.

Etwa ab 1994 wurde nach größeren Archivstandorten gesucht, in denen das Schriftgut aus den zahlreichen Standorten zentral verwahrt und betreut werden konnte. Ein solches Gebäude, das sich als Zentralarchiv eignete, wurde für den Lausitzer Raum in Senftenberg-Brieske gefunden. Das Archiv verwahrte ab 1998 ca. 12 000 laufende Meter Schriftgut, etwa je zur Hälfte auf der einen Seite Lohn- und Gehaltsunterlagen sowie Personalakten und auf der anderen Seite das übliche Verwaltungsschriftgut und technische Unterlagen. (Für den Mitteldeutschen Raum um Halle/Leipzig wurde analog ein Zentralarchiv in Bitterfeld eingerichtet, das etwas weniger als 12 000 laufende Meter Schriftgut umfasste.)

Für die Bearbeitung der täglich eingehenden Anfragen nach Lohn- und Gehaltsauskünften, Unfallunterlagen u. a. erhielt 1995 die DISOS GmbH¹ den Auftrag, ein leistungsfähiges Computerprogramm zu installieren. Zum 1. Januar 1999 übertrug ihr die LMBV per Vertrag die Führung des Archivs und das Bescheinigungswesen. Die

DISOS GmbH stattete das Archiv mit Hebelschubanlagen aus und begann, erste Bestände zu verzeichnen.

Während die Lohn- und Gehaltsunterlagen zunächst bis zum 31. Dezember 2006 aufzubewahren waren, außerdem Fristen aus dem Handels- und Steuerrecht zu beachten waren, bestanden für das weitere Schriftgut keine Aufbewahrungsfristen. Es war eine Frage der Zeit, wie lange die LMBV das Geld zur Lagerung der Akten bezahlen würde.

Das BLHA bemühte sich auch nach der Privatisierung der Betriebe um die weitere Bewertung und Übernahme der seinerzeit in die Wertkategorie I eingestuften Betriebe. Daneben bekundeten weitere Vereinigungen Interesse an den Beständen. Zwischenzeitlich entstanden verschiedene Ideen zur Aufbewahrung des Schriftgutes. Gedacht wurde beispielsweise an ein Bergbauarchiv, vergleichbar dem in Bochum, oder an die Übergabe des Schriftgutes an Bergbaumuseen oder -vereine. Eine Zersplitterung der Bestände wurde jedoch von den Verantwortlichen abgelehnt. Die unklare finanzielle Ausstattung war wohl der Grund, solche Varianten auf Eis zu legen.

Im Dezember 2003 luden die LMBV und die DISOS GmbH die Archivreferenten der betroffenen ostdeutschen Länder zu einem ersten Gespräch über die Verfahrensweise zur Bewertung der Braunkohlenakten ein. Anlass war die Festlegung der LMBV, bis 2007 ihre wesentlichen Aufgaben abzuschließen, so dass ab 2007 nur noch Restaufgaben zu erfüllen sein würden. Bis dahin sollten die beiden Zentralarchive in ihren Beständen aufgelöst oder zumindest verringert werden. Die guten Erfahrungen bei der Umsetzung der „Verfahrenshinweise zur Zusammenarbeit der DISOS-Landesdepots mit den Archivreferenten der Neuen Länder“ bei der Bewertung und Übergabe von Schriftgut der liquidierten ehemals volkseigenen Betriebe² sollten in ähnlicher Form bezüglich des Braunkohlenschriftgutes umgesetzt werden.

Ende September 2004 konnte im BLHA mit der Bewertung der 3,25 laufende Meter umfassenden Ablieferungsverzeichnisse begonnen werden. Nach Beendigung der Bewertung wurde im Februar 2005 eine Übergabvereinbarung zwischen der LMBV, der Iron Mountain Disos GmbH und den Archivreferenten Brandenburgs, Sachsens und Sachsen-Anhalts unterzeichnet. Gleich am nächsten Tag

¹ Die 1990 gegründete Treuhandanstalt war auch für das Schriftgut der durch sie liquidierten Unternehmen zuständig. Sie schuf in den neuen Bundesländern Archivdepots, die zum Bereich Organisation/EDV gehörten. Zum 1. Oktober 1994 wurde dieser Bereich als DV-Informationssysteme, Organisation und Service GmbH (DISOS GmbH) ausgegründet. Ab dem 1. Januar 1998 gehörte die DISOS GmbH als 100%ige IBM-Tochter zum Unternehmensbereich Global Services. Zum 1. April 2004 schloss sie sich der Iron Mountain an und firmiert als Iron Mountain Disos GmbH.

² Vgl. Katrin Verch, Zur Bewertung des Schriftgutes liquidierten Betriebe der DDR aus dem Informations- und Dokumentationszentrum Brandenburg der DISOS GmbH, in: Brandenburgische Archive, Mitteilungen aus dem Archivwesen des Landes Brandenburg 17/18 2001.

wollte die Iron Mountain Disos GmbH mit dem Zusammenstellen der archivwürdigen Akten beginnen und bis Ende Juni 2005 die Übergaben an die Landesarchive abgeschlossen haben. Doch während Sachsen-Anhalt und Sachsen noch Teile insbesondere aus Bitterfeld erhielten, wurde keine einzige Akte an das BLHA übergeben.

Die LMBV hatte inzwischen den Archivdienstleistungsvertrag zur Erbringung der Leistungen des Bescheinigungswesens und der Führung der Archive ab 1. Juli 2005 neu ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt die Rhenus Office Systems GmbH, ein Logistikdienstleister für Büro und Verwaltung. Die Iron Mountain Disos GmbH zog sich vertragsgemäß aus den Standorten in Bitterfeld und Senftenberg-Brieske zurück.

The image shows an archival card with the following details:
- Top left: VVB Braunkohle (Gesellschaft für Braunkohle)
- Top right: 15
- Aktendirektende Stelle: Kader 6.3
- Aktentitel bzw. Akteninhalt: Kaderprogramme der Betriebe
- Bez. CTR. REP. 901 VVB BRAUNKOHLE, SENFTENBERG (with a circular stamp containing 1684)
- Zeitlicher Umfang: 1965/66
- Aufnahmestempel: K-S
- Archivnummer: 1/3 434

Der Bestand Rep. 901 VVB Braunkohle, Sitz Senftenberg, wurde 1991 vom ehemaligen VE Braunkohlenkombinat Senftenberg mit Deckblättern übernommen und im BLHA mit dem Bestandsstempel versehen

Der Übergang von einem Dienstleister zum anderen verzögerte sich aus verschiedenen Gründen. So führte die LMBV die Archive zunächst selbst weiter und konzentrierte sich auf die Bearbeitung der Lohn- und Gehaltsanfragen. Eine für März 2006 in Brieske einberaumte Besprechung mit den Archivreferenten übertraf dann wohl alle negativen Vorstellungen eines Archivars. Es erwies sich als unmöglich, anhand der Ablieferungsverzeichnisse die entsprechenden Akten zu lokalisieren. Deshalb hatte

die Rhenus Office Systems GmbH in Absprache mit der LMBV bereits begonnen, alle Sachakten und Zeichnungen neu zu erfassen. Im Zuge der Erfassung wurde die Beschriftung der Ordner oder Schnellhefter als Aktentitel übernommen, ohne mit dem Inhalt der Akte abzugleichen. War keine Laufzeit genannt, wurde sie mit einem Blick auf die ersten Blätter festgelegt. Die Akten wurden mit einem 14-stelligen Barcode versehen und in eine Datenbank aufgenommen. Die Zeit drängte, Ende April musste das Archivgebäude in Senftenberg-Brieske geräumt sein. Bis dahin wurden etwa zwei Drittel der Aktentitel aufgenommen. Das letzte Drittel wurde im neuen Quartier in Velten bis Juni 2006 erfasst.

Bewertung der Akten

Ungeachtet der komplizierten äußeren Bedingungen lag der Schwerpunkt der Arbeit auf der Bewertung. Zu klären waren die territoriale Zuständigkeit, die Auswahl der Bestände und die Schwerpunktsetzung bei der Bewertung der einzelnen Bestände.

Voraussetzung für die Bewertung waren aufgrund der territorialen Umstrukturierungen 1945, 1952 und 1990 Absprachen der Archivreferenten und in Einzelfällen der Bearbeiter über die Zuständigkeiten. In Bezug auf Sachsen-Anhalt betraf das den Raum Lauchhammer, der bis 1952 zu Sachsen-Anhalt und danach zum Bezirk Cottbus gehörte. Bereits zu DDR-Zeiten wurde der Schnitt jedoch 1945 angesetzt, weil dieser Bruch für die Bestandsbildung von größerer Bedeutung war. Deshalb bestätigten beide Seiten, dass Sachsen-Anhalt die Akten bis 1945 bewertet und Brandenburg diejenigen aus der Zeit danach. In Bezug auf Sachsen waren diejenigen Werke strittig, die bis 1990 im Bezirk Cottbus lagen und sich heute auf dem Territorium Sachsens befinden. Aus Brandenburger Sicht liegt die Zuständigkeit beim BLHA, aus sächsischer Sicht beim Bergarchiv Freiberg. Letztlich wurde eine pragmatische Lösung gefunden. Da sich das BLHA vorrangig auf die Bewertung der Betriebe der ehemaligen Wertkategorie I konzentrieren wollte, würden die strittigen Werke bestenfalls als Ergänzung herangezogen werden. Deshalb wurde mit Ausnahme des Gaskombinates Schwarze Pumpe (Wertkategorie I) und des Braunkohlenwerk Welzow (bereits umfangreiche Überlieferung im BLHA) die Bewertung Sachsen übertragen. Hinsichtlich der Bestände aus der Zeit vor 1945 sollte Sachsen-Anhalt die Bestände der Bubiag, Anhaltischen Kohlenwerke und Plessaer Kohlenwerke bewerten und Brandenburg die Ilse Bergbau AG.

Mit der Klärung der Zuständigkeiten war für das BLHA auch schnell klar, dass die Bewertung auf den in der DDR

getroffenen Entscheidungen zur Einordnung der Bestände in die Wertkategorien beruhen sollte. Entsprechend der Einordnung der Betriebe in die Wertkategorie I (siehe oben) lag damit der Schwerpunkt der Bewertung auf den VVB, Kombinat und Betrieben in Senftenberg, Lauchhammer und Schwarze Pumpe. Als besonders wichtig wurde die Überlieferung zu Senftenberg erachtet. Die VVB bzw. das Kombinat war von 1953–1968 und 1980–1990 übergeordnete Leitungsebene für alle Werke im Lausitzer Raum und von 1969–1980 sogar für alle Werke in der DDR (mit Ausnahme des Gaskombinates Schwarze Pumpe, das 1970 direkt dem Ministerium für Kohle und Energie unterstellt wurde).



Auszeichnung eines Neuerers auf der 5. Ökonomischen Industriezweikkonferenz der VVB am 25. August 1961
(Rep. 901 VVB Braunkohle, Sitz Senftenberg, Nr. 1021)

Prinzipiell handelt es sich zunächst einmal bei dem Schriftgut zur Braunkohlenindustrie um Verwaltungsschriftgut wie bei jedem anderen Industriezweig und Betrieb (mit den Abteilungen Direktor, Kader und Bildung, Produktion, Technik usw.). Die Besonderheit besteht darin, dass nicht nur schlechthin etwas produziert wurde (v.a. Rohbraunkohle gewonnen und Briketts gepresst), sondern die Verlegung von Orten, Flüssen und Straßen, die Abbaggerung und anschließende Wiederurbarmachung Veränderungen in der Landschaft und des Lebens der Bewohner zur Folge hat. Dieser Seite des Braunkohlenbergbaus wurde

besondere Aufmerksamkeit im Zuge der Bewertung geschenkt.

Die Rhenus Office Systems GmbH übergab den Landesarchiven fünf Excel-Dateien mit insgesamt 101 487 Datensätzen (DS):

- a) Akten mit aktenführender Stelle³ und mit Laufzeit (37 071 DS)
- b) Akten mit aktenführender Stelle und ohne Laufzeit (29 109 DS)
(Laufzeit z.T. im Aktentitel angegeben)
- c) Akten ohne aktenführende Stelle (13 355 DS)
(BKW z.T. im Aktentitel angegeben)
- d) Zeichnungen (21 694 DS)
(davon 13 814 mit aktenführender Stelle, 6 387 mit Laufzeit).
- e) Bücher (241 DS).

Die Zuständigkeit der Länder ergab sich aus der „aktenführenden Stelle“ oder aus dem Aktentitel, sofern keine „aktenführende Stelle“ bekannt war. Der Schwerpunkt der Bewertung wurde vom BLHA auf die unter a) genannten Akten gelegt, b) und c) wurden lediglich zur Ergänzung genutzt.

Schwierig gestaltete sich die Bewertung der Zeichnungen. Die einen waren weder örtlich, noch zeitlich zuzuordnen. Andere, deren Orte und Gruben genannt waren, lagen hingegen mit unzähligen Detailrissen vor. Ein Besuch im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe in Cottbus half hier weiter. Er ergab, dass sich in den dort vorhandenen Betriebsbüchern zu den einzelnen Werken genaue Zeichnungen zum jährlichen Voranschreiten der Tagebaue befinden. Solche systematischen Darstellungen sind in den Beständen der Braunkohlenwerke nicht enthalten. Auf die Übernahme detaillierter Tagebauzeichnungen wurde deshalb weitgehend verzichtet, Zeichnungen zur Abbaggerung von Orten und zur Wiederurbarmachung hingegen als archivwürdig gekennzeichnet. Von den Zeichnungen zu Fabrikanlagen und Geräten wurden Übersichtskarten und Stammbäume, die deren Funktionsweise darstellen, ausgewählt. Auf Details wurde verzichtet.

Bei den Büchern wurden nur solche ausgewählt, deren Titel auf Brandenburg Bezug nehmen. Bücher mit allgemeinem Bezug zum Bergbau wurden dem Bergarchiv Freiberg mit seiner Spezialbibliothek angeboten. Nicht aufgelistet sind max. 50 Umzugskartons mit Fotos.

³ Mit der „aktenführenden Stelle“ war der Bestand gemeint.

Stichproben in Velteln ergaben, dass es sich um Alben, Einzelfotos, Negative und Glasplatten handelt, die nur teilweise beschriftet sind. Eine schnelle Entscheidung vor Ort über Aufbewahrung oder Kassation und außerdem eine Zuordnung zum jeweiligen Landesarchiv war nicht möglich. Da die Mehrzahl der Fotos Brandenburg betrifft, hat das BLHA zunächst alle Kartons übernommen, um dann in Ruhe eine Entscheidung zu treffen.

Aber nicht nur das Masseproblem erwies sich als Herausforderung, sondern auch die Bestandsbildung und die Aktentitel selbst. Beispielsweise differenziert der Bestand „Senftenberg“ für den Zeitraum bis 1980 nicht zwischen der VVB Braunkohle Senftenberg (Wertkategorie I) und dem der VVB unterstehenden Braunkohlenkombinat Senftenberg (Wertkategorie III). Die Akten wurden deshalb alle wie Akten der VVB behandelt. Viele Aktentitel waren so unpräzise, dass sie von vornherein aus der Bewertung ausgeschlossen werden konnten, z. B. „EDV, Originale“ oder „abgelegte Bohrungen“.

Neben der Bewertung der Excel-Dateien durch das BLHA bot sich die Rhenus Office Systems GmbH an, die archivwürdigen Positionen aus den 2004/05 bewerteten Ablieferungsverzeichnissen mit der neu erstellten Datenbank abzugleichen und die so ermittelten Akten für die Übergabe vorzubereiten.

Im Ergebnis konnten 2008 ca. 455 laufende Meter Akten, Zeichnungen und Fotos mit 9 053 Verzeichnungseinheiten übernommen werden, verpackt in großen und kleinen Umzugskartons und Zeichnungsrollen. Unausgepackt wurden sie in der Außenstelle Frankfurt (Oder) eingelagert, 2009 werden sie in das neu eingerichtete Außenmagazin in Potsdam-Golm umgelagert. Für die Aufbereitung wird voraussichtlich noch eine geraume Zeit vergehen.



ROSEBROCK
 BREMEN POTSDAM

Stadt- und Fernumzüge • Möbellagerung

Wetzlarer Str. 3 • 14482 Potsdam
☎ 03 31/74 31 70
 Fax 03 31/7 43 17 20 www.rosebrock.com

**Ihr erfahrener Spezialist
 für Aktentransporte und
 Archivverlagerungen**

**fachmännisch
 umsichtig
 sicher
 zuverlässig**

Inland • Ausland • Übersee



Produkte für Archive, Museen, Bibliotheken,
 Registraturen und historische Sammlungen

**Alte Filme ohne alten Mief aufbewahren -
Luftig archivieren.**

STIL Casing Solution Filmdosen aus archivsicherem Kunststoff (100% Polypropylen).

Die seitlichen Luftkamine in den Filmdosen von STIL erlauben einen ständigen Luftaustausch und verringern erheblich das Risiko des Essig-Syndroms. Darüber hinaus sind sie extrem stabil, sicher stapelbar und leicht zu reinigen.



**Einfach auf Archivalien zugreifen -
Schonend archivieren.**

Frontklappenschachtel „Thalia“, hergestellt aus stabiler Archivpappe in Premium-Qualität

Mit Hilfe des integrierten und komplett entnehmbaren Schuber, lässt sich das Schriftgut auf einfache Weise der Box entnehmen. Der Boxenkörper sowie die darüber gestapelten Boxen verbleiben im Regal. Der Zugriff kann nun bequem mit beiden Händen erfolgen. Ein Plus an Sicherheit im Umgang mit Archivalien.





Hans Schröder GmbH, Ostendstraße 13, 76689 Karlsdorf-Neuthard
 Tel.: + 49 (0)7251 / 34 88 00 · Fax.: +49 (0)7251 / 34 88 07
 E-Mail: info@archiv-box.de · Internet: www.archiv-box.de

Bitte fordern Sie unseren kostenfreien Produktkatalog an oder besuchen Sie uns im Internet.

Stadtarchiv und Stadtjubiläum: Prenzlau

Von Sabine Nietzold und Stephan Diller

Aus der Geschichte des Archivs

Gründung und Ersterwähnung

Das am 27. Dezember 1234 zur Stadt erhobene Prenzlau unterhielt mit großer Wahrscheinlichkeit von jeher ein „Stadtarchiv“ zur Aufbewahrung der wichtigsten Urkunden über die von den jeweiligen Landesherrn und Königen verliehenen und bestätigten Besitzungen und Privilegien. Erstmals schriftlich erwähnt wurde das „Stadtarchiv“ in der von Pfarrer Christoph Süring (1615–1673) geschriebenen, den Zeitraum von 1138 bis 1653 umfassenden ersten Chronik der Stadt Prenzlau. Darüber hinaus hinterließ Pfarrer Süring weitere, bis in das Jahr 1670 reichende Aufzeichnungen zur Prenzlauer Stadtgeschichte.

Archivbestände und Archivpflege 1930–1945

Das Prenzlauer Archiv verfügte vor 1945 über einen wertvollen Urkundenbestand und zahlreiche Amtsbücher und Akten des Stadtmagistrats, die verzeichnet und einzelnen Beständen zugeordnet waren. Auch eine Fotosammlung wurde in den 1930er Jahren angelegt. Die fachliche Betreuung des Archivs lag in den Händen von Rechtsanwalt und Notar Dr. Emil Schwartz. Er war vom Geheimen Staatsarchiv Berlin als Archivpfleger eingesetzt worden und leitete als Vorsitzender des Uckermärkischen Museums- und Geschichtsvereins gleichzeitig das Uckermärkische Museum in Prenzlau.

Kriegsbedingte Auslagerung wichtiger Archivbestände im März 1945

Am 15. Februar 1945 empfahl das Geheime Staatsarchiv Berlin die Auslagerung der wertvollsten Teile des Prenzlauer Stadtarchivs, um diese vor den Plünderungen der Roten Armee zu schützen. Die auszulagernden Archivalien wurden zusammen mit wertvollem Museumsgut, einigem Privateigentum und den vom Superintendent Dr. Carl Nagel eingesammelten Kirchenbüchern am Abend des 18. März 1945 auf einen LKW des Prenzlauer Fliegerhorstes geladen und über Nacht nach Schönebeck gebracht, wo die Ladung am Nachmittag des 19. März eingetroffen ist. In Schönebeck hatte das Geheime Staatsarchiv im Graf-Moltke Schacht der Saline ein Magazindepot eingerichtet. Mit der Übergabe der Kisten an den Magazinverwalter und der Einlagerung in den Stollen gehörte das Prenzlauer Archivgut nun als Depositum zum Geheimen Staatsarchiv Berlin.

Prenzlauer Archivgut als Depositum des Geheimen Staatsarchivs Berlin – Zerstreuung einzelner Archivbestände 1945–1965

Noch bevor das heutige Gebiet von Sachsenanhalt am 1. Juli 1945 offiziell der Sowjetunion unterstellt wurde, schafften die Engländer die aus Prenzlau stammenden Kisten nach Goslar, wo das Privateigentum im September 1947 ihren Besitzern zurückgegeben wurde. Die übrigen Kisten gelangten von Goslar in das Staatsarchiv Göttingen, wo der Prenzlauer Archivbestand teilweise auseinandergerissen wurde. Ohne Wissen und Zustimmung des Geheimen Staatsarchivs Berlin wurden zudem die Kirchenbücher des staatlichen Kirchenverbandes Prenzlau am 5. Dezember 1951 dem Kirchenbuchamt der Evangelischen Kirche Deutschlands in Hannover ausgehändigt, von wo sie schließlich an das Konsistorium in Berlin gelangten. Ebenso wurden drei Truhen und eine Bildkiste des Uckermärkischen Museums am 13. Dezember 1963 an das Braunschweigische Landesmuseum abgegeben. Die restlichen Kisten aus Prenzlau gelangten am 24. November 1965 in das Geheime Staatsarchiv nach Berlin-Dahlem, wo der verbliebene Bestand erstmals verzeichnet und ein Findbuch angelegt wurde.

Nach dem Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD aus dem Jahre 1986 wurde der Prenzlauer Archivbestand ein Jahr später in das Staatsarchiv Potsdam, dem heutigen Brandenburgischen Landeshauptarchiv, überführt. Dort vereinte man ihn mit dem 1963 vom Prenzlauer Museum abgegebenen Restbestand der Akten aus der Zeit vor 1945 des Prenzlauer Stadtarchivs, den dieses dem Uckermärkischen Museum im Jahr 1958 übergeben hatte.

Kriegsverluste 1945

Die nicht nach Schönebeck ausgelagerten Archivbestände wurden im alten, am Marktberg gelegenen Rathaus der Stadt Prenzlau ein Opfer der Flammen: Die von der Bombardierung verschonten Gebäude der Stadt wurden am 26. April 1945 von den Sowjets systematisch ausgeplündert und in Brand gesteckt. Einzig die historischen Bauakten überstanden diese Feuersbrunst, da sich das Bauamt in einem Gebäude des Kasernenkomplexes auf dem Sternberg befunden hat. Sie wurden 1945 auf die Straße geworfen. Dem Ortschronisten und späteren Museumsdirektor Alfred Hinrichs ist es zu verdanken, dass der Großteil der wertvollen Bauakten gerettet werden konnte. Er sammelte sie ein und bewahrte sie somit vor dem Schicksal, als Brennmaterial im Ofen zu enden.

Provisorisches Stadtarchiv 1955–1999

Im Jahre 1955 wurde auf dem Dachboden der Stadtverwaltung ein provisorisches Stadtarchiv eingerichtet und stundenweise – drei Stunden – von einem Mitarbeiter be-

treut. Im Archivbestand befanden sich keine Unterlagen mehr aus der Zeit vor 1945. In einem Bericht von 1960 wird darauf hingewiesen, dass auch die Jahre 1945–1950 große Lücken aufweisen und beispielsweise Unterlagen zur Durchführung der Bodenreform sehr mangelhaft vorhanden sind.

Die Lagerung der Akten im Dachgeschoss der Stadtverwaltung war natürlich nicht optimal. Das Gebäude war 1841 als Korrigendenanstalt (= Besserungsanstalt für straffällig gewordene Bürger – Bettler, Obdachlose, Landstreicher und Frauen, die wegen Prostitution verurteilt waren) des Provinzialverbandes Brandenburg eingerichtet und seitdem nur notdürftig saniert worden. Die Akten wurden in Dachkammern gelagert, in denen nicht nur desolate klimatische Zustände herrschten. Mit der Zeit verschmutzten die Akten durch Staub, Spinnenweben und Sporen so stark, so dass sie kaum mehr für eine weitere Nutzung geeignet waren.

Modernes Stadtarchiv im Dominikanerkloster seit 1999

Obwohl man schon in den 1960er Jahren einen Unzug anmahnte, blieb der provisorische Zustand des Archivs bis 1999 erhalten. Erst mit dem Umzug in das neue Kulturzentrum im Dominikanerkloster, das neben dem Archiv auch die Stadtbibliothek, das Kulturhistorische Museum und die Kulturarche beherbergt, änderten sich die Verhältnisse grundlegend. Der neue Standort wurde eigens für die Bedürfnisse eines modernen Archivs ausgebaut: Im 2. Obergeschoss des Ostflügels wurde ein klimatisierter Magazinraum mit einer Hebelschubanlage eingebaut, der die optimale Lagerung des Archivguts ermöglicht. Für die Benutzer wurde ein Leseraum geschaffen, der mit 16 Arbeitsplätzen ausreichend Platz für Schüler, Studenten, Familienforscher, Wissenschaftler und andere Archivnutzer bietet. Auch die Archivarinnen bekamen einen eigenen Büroraum.



Blick in den Lesesaal, 2006



Gründungsurkunde von Prenzlau, 1234

Über die Bestände des Archivs

Rückführung des 1945 ausgelagerten Aktenbestandes im Jahre 2004

Bereits 1949 gab es erstmals erfolglose Bestrebungen der Stadtverwaltung, den ausgelagerten Aktenbestand nach Prenzlau zurückzuholen. Anfangs lehnte das Landeshauptarchiv eine Rückführung mit der Begründung ab, dass es keine geeigneten Räumlichkeiten für das kostbare Archivgut in Prenzlau gäbe. Durch den Umzug ins Dominikanerkloster und die geschaffenen optimalen Lagerbedingungen waren diese Argumente jedoch hinfällig. Den seit 1993 geführten beharrlichen Verhandlungen der ehemaligen Archivleiterin Bärbel Schoenicke ist es letztlich zu verdanken, dass die Rückführung des Aktenbestandes im Jahre 2004 zu einem guten Ende gebracht werden konnte.

Urkundenbestand

Mit Ausnahme der Gründungsurkunde von 1234 verblieb

jedoch der umfangreiche Prenzlauer Urkundenbestand per Depositatvertrag für weitere 20 Jahre im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, wo er wissenschaftlich ausgewertet und in Form von drei Urkundenbänden ediert werden soll. Der erste Urkundenband soll im Jahre 2010 erscheinen. Von den Prenzlauer Urkunden sind im Stadtarchiv aber Fotokopien vorhanden, so dass der Nutzer mit diesen arbeiten kann.

Aktueller Archivbestand

Den zurückgekehrten Bestand Rep. 8 Prenzlau bilden 37,5 lfd. Meter Akten und Amtsbücher aus der Zeit vom 16. Jahrhundert bis zum Jahr 1944. Er zählt zu den umfangreichsten und geschlossensten Archivbeständen einer Kommune vor 1945 im Land Brandenburg. Den Großteil der Akten machen Unterlagen aus, die beim Magistrat der Stadt entstanden sind. Darüber hinaus sind aber auch Innungsakten und Unterlagen von vier Vereinen, namentlich der Schützengilde, des Bürgerhilfsvereins, der Literaria-Gesellschaft und des Bürgerstiftsvereins, vorhanden.

Magistratsakten

Die umfangreiche Überlieferung der Stadtverwaltung enthält Unterlagen zur Verfassung und Verwaltung, zum Finanzwesen, zum städtischen Besitz, zur städtischen Wirtschaft, zum Bauwesen, zum Kultur- und Bildungswesen, zum Gesundheits- und Armenwesen, zum Polizeiwesen, zur Feuersozietät und zum Militärwesen, da Prenzlau seit 1685 als Garnisonsstadt ausgebaut worden ist.

Militärakten

Die vorhandenen Militärakten spiegeln die Verbindung zwischen Stadt und Militär wieder. In dem umfangreichen Teilbestand von 224 Akten aus dem Zeitraum von 1620 bis 1942 sind hauptsächlich Unterlagen enthalten, die Auskunft geben über Abgaben, Lieferungen und Leistungen der Stadt an das Militär. So sind beispielsweise Einquartierungslisten erhalten geblieben. Ebenso sind die sog. Kantonrollen, die Listen der wehrfähigen Männer, die in Kriegszeiten eingezogen werden konnten, enthalten und Akten zu Kriegsschäden und Invasionen, zu Lazarett-Sachen, zur Invaliden- und Waisenversorgung, zur Miliz, Bürgerwache und Landwehr sowie zu militärischen Strafsachen.

Kopiale Bestände

Zu den ältesten Unterlagen des Bestandes Rep. 8 Prenzlau gehören Kopiale der städtischen Privilegien, die wahrscheinlich im 16. Jahrhundert angefertigt wurden und Abschriften von Urkunden aus den Jahren 1235 bis 1598 enthalten. Ebenfalls im 16. Jahrhundert setzen die Prenz-

lauer Bürgerbücher ein, die durchgängig von 1585 bis 1917 erhalten sind und eine wichtige Quelle für Genealogen und Familienforscher darstellen.



Kopialbuch der Stadt Prenzlau

Historischer Bauaktenbestand

Der historische Bauaktenbestand, der Akten aus dem 18. Jahrhundert bis 1945 enthält, wird oft bei der Benutzung nachgefragt. Zum einen benötigen Bauherren und Architekten die originalen Baupläne, um die Sanierung von Altbauten und die Fassadengestaltungen originalgetreu gestalten zu können. Zum anderen werden sie auch für Familienforscher, deren Vorfahren als Hauseigentümer bekannt sind, zu ungeahnten Fundquellen.

Anhand der Bauakten lässt sich aber auch die Stadtentwicklung nachvollziehen, so z. B. die Erweiterung der Stadt im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, in deren Zuge die Ausfallstraßen wie die Schwedter oder Stettiner Straße angelegt und mit Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden bebaut wurden.

Die Überlieferung der Stadt von 1945 bis 1990, die den Zeitraum der sowjetischen Besatzung und die gesamte DDR-Zeit beinhaltet, enthält u. a. Akten zur Enttrümmerung und zum Wiederaufbau der Ende April 1945 zu 85 Prozent zerstörten Stadt.

Weitere Archivbestände: Deposita, Ton- und Bilddokumente, Zeitungen

Neben der amtlichen Überlieferung sammelt und verwahrt das Archiv auch Unterlagen von Betrieben und Vereinen,

um alle Facetten der Stadtgeschichte abbilden zu können. Als Beispiel sei der Bestand Amateurfilmverein genannt, der nach der Auflösung des Vereins im Jahre 2006 ins Archiv gelangte. Er enthält die schriftliche Überlieferung des 1955 gegründeten Vereins, aber auch einen Großteil der geschaffenen Filmwerke und Dokumentationen, mit denen die Entwicklung Prenzlau über die Jahrzehnte festgehalten wurde.

Im Archiv sind zudem mehrere Sammlungen vorhanden: Eine Plakatsammlung, eine Karten- und Plansammlung sowie die Zeitungssammlung. Letztere beginnt aber erst 1960 mit der „Neuen Uckermark“ (1960–1967, unvollständig). Weiterhin vorhanden ist die „Freie Erde“ (1963, 1966–1990, teilweise fehlende Ausgaben), der „Nordkurier“ (1990–1991) und der „Uckermark Kurier“ ab 1991. Zeitungen vor 1945 sind im Kulturhistorischen Museum vorhanden. Das älteste dort vorhandene Blatt sind die 1796 erschienenen „Uckermärkischen gemeinnützigen Blätter“, die vom Verlagsunternehmen der Prenzlauer Familie Ragoczy herausgegeben wurden. Da das Archiv im gleichen Haus ansässig ist wie das Museum, besteht eine enge Zusammenarbeit beider Institutionen. Nutzer können Zeitungen aus dem Museumsarchiv bei uns bestellen und im Lesesaal des Archivs einsehen. Das gleiche gilt im Übrigen auch für anderes schriftliches Sammlungsgut des Museums wie beispielsweise Schulchroniken und Bücher.



Blick in das Magazin

Verwaltungsarchiv

Neben dem historischen Archiv unterhalten wir auch ein Verwaltungsarchiv, in dem das nicht mehr benötigte Schriftgut aus den Ämtern und Einrichtungen der Stadtverwaltung bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfristen gelagert wird. Es befindet sich im Keller der Stadtverwaltung und beherbergt auch die Prenzlauer Einwohnermeldekartei von 1952–1990.

Die Präsenzbibliothek des Stadtarchivs

Im Lesesaal des Stadtarchivs befindet sich eine kleine Präsenzbibliothek mit rund 3050 Büchern und Broschüren zur Geschichte Prenzlau, der Uckermark und Brandenburgs.

Unter den Büchern befinden sich wichtige Publikationen zur Stadtgeschichte, so z. B. der „Versuch einer Geschichte der Uckermärkischen Hauptstadt“, Teil I und II vom Prenzlauer Ratsherrn Johann Samuel Seckt, gedruckt in Prenzlau bei Christian Gottfried Ragoczy 1785 und 1787. Der erste Teil beschreibt die Geschichte Prenzlau bis 1415, der zweite behandelt den Zeitabschnitt bis zur eigenen Gegenwart des Autors, also bis ins 18. Jahrhundert hinein.

Eine weitere wertvolle Stadtchronik ist die „Geschichte der uckermärkischen Hauptstadt Prenzlau“ von Dr. Emil Schwarz, der mit Hilfe von Originalquellen und Publikationen früherer Chronisten wie Christoph Süring (17. Jh.), Johann Samuel Seckt (18. Jh.), Joachim Ziegler (um 1886) und Ernst Dobbert (1914) eine ausführliche Beschreibung der Geschichte Prenzlau von den Anfängen bis 1620 verfasste. Herausgegeben wurde diese Arbeit 1973 postum durch seine Tochter. Bis auf das Werk von Joachim Ziegler sind die von Dr. Emil Schwarz verwendeten Chroniken im Stadtarchiv vorhanden. Eine Kopie von Christoph Sürings Chronik und seine „Allerhand zusammengetragene Nachrichten wegen der Stadt Prenzlau“ befinden sich als Handschriften im Bestand Rep. 8 Prenzlau Nr. 811 und Nr. 812.

Neben der Literatur findet man im Lesesaal auch eine Materialsammlung zu bestimmten regionalgeschichtlichen Themenschwerpunkten wie zur Wirtschaft, zu Apotheken, zu Denkmälern, Straßen und Prenzlauer Persönlichkeiten. Schüler-, Studenten-, und Diplomarbeiten zur Prenzlauer Geschichte komplettieren die Sammlung im Lesesaal. Sie erlauben einen schnellen Zugriff auf Informationen und geben somit einen ersten Überblick über ein bestimmtes Themenfeld.

Eine weitere wichtige regionalgeschichtliche Quelle sind die Heimatkalender des Kreises Prenzlau, die erstmals 1926 erschienen und bis zur aktuellen Ausgabe im Lesesaal vorhanden sind.

Wer sich für Ereignisse der unmittelbaren Gegenwart interessiert, kann auf die Prenzlauer Stadtchronik ab 1990 zurückgreifen, die jährlich von den Mitarbeitern des Stadtarchivs erarbeitet wird.

Öffentlichkeitsarbeit des Archivs zum Stadtjubiläum

In diesem Jahr feiert Prenzlau sein 775-jähriges Stadtjubiläum. Im Rahmen der Feierlichkeiten beteiligt sich auch das Archiv am breit gefächerten Festprogramm.

Im März laden wir die Besucher zu der Veranstaltung „Abends im Archiv – Ein Blick hinter die Kulissen“ ein. Angeregt durch die sehr gut besuchten Potsdamer Schloßernächte und die langen Nächte der Museen, erhoffen wir auch für das Stadtarchiv einen regen Besucherstrom nach Feierabend. Bei dieser abendlichen Veranstaltung wollen wir dem Besucher die Arbeit des Archivars näher bringen und einen Blick auf besondere Akten eines jeden Bestandes gewähren. Als besonderes Highlight präsentieren wir einen Dokumentarfilm aus den 1950er Jahren, der neben Originalaufnahmen Prenzlau vor 1945 auch den Wiederaufbau der Stadt dokumentiert. Dieser Film gelangte im Herbst letzten Jahres als Schenkung ins Archiv und war uns bis dahin völlig unbekannt. Er stellt ein einzigartiges Dokument zur Stadtgeschichte dar.

Im Mai werden wir in Zusammenarbeit mit dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv eine Ausstellung präsentieren, in der einige unserer wertvollen Urkunden aus dem BLHA sowie andere interessante Archivalien wie Stadtpläne, Siegel und originale Stadtchroniken zusammen mit ausgewählten Exponaten aus dem Kulturhistorischen Museum gezeigt werden.

Bei der Planung und Gestaltung des historischen Festumzuges zum Höhepunktwochenende des Festjahres am 12. Juli 2009 wirkt das Archiv intensiv mit.

Speziell zur 775-Jahrfeier erarbeitet das Stadtarchiv mit Hilfe dreier Hobbyfilmer einen Dokumentarfilm, der die geschichtliche Entwicklung Prenzlau beschreibt. Anhand ausgewählter historischer Gebäude versuchen wir, die Geschichte Prenzlau zu erzählen.



Besucher beim „Tag der Archive“ 2006 im Stadtarchiv

Im September steht ein weiteres Jubiläum an: Vor zehn Jahren öffnete das Dominikanerkloster Prenzlau als Kulturzentrum und Museum erstmals seine Pforten. Dieses Jubiläum wird in einem angemessenen Rahmen gewürdigt. Es wird u. a. eine Ausstellung geben, bei der an die schönsten und wichtigsten Ereignisse aus allen Bereichen – Archiv, Bibliothek, Kulturarche und Museum – erinnert wird. Seitens des Stadtarchivs stehen vor allem die Ausrichtung des Brandenburgischen Archivtages 2003, die Rückführung unseres Aktenbestandes aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv 2004 sowie die Beteiligungen am bundesweit durchgeführten Tag der Archive 2004, 2006 und 2008 im Mittelpunkt der Präsentation.

Ansprechpartnerin: Sabine Nietzold
Stadtarchiv Prenzlau
Uckerwiek 813
17291 Prenzlau
Tel.: 03984 753541
E-Mail: stadtarchiv@dominikanerkloster-prenzlau.de



Kennzahlen und Benchmarking für Archive¹

Von Mario Glauert

Kennzahlen und Benchmarking sind auch für öffentliche Verwaltungen inzwischen geläufige Instrumente zur Analyse und Leistungsmessung von Effizienz und Kundenorientierung. Sie beeinflussen strategische Entscheidungen und wirtschaftliche Planungen. So ging beispielsweise dem Doppelhaushalt des Landes Brandenburg für die Jahre 2008/2009 eine umfassende Benchmarkanalyse voraus, die einzelne Aufgabenbereiche der Landesverwaltung im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern sowie zu den westdeutschen Flächenländern Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen untersuchte.² Die deutschen Archive haben sich schon vor der Etablierung des New Public Management und der breiten Einführung von Produktdefinitionen und Kosten-Leistungsrechnungen in den Verwaltungen mit Kennzahlen und Leistungsindikatoren beschäftigt. Bereits 1993 förderte die Bertelsmann Stiftung einen Vergleichszirkel für Stadtarchive, dessen Ziel aber ausdrücklich nicht „Ranking-Listen“ sein sollten, sondern „die prozeßhafte Evolution der Verwaltungsstrukturen“ durch „interkommunale Lernprozesse“.³

1 *Der Beitrag geht zurück auf ein Impulsreferat zu der vom Autor geleiteten Arbeitsgruppensitzung „Kennzahlen und Benchmarking für Archive“ auf dem Brandenburgischen Archivtag im April 2008 in Berlin.*

2 *Eine im Auftrag des brandenburgischen Finanzministeriums erarbeitete Vergleichsstudie wurde im Dezember 2006 von der Kienbaum Management Consultants GmbH fertig gestellt. Der 75 Seiten starke Bericht mit dem Titel „Durchführung einer Benchmarkanalyse des Landeshaushalts Brandenburg zur Unterstützung der Haushaltsaufstellung 2008/2009“ wurde am 12. Dezember 2006 dem Kabinett vorgelegt; Text unter: <http://www.mdf.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.384933.de> [Stand: 01.02.2009]. Der Vergleich ergab u. a., dass Brandenburg auf Landes- und kommunaler Ebene die niedrigsten Kulturausgaben je Einwohner unter den Flächenländern Ost aufwies (S. 61).*

3 *Wirkungsvolle Strukturen im Kulturbereich. Zwischenbericht zum Städtevergleich der Stadtarchive der Städte Bielefeld, Dortmund, Mannheim, Münster und Wuppertal. Hrsg. v. Marga Pohl. Gütersloh 1995, S. 9. Vgl. dazu auch Katharina Tiemann, Der Städtevergleich der Stadtarchive – Über die Zukunft der Stadtarchive in Zeiten der Erprobung neuer Steuerungsmodelle im Kulturbereich, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 42, 1995, S. 17-19. Siehe auch die ältere Bertelsmann-Publikation: *Produktordner Effizientere Strukturen im Kulturbereich – Controlling- und Steuerungssystem für das Stadtarchiv*, entwickelt von Mummert & Partner, Unternehmensberatung GmbH, Hamburg, und*

Trotz zahlreicher Ansätze und Aufrufe haben sich für den Archivbereich noch keine übergreifenden Konzepte für eine vergleichende Analyse und Leistungsmessung durchgesetzt.⁴

Ranking und Statistik

Fehlende abgestimmte Indikatoren und Benchmarkkriterien führen indes fast zwangsläufig dazu, dass Unterhaltsträger immer wieder auf wenig verlässliche oder nur bedingt vergleichbare allgemeine Statistiken und öffentliche Haushaltszahlen zurückgreifen, wenn es um strategische Zielbestimmungen, Personalplanungen und Mittelzuweisungen für Archive geht. Für die staatlichen Archive des Bundes und der Länder stehen aktuelle Grundangaben wie Personalzahlen, Benutzertage, Bestandsumfang und die Zahl der Standorte beispielsweise bequem im Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung. Vergleicht man die dortigen Zahlen für das Jahr 2008 und unterwirft sie einem einfachen „Ranking“, ergibt sich ein ebenso klares wie möglicherweise fatales Bild: So kommen in Hessen etwa 1 690 laufende Meter Archivgut auf einen Archivbeschäftigten, in Niedersachsen dagegen nur 540 laufende Meter. Für Bremen lässt sich pro Beschäftigten eine Lesesaalbenutzung von 336 Benutzertagen errechnen, Rheinland-Pfalz kommt dagegen nur auf 50 Benutzertage pro Archivmitarbeiter.⁵

Die Problematik dieser „Kennzahlen“ wie des daraus abgeleiteten Rankings ist offensichtlich: Ist schon die Definition des „laufenden Meters“ im deutschen Archivbereich nicht abgestimmt, so können hohe Zahlen bei den „Benutzungstagen“ (Summe der Benutzer pro Tag) sowohl auf die breite öffentliche Wirkung von Archiven, deren hohe Besucherattraktivität und ein großes Publikumsinteresse an ihren Angeboten und Beständen hindeuten, sie können aber auch das Ergebnis ungenügender Findhilfsmittel, kurzer Öffnungszeiten oder langer Bestellfristen sein, die die Benutzer zwingen, ein Archiv häufiger aufzusuchen, als dies etwa bei guten Recherchemöglichkeiten im Vorfeld des Besuches, langen Öffnungszeiten des Lesesaals oder kurzen Bereitstellungszeiten von Akten erforderlich wäre.

Zuendel & Partner, International Management Consultants GmbH, Heidelberg, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh [1994].

4 *Vgl. zuletzt Burkhard Nolte: Controlling leicht gemacht: Prozesskostenrechnung und Balanced Scorecard im Archiv, in: *Archivar* 61 (2008), S. 237-247.*

5 *Statistisches Jahrbuch 2008. Für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Statistischem Bundesamt, Wiesbaden 2008, S. 175.*

Archivstrukturen sind das Ergebnis spezifischer historischer Entwicklungen ihrer Sprengel und Träger und unterscheiden sich daher nicht nur in Hinblick auf Bestandsumfang und Bestandsschwerpunkte, sondern auch in ihrer aktuellen Einbindung in die Gesamtverwaltung. Die wenigen, sehr allgemeinen Zahlen des Statistischen Jahrbuches verdecken die starken Differenzierungen, die es selbst in dem überschaubaren Bereich der Staats- und Landesarchive gibt. Besonderheiten und „Alleinstellungsmerkmale“, die die Statistik maßgeblich beeinflussen, werden nicht abgebildet, beispielsweise:

- die Verwahrung von Beständen der Wirtschaft (anstelle eines gesonderten Wirtschaftsarchivs),
- die Verwahrung von Unterlagen ehemaliger Parteien und Massenorganisationen (spezifisch für die Archive in den neuen Bundesländern),
- die erhöhte Recherche- und Auskunftstätigkeit zur Regelung offener Rechts- und Vermögensfragen sowie zur Klärung von Sozialansprüchen,
- die Übernahme und Verwahrung von Unterlagen der Landtage (anstelle gesonderter Landtagsarchive),
- das Angebot eines Verwaltungs- bzw. Zwischenarchivs (zusätzlich zum eigentlichen „Endarchiv“) zur Entlastung der Altregistraturen in den Verwaltungen,
- die Verwahrung von Grundbuch- und Personenstandsunterlagen zur Entlastung der Gerichte und Standesämter,
- die Verwahrung von Nachlässen, Sammlungsgut und Archivgut privater Träger
- die Archivberatung,
- die Integration von Bibliotheken, Museen, Literaturarchiven oder anderen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen,
- die Führung einer Sicherungsverfilmungsstelle in Auftragsverwaltung des Bundes,
- das Betreiben von Außenstellen, Magazindepots oder zentralen Werkstätten.

Diese Faktoren haben Einfluss sowohl auf den Umfang der Bestände als auch auf die Nutzung und personelle Ausstattung der Archive. Ein einfaches Ranking dieser drei Relationen genügt nicht, die Beurteilung erfordert vielmehr einen differenzierten Blick auf die gesetzlichen Aufträge und die verwaltungsspezifischen Aufgabenteilungen, soll ein Benchmarking nicht nur nivellieren, sondern inspirieren, die dahinter stehenden Prozesse genauer zu betrachten, um daraus Nutzen für die eigene Arbeit zu ziehen.

Ziele und Kennzahlen zur Leistungsmessung

Es stellt sich mithin die Frage, welche Kennzahlen geeignet sind, ein verlässliches Bild von den Stärken und Schwächen eines Archivs zu zeichnen. Unter Kennzahlen (Indikatoren) werden dabei quantitative Informationen zur Kontrolle von Abläufen und Ergebnissen verstanden, die intuitive Urteile durch nachprüfbare Daten ersetzen und damit möglichst objektive Vergleiche über die Zeit, mit Soll-Werten (Zielen) oder mit anderen Institutionen, also ein „Benchmarking“ zulassen. Allgemein formuliert, ist Benchmarking der Vergleich von Kosten, Leistungen, Wirkungen („outcome“), Prozessen, Strukturen oder Strategien mit einer anderen Institution oder von Arbeitsbereichen anhand von Kennzahlen und Standards mit dem Ziel, Verbesserungsmöglichkeiten („best practice“) zu ermitteln.⁶ Es ist als Controlling-Instrument eine Weiterentwicklung des Betriebsvergleichs. „Benchmarking wirkt damit der Neigung zur Selbstzufriedenheit entgegen. [...] Das Aufbrechen ineffizienter und verkrusteter Strukturen wird [...] durch das Finden bereits bestehender, besserer Wege wesentlich unterstützt.“⁷

Für die öffentliche Verwaltung kann so ein „Quasi-Wettbewerb“ simuliert werden. Bei der Anwendung von Benchmarkanalysen im New Public Management tritt die ursprüngliche Grundidee dieses Verfahrens, das „Lernen von den Besten“, indes häufig zu Gunsten einer auf Kostenaspekte reduzierten Wirtschaftlichkeitsprüfung mit dem Ziel der Reduzierung von Ressourcen zurück.

Unabdingbare Grundlage für jede vergleichende Leistungsmessung ist ein gemeinsam vereinbartes Ziel- und Wertesystem, also die (schwierige) Antwort auf die (einfache) Frage, was beispielsweise ein „gutes“ Archiv ist. Diskussion und Austausch, die Ermittlung klar formulierter Ziele und die Definition darauf abgestimmter Messgrößen sind dabei bereits die entscheidenden Lernprozesse. Je nach Zielpublikum lassen sich durchaus unterschiedliche Qualitätskriterien und Ziele formulieren: Für die Unterhaltsträger („shareholder“) stehen zumeist wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund, während die unterschiedlichen Nutzer-, Kunden- oder Interessengruppen („stakeholder“) bis hin zu den Mitarbeitern oder Kooperationspartnern eher qualitative Ansprüche mit unterschiedlichen Schwerpunkten formulieren können.⁸

6 Vgl. Robert Kasch / Norbert Zdrowomyslaw, *Betriebsvergleiche und Benchmarking für die Managementpraxis: Unternehmensanalyse, Unternehmenstransparenz und Motivation durch Kenn- und Vergleichsgrößen*, München / Wien 2002, S. 1-3.

7 Jürgen Weber / Utz Schäfer, *Einführung in das Controlling*, 12. Aufl., Stuttgart 2008, S. 352.

8 Vgl. Ottfried Dascher, *Archive als Dienstleistungseinrich-*

Bei der Diskussion um Kennzahlen, Leistungen, Produkte und Benchmarking gilt es, drei mögliche Zielrichtungen einer Leistungsmessung grundsätzlich zu unterscheiden:

- Außendarstellung,
- interne Steuerung und
- Leistungsvergleich.

Vornehmlich der Außendarstellung dienen in der Regel die vielfach veröffentlichten Statistiken und Jahresberichte der einzelnen Archive. Sie sind für ein Benchmarking indes nicht geeignet, da die Definition der dort aufgeführten Messgrößen nicht übergreifend abgestimmt ist. Ähnliches gilt für die Kennzahlen der Kosten-Leistungsrechnung, die vor allem der internen Kontrolle und Steuerung dienen. Sie sind auf die zu Grunde liegenden Produktkataloge abgestimmt und beschränken sich zudem allein auf Kostenaspekte (Input / Output). Auch solche Zahlen sind daher für Qualitätsvergleiche nur eingeschränkt zu gebrauchen. Ein Kennzahlenkatalog für einen institutionsübergreifenden Leistungsvergleich, also ein aussagekräftiges Benchmarking, konnte für den Archivbereich bislang nicht entwickelt werden, da trotz breiter fachlicher Über-

tungen – Verwaltung, Forschung, Öffentlichkeit, in: *Der Archivar* 49, 1996, H. 1, Sp. 49-58; Peter Worm, *Das Staatsarchiv Münster und seine Benutzer (1995-2004). Transferarbeit im Rahmen des Referendariats für den höheren Archivdienst*, Marburg 2005, S. 22-30, Text unter: <http://www.archive.nrw.de/dok/Transferarbeiten/Worm/Transferarbeit%20Peter%20Worm.pdf> [Stand: 01.02.2009]; Anette Meiburg / Sebastian Barteleit / Thomas Menzel, *Benutzeranalyse im Bundesarchiv, Teil 2: Benutzerbefragung*, in: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv* 2, 2003, S. 28-35; Torsten Zarwel / Simone Walther: *Ergebnisse und Grenzen der Benutzungsoptimierung im Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde – Ein Erfahrungsbericht*, in: *Der Archivar* 60, 2007, H. 3, S. 214-220; Nicole Schütz, *Verbesserung des Lesesaalservices? Eine Benutzerumfrage im Staatsarchiv Marburg*, in: *Der Archivar* 57, 2004, H. 1, S. 58f.; Stefan Nicolay, *Auswertung der Benutzungsbefragung im Bistumsarchiv Trier im Jahr 2005*, in: ebd., S. 255f.; David Kraus, *Benutzerumfrage im Landesarchiv Saarbrücken*, in: *Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven* 50, 2005, S. 22f.; Dieter Marek, *Benutzerumfrage im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt*, in: *Der Archivar* 59, 2006, H. 1, S. 74f.; *Ausführliche Auswertung der Benutzerumfrage im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt*, 2005, unter: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/staatsarchive/rudolstadt/texte/endaussage_auswertung.doc [Stand: 01.02.2009]. – Zu einer Nutzeruntersuchung, die auch ein Benchmarking mit anderen Archiven durchführte, siehe Inge Schoups, *Gebruikersonderzoeken in het stadsarchieef Antwerpen: organisatie en nut voor beleidsbeslissingen*, in: *Bibliothek- en archiefgids* 80, 2004, H. 6, S. 20.-25.

einstimmung eine akzeptierte Formulierung gemeinsamer strategischer Ziele noch aussteht.⁹

Das Modell der „Balanced Scorecard“

Für die Entwicklung solcher gemeinsamen Ziele wird man anstelle der weitgehend auf Kostenaspekte reduzierten Produktkataloge aus der Kosten-Leistungsrechnung eher auf das Modell der „Balanced Scorecard“ zurückgreifen müssen, das Anfang der 1990er Jahre von Robert S. Kaplan und David P. Norton entwickelt wurde und seitdem in unterschiedlicher Differenzierung weite Verbreitung gefunden hat.¹⁰

Das Modell bezieht neben dem Finanzaspekt auch andere Perspektiven, wie die Kunden, die internen Arbeitsprozesse und vor allem die über Perspektive „Potential, Innovation und Wachstum“ auch die Mitarbeiter in die Betrachtung ein. Berücksichtigt werden also nicht nur die Kosten, sondern auch „weiche“ Faktoren. Zudem wird über den Bereich Potential / Mitarbeiter – im Gegensatz zur rückwärts analysierenden Kosten-Leistungsrechnung – auch die künftige Entwicklung in die Betrachtung einbezogen. Für Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung wird das Modell in der Regel um eine fünfte Dimension, die Leistungs- / Wirkungsperspektive (outcome), erweitert; an der Spitze stehen dann die Fachaufgaben und der Verwaltungsauftrag, nicht die Finanzziele eines Unternehmens.¹¹

9 Zur Zieldefinition von Archiven vgl. beispielsweise: Gabriele Stüber, *Qualitätsparameter archivischer Arbeit – Überlegungen zur Dienstleistung und Ressourcengewinnung*, in: *Der Archivar* 56, 2003, H. 3, S. 203-213; „Positionspapier Kommunalarchiv“ der BKK. *Zukunft der Stadt / Stadt der Zukunft*, in: *Archive in Thüringen* 1, 2003, S. 3-5; Raimund Bartella, „Das Kommunalarchiv“ – Ein Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK), in: *Archivpflege in Westfalen-Lippe* 59, 2003, S. 4-11; Walter Schuster, *Die Anforderungen an Kommunen und ihre Archive in Zeiten des New Public Management*, in: *Der Archivar* 57, 2004, H. 2, S. 108-114; *Archivische Aufgaben der Kommunen im digitalen Zeitalter. Positionspapier der kommunalen Archive in Nordrhein-Westfalen*, in: *Der Archivar* 58, 2005, H. 4, S. 254f.

10 Vgl. Artikel „Balanced Scorecard (BSC)“, in: *Online-Verwaltungslexikon (olev.de)*, Text unter: <http://www.olev.de/b/bsc.htm> [Stand: 01.02.2009].

11 Vgl. Dietrich Budäus, *Strategisches Management in öffentlichen Verwaltungen – Bedarf und Leistungsfähigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Balanced Scorecard*, in: Andreas Georg Scherer / Jens Michael Alt (Hrsg.): *Balanced Scorecard in Verwaltung und Non-Profit-Organisationen*, Stuttgart 2002, S. 319-338; Susanne König / Mette Rehling, *Zur Übertragbarkeit der Balanced Scorecard auf ein zukunftsgerichtetes Personalmanagement der öffentlichen*

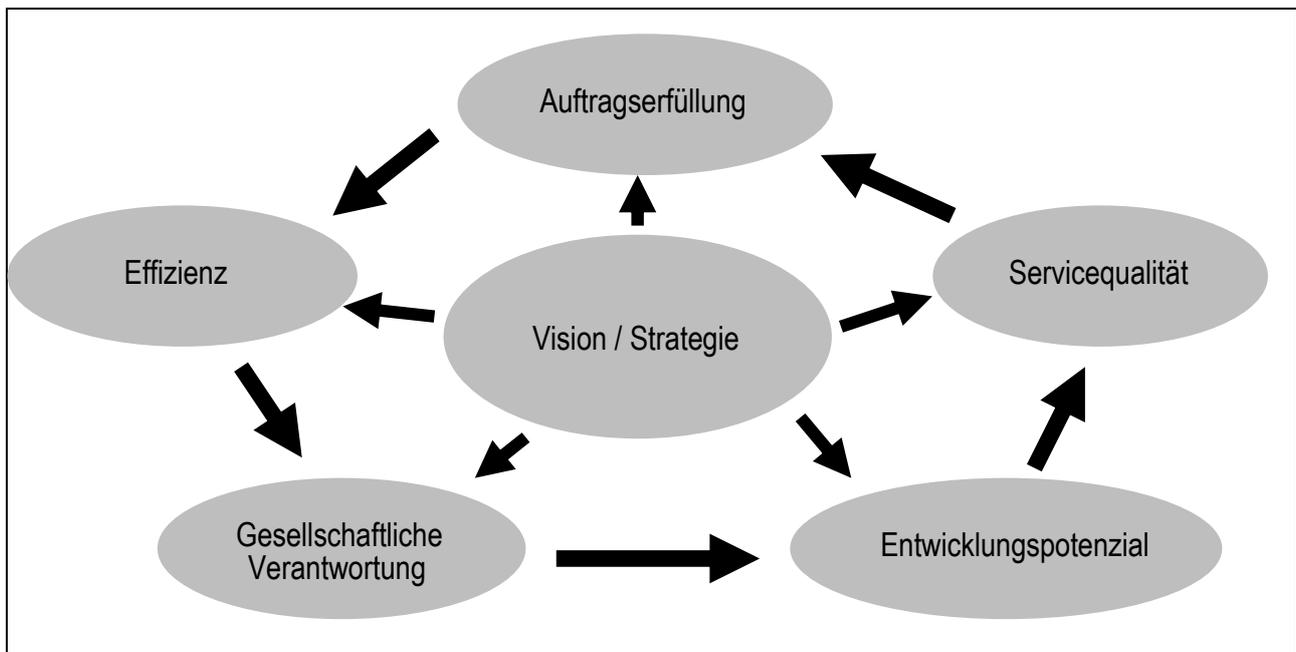


Abb. 1: Mögliche Grundform der „Balanced Scorecard“ für ein öffentliches Archiv

Ausgangspunkt für eine Balanced Scorecard ist immer die Formulierung einer „Vision“ und Strategie, die über ein „Leitbild“, wie es auch im Archivbereich mitunter erarbeitet wird¹², deutlich hinaus geht, da sie mit konkreten Zielen und Kennzahlen hinterlegt werden muss. Allerdings ist eine Beschränkung auf wenige Kennzahlen erforderlich, denn es geht – auch hier im Unterschied zur Kosten-Leistungsrechnung – nicht darum, das gesamte Leistungsspektrum einer Organisation vollständig abzubilden. Im Unterschied zum Benchmarking, das einmalig anhand von Ist-Werten erfolgt, ist die Balanced Scorecard ein permanent einzusetzendes Controlling-Instrument. Im

Mittelpunkt steht immer die Betrachtung von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen. Auch für Archive ist diese Perspektive wichtig: Übernahme, Erschließung, Erhaltung, Nutzung und Kundenzufriedenheit beispielsweise sind Faktoren, die eng miteinander verknüpft sind, einander bedingen und daher nicht einzeln ohne Auswirkungen auf die anderen variierbar sind.

BIX: Der Bibliotheksindex

Im Gegensatz zu den Archiven und Museen¹³ verfügen die Bibliotheken mit dem „Bibliotheksindex“ (BIX) bereits seit einigen Jahren über ein gemeinsam erarbeitetes Benchmarking-Instrument, dessen Ziel es ist „die Leistungsfähigkeit von Bibliotheken kurz, prägnant und dennoch in aussagekräftiger Form zu beschreiben. Er macht die Situation einer Bibliothek mit Hilfe von Kennzahlen transparent und trägt damit zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Bibliothek, Verwaltung, Öffentlichkeit und Politik bei.“¹⁴

1999 von der Bertelsmann Stiftung und dem Deutschen Bibliotheksverband e.V. (dbv) initiiert, wird der BIX seit Juli 2005 im Rahmen des Kompetenznetzwerks für Bibliotheken (KNB) von dbv und dem Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen (hbz) als ko-

Verwaltung, Oldenburg 2002, Text unter: <http://www.uni-oldenburg.de/orgpers/DiskussionsPapier-01-02.pdf> [Stand: 01.02.2009].

12 Vgl. etwa Silke Birk: *Wir über uns – Mitarbeiterbefragung und Erarbeitung eines Leitbildes in der Archivverwaltung*, in: *Sächsisches Archivblatt* 1, 2002, S. 2-4; Jürgen Klosterhuis, Ein „Staatsarchiv ohne Staat“ – Solitär unter den Staatsarchiven. *Positionspapier zum Selbstverständnis und zu den Herausforderungen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz*, in: *Der Archivar* 58, 2005, H. 4, S. 252-254. Weitere Beispiele (Auswahl): Bundesarchiv: http://www.bundesarchiv.de/aufgaben_organisation/aufgaben/00874/index.html [Stand: 01.02.2009]; Landesarchiv Schleswig-Holstein: http://www.schleswig-holstein.de/LA/DE/02Leitbild/02Leitbild__node.html [Stand: 01.02.2009]; Niedersächsisches Landesarchiv: http://www.nla.niedersachsen.de/master/C2639392_N2639169_L20_D0_I503.html [Stand: 01.02.2009]; Stadtarchiv Emden: <http://www.emden.de/de/kultur/stadtarchiv/stadtarchiv-2.htm> [Stand: 01.02.2009]; Stadtarchiv Hannover: <http://internet.hannover-stadt.de/stadtarchiv/service/leitbild/leitbild-text.htm> [Stand: 01.02.2009].

13 Für die Museen siehe: Andreas Hausmann, *Besucherorientierung von Museen unter Einsatz des Benchmarking*, Bielefeld 2001, ferner den Sammelband: *Vergleichen lohnt sich. Benchmarking als effektives Instrument des Museumsmanagements*, hrsg. v. Hartmut John, Bielefeld 2003.

14 Zitat aus der aktuellen Projektbeschreibung: <http://www.bix-bibliotheksindex.de/index.php?id=73> [Stand: 01.02.2009].

operative Eigenleistung der Bibliotheken geführt. Derzeit beteiligen sich EU-weit rund 250 Bibliotheken freiwillig an dem Vergleichsziel. Die Ergebnisse des jährlichen Rankings werden gedruckt (im BIX-Magazin) und online¹⁵ publiziert.

Der Bibliotheksindex wird getrennt für öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken erhoben und ausgewertet. Beide Indizes werden regelmäßig weiter entwickelt und enthalten vier „Zieldimensionen“ als Grundlage des Leistungsvergleichs: Angebote / Auftragserfüllung, Nutzung / Kundenorientierung, Wirtschaftlichkeit / Effizienz und Entwicklung. Für das jährliche Ranking fließen die einzelnen Kennzahlen in unterschiedlichen Anteilen in die Ergebnisse der einzelnen „Zieldimensionen“ wie auch in das Gesamtergebnis ein.

Für die wissenschaftlichen Bibliotheken werden auf der Grundlage von 35 Basiszahlen für das Berichtsjahr 2008 folgende 18 Indikatoren erhoben:

1. Angebote: Welche Infrastruktur kann die Bibliothek für die Nutzung bieten?

- 1.1 m² Benutzungsbereich pro 1000 Mitglieder der primären Nutzergruppe
- 1.2 Bibliotheksmitarbeiter pro 1000 Mitglieder der primären Nutzergruppe
- 1.3 Ausgaben für Literatur und Information pro 1000 Mitglieder der primären Nutzergruppe
- 1.4 Anteil der Ausgaben für elektronische Bestände an den gesamten Ausgaben für Informationsversorgung
- 1.5 Öffnungsstunden pro Woche

2. Nutzung: Wie werden die angebotenen Dienstleistungen genutzt?

- 2.1 Bibliotheksbesuche pro Kopf (der primären Nutzergruppe)
- 2.2 Elektronische Nutzung
- 2.3 Schulungsstunden pro 1000 Mitglieder der primären Nutzergruppe
- 2.4 Sofortige Medienverfügbarkeit
- 2.5 Nutzerzufriedenheitsquote (wird derzeit nicht erhoben)

3. Effizienz: Werden die Dienstleistungen kosteneffizient erbracht?

- 3.1 Bibliotheksausgaben pro Nutzer
- 3.2 Verhältnis der Erwerbungs Ausgaben zu den Personalausgaben

3.3 Mitarbeiterproduktivität (Exemplarisch: Medienbearbeitung)

3.4 Mitarbeiterproduktivität (Exemplarisch: Entleihungen und Fernleihe) [neu ab 2009]

4. Entwicklung: Sind ausreichende Potenziale für die notwendigen Entwicklungen vorhanden?

- 4.1 Fortbildungstage pro Mitarbeiter
- 4.2 Anteil der Bibliotheksmittel an den Mitteln der Hochschule
- 4.3 Anteil der Dritt- und Sondermittel an den Bibliotheksmitteln
- 4.4 Anteil des zur Entwicklung und Bereitstellung elektronischer Dienste eingesetzten Personals

Die Datenbasis ist bewusst auf wenige aussagekräftige Messgrößen verdichtet, um so den teilnehmenden Bibliotheken eine schnelle Einschätzung ihrer Stärken und Schwächen zu erlauben und auch mit Blick auf Unterhalts- und Entscheidungsträger eine kompakte Übersichtlichkeit zu gewährleisten.

Im Vergleich zu bisherigen archivischen Ansätzen fällt auf, dass keine Personaldifferenzierungen vorgenommen und keine Indizes zum Bestand oder zum Grad der Erschließung erhoben werden. Anstelle der in Archivstatistiken üblichen „Ausleihzahlen“ ermittelt der BIX die „sofortige Medienverfügbarkeit“, d.h. wie viel Prozent aller Ausleihen ohne Vormerkung oder Fernleihe getätigt wurden. Mit Ausnahme der exemplarisch für die Mitarbeiterproduktivität ausgewählten „Medienbearbeitung“ (Beschaffung und Formalerschließung) bzw. „Entleihungen“ (neu ab 2009) findet keine Leistungsmessung bei Fachaufgaben statt. Für die Öffentlichkeitsarbeit, die Bestandserhaltung oder auch die Digitalisierung werden keine Indizes erstellt. Problematisch bleibt eine standardisierte Nutzerbefragung für Aussagen über die Nutzerzufriedenheit, die noch nicht eingeführt werden konnte, während 2008 erstmals ein Index für die elektronische Nutzung festgelegt und erhoben wurde.

Internationale Archivkennzahlen

In Großbritannien publizierte der Archivarsverband (Society of Archivists) bereits 1993 eine Handreichung (Best Practice Guideline) zur Leistungsmessung in Archiven.¹⁶

¹⁵ Unter www.bix-bibliotheksindex.de [Stand: 01.02.2009].

¹⁶ Patricia Methven u. a., *Measuring Performance. A practical guide for use in the setting of standards and measurement of collection policy, document production, repository facilities, cataloguing, indexing, outreach and user satisfaction*, London 1992, Text auch unter: <http://www.archives.org.uk/resources/SoA%20Best%20Practice%20Guide%20>

1996 wurde die „Public Services Quality Group for archives and local studies“ (PSQG) als informelles Netzwerk von Archivarinnen und Archivaren ins Leben gerufen, um sich über „best practice and quality issues“ in Archiven auszutauschen.¹⁷ Eine „steering group“ koordiniert die Aktivitäten und organisiert vor allem die jährlich stattfindenden Qualitätsforen (annual quality forum), deren Ergebnisse online veröffentlicht werden. Ein Ziel war es von Anfang an, Kennzahlen (Performance Indicators) für die Qualitätsmessung von Archiven zu entwickeln. 2003 entstand ein vorläufiger Bericht über Kennzahlen für den Bereich „Zugang und Nutzung“ (Access and Usage), der seitdem weiter ergänzt wird.¹⁸

In den USA veröffentlicht die „National Archives and Records Administration“ (NARA) zwar regelmäßig ihre jährliche Zielplanung (Performance Plan) im Netz¹⁹, die aus den langfristigen strategischen Leitplanungen abgeleitet werden²⁰, doch lassen sich die dort verwendeten Ziele und Kennzahlen nur bedingt für ein Benchmarking verwenden.

In Frankreich bemüht sich aktuell die Sektion „Départementalarchive“ (Section Archives Départementales) des Archivarsverbandes (Association des Archivistes Français) um die Entwicklung eines Kennzahlenkatalogs für elf ausgewählte archivische Arbeitsbereiche, der künftig auch eine Vergleichbarkeit einzelner Archive ermöglichen soll.²¹

„ArchIX“ – Entwurf für einen deutschen Archivindex

Die Diskussionen bei der Erarbeitung und Fortentwicklung des BIX oder die Debatten auf den jährlichen Qualitätsforen der PSQG zeigen deutlich, dass die Erstellung eines aussagekräftigen und anerkannten Indexes ein steiniger Weg ist, der zugleich aber eine fruchtbare Erörterung über Aufgaben und Ziele der eigenen Fachkunde mit sich bringt.

Der nachfolgende Entwurf für einen Archivindex stellt somit keinen umsetzbaren Katalog vor, sondern kann nur als Anregung und Anstoß für einen solchen Gedankenaustausch dienen, zumal ihm die entscheidende Grundlage, die Formulierung einer strategischen „Vision“ fehlt. Mangels einer abgestimmten deutschen Archivstatistik, bleiben die zu Grunde liegenden Kenngrößen („Archivalieinheit“, „Auskunft“ usw.) und Standards („erschlossen“, „recherchierbar“, „verpackt“) der zwanzig verwendeten Basiszahlen an vielen Stellen notwendiger Weise unbestimmt. Ziel ist es nicht, die gesamte Archivarbeit abzubilden, sondern unter verschiedenen Perspektiven prägnant und exemplarisch fünfzehn Indizes für einige ausgewählte Aspekte zu bilden und anhand definierter Kennzahlen mess- und vergleichbar zu machen. Der wiederholte Bezug auf die Einwohnerzahl des Archivsprengels bedingt die Einrichtung mehrerer Vergleichskreise (für Landes-, Kreis-, Stadt- oder Gemeindearchive) und wäre für Archive anderer Sparten zu modifizieren.

Number%201%20-%20Measuring%20Performance.pdf
[Stand: 01.02.2009].

17 Vgl. http://www.ncaonline.org.uk/research_and_development/public_services_quality_group/ [Stand: 01.02.2009].

18 Aktueller Stand unter: http://www.ncaonline.org.uk/materials/performance_measures.pdf [Stand: 01.02.2009].

19 Vgl. <http://www.archives.gov/about/plans-reports/performance-plan> [Stand: 01.02.2009].

20 <http://www.archives.gov/about/plans-reports/strategic-plan/> [Stand: 01.02.2009].

21 http://www.archivistes.org/article.php3?id_article=600
[Stand: 01.02.2009].

Indikatoren

Nr.	Indikatoren	Erläuterung
1	Auftragserfüllung	
1.1	Archivmitarbeiter pro 100 Mitarbeiter in den betreuten Stellen	1 Gesamtzahl der Mitarbeiter in allen betreuten Stellen in VZÄ mal 100 2 Personalkapazität gesamt in VZÄ dividiert durch
1.2	Erschließungsquote	3 Umfang der erschlossenen Archivbestände dividiert durch 4 Umfang des gesamten Archivbestandes mal 100
1.3	Verpackungsquote	5 Umfang verpackter Bestände dividiert durch 4 Umfang der gesamten Archivbestände mal 100
2	Effizienz	
2.1	Archivausgaben pro 10.000 Archivalieneinheiten	6 Ausgaben des Archivs (ohne investive Ausgaben) dividiert durch 4 Umfang der gesamten Archivbestände mal 10.000
2.2	Einnahmen pro Nutzung	7 Einnahmen dividiert durch 8 Nutzung (9 Auskünfte + 10 Benutzertage)
2.3	Erschließungsleistung in Archivalieneinheiten pro Mitarbeiter	11 erschlossene Archivalieneinheiten im Berichtsjahr dividiert durch 2 Personalkapazität gesamt in VZÄ
3	Servicequalität	
3.1	Öffnungszeiten pro Woche	12 Regelöffnungszeiten pro Woche
3.2	Anteil elektronisch recherchierbarer Archivalieneinheiten	13 Umfang elektronisch recherchierbarer Archivalieneinheiten dividiert durch 4 Umfang der gesamten Archivbestände mal 100
3.3	Auskunftswartezeiten	14 Summe aller Bearbeitungsfristen (Arbeitstage) dividiert durch 9 Auskünfte
4	Entwicklungspotential	
4.1	Fortbildungstage pro Mitarbeiter	15 Fortbildungstage aller Mitarbeiter dividiert durch 2 Personalkapazität gesamt in VZÄ
4.2	Erschließungsindex	11 erschlossene Archivalieneinheiten im Berichtsjahr dividiert durch 16 übernommene Archivalieneinheiten im Berichtsjahr mal 100
4.3	Schutzmedienquote	17 Umfang der durch Schutzmedien nutzbaren Bestände dividiert durch 4 Umfang der gesamten Archivbestände mal 100
5	Gesellschaftliche Verantwortung	
5.1	Nutzung pro 10.000 Einwohner	8 Nutzung (9 Auskünfte + 10 Benutzertage) dividiert durch 18 Einwohnerzahl des Sprengels mal 10.000
5.2	Belegexemplare	19 Anzahl der erhaltenen Belegexemplare
5.3	Besucher bei Archivveranstaltungen pro 10.000 Einwohner	20 Besucherzahl bei Archivveranstaltungen dividiert durch 18 Einwohnerzahl des Sprengels mal 10.000

Basiszahlen

Nr.	Indikatoren	Erläuterung
1	Gesamtzahl der Mitarbeiter in allen betreuten Stellen in VZÄ	Gesamtzahl der Mitarbeiter in allen vom Archiv betreuten Behörden und Stellen, in Vollzeitäquivalenten
2	Personalkapazität gesamt in VZÄ	Archivpersonal finanziert durch Mittel des Unterhaltsträgers, in Vollzeitäquivalenten zum 31.12. des Berichtsjahres (ohne Projekt- und Hilfskräftekräfte, Praktikanten, Auszubildende und ehrenamtlich Beschäftigte).
3	Umfang der erschlossenen Archivbestände	Umfang aller erschlossenen Bestände und Sammlungen des Archivs, in Archivalieneinheiten (AE)
4	Umfang der gesamten Archivbestände	Umfang aller Bestände und Sammlungen des Archivs, in Archivalieneinheiten (AE)
5	Umfang verpackter Bestände	Umfang aller in Archivkartons, Kartenmappen, Urkunden- und Fototaschen, Buchschubern usw. verpackten Bestände und Sammlungen des Archivs, in Archivalieneinheiten (AE)
6	Ausgaben des Archivs (ohne investive Ausgaben)	Ausgaben des Archivs ohne gebäudebezogene Kosten und ohne Investitionen, also insbesondere sächliche Ausgaben und Personalausgaben
7	Einnahmen	Einnahmen aus Gebühren für Recherchen, Benutzungen, Beratungen, Reproduktionen, Ausleihen, Gutachten, Einräumung von Nutzungsrechten, Verkaufserlöse von Publikationen, Eintrittsgeldern, Raummieten, Anzeigen, Mittel aus Sponsoring, Fundraising, Spenden sowie angeworbene Dritt-, Projekt-, Förder- und Sondermittel
8	Nutzung	Summe aus 9 Auskünften und 10 Benutzertagen
9	Auskünfte	Anzahl der schriftlich, elektronisch oder am Telefon erteilten Auskünfte
10	Benutzertage	Summe der Archivbenutzer an allen Öffnungstagen des Archivs im Berichtsjahr
11	Erschlossene Archivalieneinheiten im Berichtsjahr	Zahl der im Berichtsjahr erschlossenen Archivalieneinheiten (Verzeichnungseinheiten)
12	Regelöffnungsstunden pro Woche	Zahl der Regelöffnungsstunden pro Woche, am Hauptstandort, Stand 31.12. des Berichtsjahres
13	Umfang elektronisch recherchierbarer Archivalieneinheiten	Zahl der über IT-Systeme recherchierbaren Verzeichnungseinheiten
14	Summe aller Bearbeitungsfristen (Arbeitstage)	Summe aller Bearbeitungsfristen für Anfragen, in Arbeitstagen
15	Fortbildungstage aller Mitarbeiter	Zahl der Tage (ggf. umgerechnet aus den Arbeitsstunden) für angekündigte Gruppen- oder Einzelfortbildungen innerhalb oder außerhalb des Archivs
16	Übernommene Archivalieneinheiten	Zahl der im Berichtsjahr als Archivgut (in das „Endarchiv“) übernommenen Schriftguteinheiten
17	Umfang der durch Schutzmedien nutzbaren Bestände	Umfang aller Bestände und Sammlungen des Archivs, die über Schutzmedien (Mikrofilm, Mikrofiche, Digitalisat u. a. Reproduktionen) genutzt werden können, in Archivalieneinheiten (AE)
18	Einwohnerzahl des Sprengels	Einwohnerzahl des Archivsprengels (Gemeinde, Stadt, Kreis, Land) zum 1.1. des Berichtsjahres
19	Anzahl der erhaltenen Belegexemplare	Anzahl der als Belegexemplare erhaltenen oder gemeldeten Publikationen
20	Besucherzahl bei Archivveranstaltungen	Anzahl der Teilnehmenden an vom Archiv durchgeführten Veranstaltungen (Ausstellungen, Tagungen, Seminaren usw.)

Fazit: Kennzahlen und Benchmarking für Archive?

Sieht man von dem generellen Vorbehalt ab, ein Leistungsvergleich von Archiven sei wegen ihrer ausgeprägten Spartenindividualität, der Heterogenität ihrer spezifischen Verwaltungsstrukturen und Aufgaben sowie der Inkommensurabilität ihrer unikalen Sammlungen grundsätzlich nicht zweckmäßig, lassen sich gegen ein flächendeckendes Benchmarking von Archiven etwa nach dem Vorbild des BIX durchaus einige gewichtige Argumente vorbringen:

- Archive sind aufgrund der Singularität ihrer Bestände im Gegensatz zu Bibliotheken konkurrenzlos.
- Die sich ständig weiter entwickelnden Indizes des BIX erlauben keine stabilen Vergleichsreihen und entbehren damit der für archivische Arbeit so bedeutsamen langfristigen Perspektive.
- Auf wenige Bereiche reduzierte Indizes spiegeln nicht alle Kernaufgaben der Archive wieder, Profil und Besonderheiten der einzelnen Einrichtungen innerhalb der sehr differenzierten deutschen Archivlandschaft werden somit nicht adäquat widergespiegelt.
- Anstelle von zwei wären viele Vergleichsringe (für die verschiedenen Träger und Fachsparten) erforderlich.
- Die Erhebung der Daten würde mangels vorliegender statistischer Angaben erheblichen Aufwand bedeuten, denn im Gegensatz zu den Archiven verfügen die Bibliotheken mit der „Deutschen Bibliotheksstatistik“ (DBS) über eine etablierte und weitgehend standardisierte Zahlenbasis, auf deren Grundlage die meisten Indikatoren des BIX bequem erhoben bzw. errechnet werden können.
- Wesentliche Messgrößen – wie etwa der „laufende Meter“ – sind im Archivbereich nicht vereinheitlicht.

Die interkommunalen Vergleiche der Stadtarchive in den 1990er Jahren und die Bemühungen um die Formulierung einheitlicher Produktkataloge für Kommunalarchive haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sich insbesondere im kommunalen Bereich durchaus vergleichbare Aufgabendefinitionen und Kennzahlensysteme entwickeln lassen.²²

²² Vgl. Ernst Otto Bräunche, *Produkte – Kennzahlen – Städtevergleich. Gegenwart und Zukunft der Stadtarchive in der Verwaltungsreform*, in: *Das Archivwesen im 20. Jahrhundert: Bilanz und Perspektiven. Vorträge des 60. Südwestdeutschen Archivtages am 3. Juni 2000 in Aalen*, hrsg. v. Bodo Uhl, Stuttgart 2002, S. 37-48; Irmgard Christa Becker, *Der Produktkennzahlenkatalog der BKK als Steuerungsinstrument im Kommunalarchiv: ein Erfah-*

Ein Benchmarking im ursprünglichen Sinne muss sich dabei keineswegs auf einen ganzen Vergleichsziel beziehen. Vieles spricht dafür, das „Lernen von den Besten“ zunächst beim kollegialen Austausch mit dem Nachbararchiv zu beginnen. Für größere Archive mindestens ebenso lohnend dürfte ein „funktionales“ Benchmarking sein, das über die enge Branchengrenze der Archiveinrichtungen hinausschaut und sich Partner im Bereich Logistik, Vertrieb oder Kundenmanagement sucht.

Voraussetzung ist die Bereitschaft, die eigenen Arbeitsprozesse in Frage zu stellen, sie mit Zahlen messbar zu machen und sie erforderlichenfalls auch zu verändern. Auch Archive können heute kaum mehr auf gesicherte statistische Angaben verzichten, wenn sie ihre Wirkung und Wahrnehmung im öffentlichen und politischen Raum beim Wettbewerb mit anderen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen belastbar belegen wollen.²³

Allerdings lehrt die Alltagserfahrung auch, dass Transparenz in der öffentlichen Verwaltung in der Praxis allzu oft nur die Offenlegung neuer Einsparpotentiale bedeutet.²⁴

rungsbericht, in: *Der Archivar* 55, 2002, S. 235-236; Brigitte Kramer: *Management in Kommunalarchiven – Strategien für die Anpassung an veränderte Arbeitsbedingungen im Rahmen der neuen Steuerungsformen*, in: *Archivpflege in Westfalen-Lippe* 64, 2006, S. 8-16.

²³ Vgl. Gerd Schneider, *Archive zwischen Risiko und Chance: Interner Umgang mit externen Bedingungen*, in: Stefanie Unger (Hrsg.): *Archive und ihre Nutzer – Archive als moderne Dienstleister. Beiträge des 8. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, 39)*, Marburg 2004, S. 13-56; ders., „Archivare aufgewacht!“ *Anmerkungen eines Externen zur gegenwärtigen Situation im deutschen Archivwesen*, in: *Der Archivar* 57, 2004, H. 1, S. 37-44.

²⁴ *Das ernüchternde Ergebnis der seit den 1990er Jahren in Deutschland durchgeführten interkommunalen Leistungsvergleiche zusammenfassend, formuliert Sabine Kuhlmann, Benchmarking auf dem Prüfstand: Kosten, Nutzen und Wirkungen interkommunaler Leistungsvergleiche in Deutschland*, in: *Verwaltungsarchiv* 94, 2003, H. 1, S. 99-126, hier: S. 122: „Aufgrund der prinzipiellen Probleme, die der Anreizstruktur des nicht-marktlichen Wettbewerbs im öffentlichen Sektor zugrunde liegen, und angesichts dessen, dass die Transparenzforderung der Benchmarking-Konzepte in weiten Teilen der politisch-administrativen Handlungsrationalität widerspricht, wird sich vermutlich die Hoffnung, der derzeitige auf reiner Freiwilligkeit beruhende interkommunale Leistungsvergleich werde in den Kommunen einen ‚edlen Wettstreit‘ und einen ‚kontinuierlichen Veränderungsprozess‘ auslösen, nicht erfüllen. Da zudem die für eine kontinuierliche und längerfristige Fortschreibung der Vergleichsarbeit aufzuwendenden Opportunitätskosten in keinem vertretbaren Verhältnis zum erwarteten bzw. erbrachten Nutzen stehen,

Der Verzicht auf Kennzahlen und Benchmarking schützt vor solchen Entwicklungen indes ebenso wenig wie gute Ranking-Ergebnisse.²⁵

25 Vgl. Protokoll der BIX-Steuerungsgruppe vom 10./11.03.2008, S. 4, unter: http://www.bix-bibliotheksindex.de/index.php?id=119&no_cache=1&file=116&uid=235 [Stand: 01.02.2009]: „Dr. Pflüger vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg berichtet von Prüfungen des Landesrechnungshofes in zwei Landesbibliotheken und den Universitätsbibliotheken. Der Landesrechnungshof ging bei seinen Untersuchungen so vor, dass einzelne Betriebsprozesse sehr genau untersucht, die kostengünstigste Bibliothek ermittelt und dann als Benchmark definiert wurde. Dies führte zu Kürzungsempfehlungen bei leistungsstarken Bibliotheken, die beim BIX gut abschneiden. Die BIX-Indikatoren zu Angeboten, Nutzung und Entwicklung wurden von den Prüfern als zu qualitätsbezogen angesehen und in die Prüfung nicht einbezogen. Die BIX-Indikatoren zur Effizienz wiederum wurden als zu grobmaschig für die Anliegen des Rechnungshofs betrachtet.“

digital
und
analog

Staude GmbH
DOKUMENTEN
ARCHIVIERUNGS
MANAGEMENT

● Archivieren mit höchster Sicherheit, kostengünstig und stabil:

Mikrofilm

Dafür bieten wir:

- Vertrieb von Geräten und Materialien
- Service durch autorisierten Kundendienst
- Bearbeitung von Dienstleistungsaufträgen

- Bereitstellung und Verarbeitung universell, flexibel und schnell:

Digitalisierung

Dafür bieten wir:

- Scanner für Mikrofilm, Papierseiten und Bücher bis Format A0
- Bearbeitung von Dienstleistungsaufträgen

- Nutzung analoger und digitaler Komponenten in einem Komplettsystem:

Hybridlösung

Dafür bieten wir:

- Hybridsysteme zur Mikroverfilmung und oder Digitalisierung
- Konverter zur automatischen Übertragung dig. Images auf Mikrorollfilm / Mikrofiches
- Bearbeitung von Dienstleistungsaufträgen

SIE ERREICHEN UNS

E. Staude GmbH
Blasewitzer Str. 45
D - 01307 Dresden
Fon: +49 (0) 351-43532-0
www.staude-dresden.com

Planungs- und Architekturgeschichte der DDR im Fokus – Die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS in Erkner

Von Harald Engler

In diesem Beitrag wird mit den Wissenschaftlichen Sammlungen (WS) des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) im brandenburgischen Erkner ein Archiv vorgestellt, das eine der umfangreichsten Dokumentensammlung zur Planungs- und Architekturgeschichte der DDR darstellt und gleichzeitig umfangreiche Planungsbestände aufweist, die sich mit Vorgängen und Objekten im Land Brandenburg beschäftigen. Im 20. Jahr der politisch-gesellschaftlichen Wende von 1989 wird damit gleichzeitig ein Thema der deutschen Geschichte in Erinnerung gerufen, dem in der Erinnerungskultur unseres Landes in diesem Jahr eine besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Nach einer kurzen Übersicht über die Geschichte des Archivs wird die Vorstellung der Bestände der Wissenschaftlichen Sammlungen sowie die Bemühungen um ihre archivtechnische Erschließung im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen. Da das Archiv in der glücklichen Lage ist, über eine Wissenschaftliche Mitarbeiterstelle zu verfügen, werden schließlich die Aktivitäten der wissenschaftlichen Erforschung der ostdeutschen Planungs- und Architekturgeschichte vorgestellt, mit denen vornehmlich auf der Grundlage des vorhandenen Materials in den Sammlungen die Bedeutung dieses Themensegments für eine gesamtdeutsche Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte unterstrichen werden soll.

Die Entstehung der Wissenschaftlichen Sammlungen

Der Kernbestand des heutigen Archivs ging aus Material des Instituts für Städtebau und Architektur (ISA) hervor, das zu den wichtigsten Einrichtungen der 1951 gegründeten Bauakademie der DDR bildete. Die Bauakademie war, direkt dem Ministerium für Bauwesen der DDR unterstellt, die zentrale Einrichtung des ostdeutschen Staates für das gesamte Bauwesen und den Städtebau in der DDR. Sie hatte auf der einen Seite dafür zu sorgen, dass zentral festgelegte Grundsätze des Bauens und Planens überall in der Republik durchgesetzt wurden, indem sie beispielsweise städtebauliche Wettbewerbe beaufsichtigte oder die Planungen von Neubau-Wohngebieten begutachtete und anschließend zur Genehmigung an das Ministerium für Bauwesen weiterleitete. Auf der anderen Seite wurde in der Bauakademie die wissenschaftliche Erforschung von Planungsprozessen und Architekturentwicklung in der DDR vorangetrieben, indem hier Beispielplanungen oder Experimentalbauten konzipiert und durchgeführt

wurden, z. B. für die Entwicklung des industriellen Bauens und der Plattentechnologie. Schließlich betrieb die Bauakademie mit den dort beschäftigten Wissenschaftlern auch umfangreiche Forschungen zur Planungs- und Architekturtheorie. Alle diese Aktivitäten spiegeln sich im Bestand der Wissenschaftlichen Sammlungen wider.

Mit dem Zusammenbruch der DDR 1989/90 stand die Arbeit der Bauakademie insgesamt auf dem Prüfstand, sie wurde 1991 aufgelöst und die meisten Mitarbeiter entlassen. Das Institut für Städtebau und Architektur wurde dagegen vom Wissenschaftsrat positiv begutachtet und konnte seine Arbeit mit einer neuen wissenschaftsstrategischen Ausrichtung nunmehr als IRS zunächst an zwei Standorten in Berlin fortsetzen. Da sich das Land Berlin aus der Finanzierung verabschiedete und das Land Brandenburg bereit war, das Institut aufzunehmen, siedelte das IRS 1995 nach Erkner südöstlich von Berlin über. In dem Gebäude, in dem das Institut untergebracht wurde, befanden sich zuvor Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR. Es handelt sich um einen Gebäudekomplex, der früher zu den Bakelite-Werken (Kunststoffproduktion) von Erkner gehörte, die hier weltweit erstmals in industriemäßiger Produktion hergestellt wurden.

Das neue Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung widmet sich mit insgesamt vier Abteilungen und etwa 68 Mitarbeitern, darunter 44 Wissenschaftlern, der raumwissenschaftlichen Erforschung von Problemen und Möglichkeiten der Stadt- und Regionalentwicklung im nationalen und internationalen Zusammenhang. Die Wissenschaftlichen Sammlungen bilden – historisch gesehen – zwar den Kern des Forschungsinstituts, stellen heute aber nur noch einen kleinen Arbeitsbereich im Hause dar. Mit zwei Archivaren und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie einem sich mit einem Teil seiner Arbeitszeit um die Sammlungen kümmernden wissenschaftlichen Koordinator sind die Wissenschaftlichen Sammlungen nicht nur personell vergleichsweise gut ausgestattet. Der durch die Satzung des Instituts definierte Auftrag, die Dokumente der Wissenschaftlichen Sammlungen für Öffentlichkeit und Forschung aufzuarbeiten und bereitzustellen, wird von der Institutsleitung durch die Gewährleistung von guten Arbeitsbedingungen für Nutzer und Mitarbeiter ernst genommen.

Die Bestände

Die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS in Erkner gehören im Vergleich zu den großen Staats- und Landesarchiven eher zu den kleineren Spezialarchiven, dennoch verfügen sie über beachtliche qualitative, aber auch quan-

titative Sammlungsbestände. Insgesamt umfasst das Schriftgut mehr als 230 laufende Meter, dazu kommen Tausende von Karten und Pläne, ungefähr 100.000 Fotos und andere Abbildungen, dazu kleinere Bestände wie unveröffentlichte wissenschaftliche Studien, Modelle oder Filme. Die wichtigsten und interessantesten Bestandsgruppen werden im Folgenden kurz dargestellt.¹

Sozusagen den geschichtlichen Ausgangs- und Kernbestand des Archivs bilden Dokumente der Leitung des Instituts für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie. Diese Dokumente spiegeln die Stellung des Instituts innerhalb der Bauakademie und seine Beziehung zum Ministerium für Bauwesen auf der einen Seite² sowie die Durchsetzungsstrategien von zentralen Vorgaben im Bauwesen und Städtebau nach unten zu den Bezirken, Kreisen und Städten der DDR wider. Das ISA gehörte zu den institutionellen Schlüsselakteuren im Bauwesen der DDR, indem es zentral dafür verantwortlich zeichnete, städtebauliche Wettbewerbe zu begleiten und die Neubauvorhaben und -gebiete zu begutachten, bevor sie zum Ministerium für Bauwesen zur endgültigen Genehmigung weitergereicht wurden. Der Bestand „Städtebauliche Wettbewerbe“ mit Einzelvorgängen aus den Jahren 1946 bis 1975, zu denen Unterlagen wie die Wettbewerbsausschreibungen, die prämierten wie die ausgeschiedenen Entwürfe sowie umfangreiches Dokumentations- und Fotomaterial mit Abbildungen der Modelle gehören, bietet reichhaltiges Forschungsmaterial für Arbeiten, die sich insbesondere mit der städtebaulichen Entwicklung einzelner Kommunen oder der DDR insgesamt in den verschiedenen Epochen der ostdeutschen Stadtplanung befassen. Sie werden durch reichhaltiges Material der Abteilung „Wohngebiete und Neubaugebiete“ ergänzt, in der sich Planungs- und Ausführungsunterlagen sowie Stellungnahmen zu insgesamt 376 Bebauungskonzeptionen an 263 Standorten in 119 Städten der DDR finden, die solch wichtige Bestandteile wie Pläne zur Flächennutzung, Freiflächengestaltung, stadtechnische Erschließung, gesellschaftliche Einrichtungen, Größe und Anzahl

1 Eine vollständige Übersicht über die Bestände mit genaueren Inhalts- und Umfangsbeschreibungen bietet die Bestandsübersicht der Wissenschaftlichen Sammlungen, die auf der Website des Instituts unter www.irs-net.de/download/profil/Bestandsuebersicht_komplett.pdf (10.03.2009) abrufbar ist.

2 Etwa die Auseinandersetzungen zwischen dem eher reformorientierten Direktor des ISA, Bernd Grönwald, und den Hardlinern im Bauministerium der DDR oder seine Versuche, das Bauwesen der DDR stärker für internationale Entwicklungen zu öffnen.

der Wohnungen, Autostellplätze, Wohndichte und vieles mehr umfassen. In der Abteilung Generalbebauungsplanung des ISA lässt sich die städteplanerische Theorie und Praxis in der DDR von den frühen fünfziger Jahren bis 1990 verfolgen. Hier finden sich nicht nur Unterlagen zu den theoretischen und methodischen Grundlagen zur Erarbeitung dieser Planwerke, sondern für zahlreiche Städte auch die Pläne selbst nebst umfangreichen Begutachtungsunterlagen zu Aspekten wie Flächennutzung, Verkehr oder denkmalpflegerischer Umgang mit der alten Bausubstanz in den Stadtzentren.

Ein weiterer herausragender Bestand der Wissenschaftlichen Sammlungen bildet eine umfangreiche Dokumentation zum wichtigsten Bauvorhaben der frühen DDR, der Stalinallee, zu der mehr als eintausend digitalisierte Reproduktionen und Plankopien gehören. Einen Wissenspeicher der wissenschaftlichen Forschungsarbeit des ISA bietet das Wissenschaftliche Archiv, in dem sich 769 unveröffentlichte Forschungsarbeiten und damit Unikate zu den verschiedensten Themen von Bauplanung und Architektur in der DDR befinden. Weitere wichtige Bestände aus dem ISA, die einst in eigenen Institutsabteilungen gebildet wurden und hier nur aufgezählt werden können, sind umfangreiche Materialsammlungen zur Theorie und Geschichte der Baukunst, zur Architekturtheorie und Baugeschichte, Entwurfsgrundlagen für Industriegebiete, zur internationalen Zusammenarbeit der DDR im Kontext von Architektur und Stadtplanung oder zur Siedlungsstruktur in der DDR.



Intarsienentwurf des Strausberger Platzes in Richtung Stalinallee für den Magistratssaal des Roten Rathauses in Berlin von Otto Bogatzky (um 1956)

Interessante Materialien, die von anderen Bestandsbildnern stammen, stellen die Unterlagen der Forschungsleitstelle bei der Staatlichen Plankommission der DDR dar, mit denen sich ein guter Überblick über die infrastrukturelle Ausstattung bestimmter Städte gewinnen lässt. Ergänzt werden diese die gesamte DDR betreffenden Dokumente

durch das Material des Büros für Territorialplanung des Bezirks Frankfurt (Oder), das insbesondere Unterlagen zu den Themenbereichen Standortuntersuchungen, Freiflächen- und Erholungsplanungen sowie die brisante Rekulktivierung von Bergbaufolgelandschaften umfasst. Die für den industriellen Wohnungsbau wichtigen technologischen Fragen dokumentiert der Bestand Komplexer Wohnungsbau der Wohnungsbaukombinate der Bezirke. Ein besonders stark nachgefragtes und genutztes „Schatzkästchen“ der WS bildet der Bestand des Bundes der Architekten (BdA) der DDR. Dabei handelt es sich zum einen um die Unterlagen der Geschäftsstelle der obersten Interessenorganisation aller Architekten in der DDR, zu denen etwa Niederschriften von Präsidiums- und Bundesvorstandssitzungen, Seminar- und Kongressunterlagen oder der Schriftwechsel mit dem Ministerium für Bauwesen oder anderen, internationalen Bauverbänden mit einem zeitlichen Schwerpunkt in den siebziger und achtziger Jahren gehören. Mit diesem Bestand lässt sich die Stellung des BdA zwischen der Funktion als staatlichem Transformationsriemen und echter Interessenorganisation der Architekten erforschen. Zum anderen gehören zum BdA-Bestand etwa 7.000 Aufnahmeanträge in diese Organisation, mit denen in einzigartiger Weise biografische Informationen über zwei komplette Generationen von Architekten im Osten Deutschlands verfügbar sind, zumal in diesem Bestand gerade solche Architekten mit ihren wichtigsten beruflichen Stationen und Bauprojekten erfasst sind, die nicht in der ersten Reihe der Architektenzunft der DDR standen, über die aber häufig kaum Informationen greifbar sind.³

Wesentlich dichtere Informationen zu Leben und Werk einzelner Architekten und Planer bieten die insgesamt 28 Vor- und Nachlässe, die in den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS in den letzten Jahren eingeworben und für die wissenschaftliche Erforschung aufgearbeitet und erschlossen wurden. Zusammen mit den Aufnahmeanträgen für den Bund der Architekten lassen sich mit diesem umfangreichen Bestand jenseits der großen „Architekten-Stars“ der DDR wie Hermann Henselmann oder Richard Paulick Leben und Werk der tatsächlichen „Macher“ in der Architektur- und Planerszene der DDR in den Fokus von

³ Den besten Überblick zu Leben und Werk ostdeutscher Architekten bietet der vom IRS herausgegebene Band von Holger Barth u. a., *Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR. Dokumentation eines IRS-Sammlungsbestandes biographischer Daten* (= Dokumentenreihe des IRS. REGIO doc 3), IRS Erkner 2000.

Forschung und Wissensvermittlung stellen. Neben älteren „Klassikern“ wie dem Nachlass von Max Berg (Jahnhunderthalle in Breslau, 1910–13) finden sich hier die persönlichen Arbeitsmaterialien und Pläne von wichtigen Architekten, Freiraum- und Stadtplanern sowie Architekturtheoretikern der DDR. Dazu gehören beispielsweise die Architekten Hans Gericke (1958–65 Chefarchitekt von Berlin), Wolfgang Urbanski (seit 1970 Chefarchitekt von Rostock), Manfred Vogler (1966–90 Stadtarchitekt von Frankfurt/Oder), Dorothea Tscheschner (Umgestaltung Stadtzentrum Berlin 1959–77), Wilfried Stallknecht (Umgestaltung der Innenstadt von Bernau 1974–84), der Innenarchitekt Hans Bogatzky (Staatsratsgebäude Berlin), die Freiraumplaner und Landschaftsarchitekten Reinhold Lingner (mit der umstrittenen und aus politischen Gründen unter Verschluss gehaltenen „Landschaftsdiagnose der DDR“ von 1950–52), Johann Greiner (Freiraumplanung Stalinallee 1949–54), Hubert Matthes (Berlin, Fernsehturm 1967) oder Erhard Stefke (Freiraumplanung in Berlin 1979–1996) oder auch die Architekturtheoretiker Hans Schmidt und Bruno Flierl.⁴



Blick in die Kartensammlung der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS

⁴ Bruno Flierl, *Kritisch Denken für Architektur und Gesellschaft. Arbeitsbiografie und Werkdokumentation 1948–2006* (= Dokumentenreihe des IRS. REGIO doc 4), IRS Erkner 2007.

Ergänzt werden diese vornehmlich in schriftlicher Form vorliegenden Planungsunterlagen durch eine umfangreiche Plan- und Kartensammlung sowie ein großes Bildarchiv. Die Plankammer der Wissenschaftlichen Sammlungen umfasst mehrere tausend historische Karten und Pläne, die sich schwerpunktmäßig auf Planungsvorgänge in der DDR beziehen. Zum einen handelt es sich um historisches Planmaterial, das bestimmte städtebauliche oder architektonische Projekte betrifft, zum anderen um die Planmaterialien einzelner Architekten und Planer aus dem Vor- und Nachlassbestand. Das insgesamt etwa 100.000 Einzelaufnahmen umfassende Bildarchiv bietet wohl eine der besten Bilddokumentationen der Architektur- und Planungsentwicklung in der DDR, die an einem Archivstandort benutzbar ist. Im Einzelnen handelt es sich um einen großen Fotobestand, der nach Bezirken, Kreisen und Städten der DDR geordnet ist und auch Luftbildaufnahmen sowie Fotomaterial aus anderen sozialistischen Ländern enthält. Eine Besonderheit stellt die Dokumentation zum baulichen Zustand des Berliner Schlosses kurz vor dem Abriss 1950 dar. Darüber hinaus beherbergt das Archiv eine große Dia- und Negativsammlung. Sonder-sammlungen wie audiovisuelle Medien, Pressedokumentationen, Architekturmodelle und museales Sammlungsgut wie Orden runden die Archivbestände ab. Besonders komfortabel gestalten sich die Arbeitsmöglichkeiten in den Wissenschaftlichen Sammlungen durch die ergänzenden Buch- und Zeitschriftenbestände (z. B. komplette Jahrgänge der „Deutschen Architektur“/„Architektur der DDR“) sowie die ebenfalls im Haus befindliche Bibliothek des IRS, die neben den umfassenden Publikationen der Bauakademie sowie ihrer Institute insbesondere umfangreiche Bestände an relevanter „grauer Literatur“ umfasst, die nur an wenigen Orten so verdichtet zur Nutzung bereit stehen.⁵

Erschließungsstrategien

Besonders wichtig für Nutzer ist der Erschließungszustand eines Archivs, von dem die komfortable und möglichst ergiebige Suche nach Informationen im Sammlungsgut in großem Maße abhängt. Insgesamt ist der Erschließungsgrad in den Wissenschaftlichen Sammlungen sehr weit fortgeschritten, es gibt zu beinahe allen Beständen gedruckte Findbücher oder zumindest Übersichtslisten. Seit 2007 wird die elektronische Erschließung des Archivbestands mit Findhilfsmitteln vorangetrieben, benutzt wird dabei die Archivsoftware „Midosa“. Durch Wettbewerbsmittel der Leibniz-Gemeinschaft, der das IRS als Mitglied

angehört, werden die Wissenschaftlichen Sammlungen ab dem Jahr 2010 damit beginnen, ihre zahlreichen großformatigen Pläne und Karten zu digitalisieren, um sie auf diese Weise den Nutzern besser zur Verfügung stellen zu können und auf diese Weise gleichzeitig das fragile Material der Unikate als wichtiges Kulturgut besser für die Nachwelt zu erhalten.

Forschung und Vernetzung

Zu den Besonderheiten der Wissenschaftlichen Sammlungen gehört die Ausstattung dieses Arbeitsbereiches des IRS mit einer wissenschaftlichen Mitarbeiterstelle. Sie wurde ebenfalls 2007 geschaffen, um neben der architektonischen Aufarbeitung der Sammlungen mit elektronischen Findhilfsmitteln auf der Grundlage der Bestände die Forschung zur Planungs- und Architekturgeschichte der DDR voranzubringen. Dabei unterscheiden sich die Wissenschaftlichen Sammlungen in ihrem Forschungskonzept von anderen auf diesem Gebiet wirkenden Einrichtungen insbesondere dadurch, dass neben einer soliden architektur- und damit kunstgeschichtlichen Erforschung des Themas der Fokus der Forschung insbesondere auf politik- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge gelegt wird. So wird beispielsweise in einem aktuellen biografischen Projekt der individuelle Handlungsspielraum von DDR-Architekten und -Planern untersucht, der sich in dem Spannungsverhältnis von individuellen künstlerischem Gestaltungswillen und den Zwängen von industriellem Wohnungs- und Städtebau sowie dem institutionellen Druck der DDR-Planungsbürokratie aufbaute.⁶ Diese Frage spielt auch in einem zweiten Forschungsvorhaben eine Rolle, das sich zentral mit Fragen der Freiraumplanung in der DDR beschäftigt.⁷

Ein inzwischen etabliertes Forum der Forschung stellen die „Werkstattgespräche zur ostdeutschen Planungsgeschichte“ dar, die im Zweijahresrhythmus in Erkner

⁵ Informationen zur Bibliothek des IRS unter www.irs-net.de/profil/bibliothek/index.php.

⁶ *Dieser Frage wird sich eine Ausstellung widmen, die die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS zusammen mit dem Lehrstuhl Denkmalpflege der BTU Cottbus im Jahr 2009 erarbeiten (Konzeption: Harald Engler/Anker Kuhmann). Die Ausstellung, die im Wesentlichen mit Archivmaterial aus den WS ausgestattet ist, wird am 15. April 2009 im IKMZ der BTU Cottbus eröffnet und im Juni in Bernau zu sehen sein. Weitere Informationen auf der Homepage des IRS.*

⁷ *Auch in diesem Forschungsvorhaben geht es um das Verhältnis von individueller Handschrift des Freiraumplaners zu seinem institutionellen Umfeld und der angesagten Serialität der Planungen. Siehe hierzu die Konzeption des Forschungsprojekts unter www.irs-net.de/download/forschung/IRSAP0911.pdf, v.a. S. 51-53.*

stattfinden. Die Tagung dient dazu, (zumeist jungen) Forschern eine Bühne für die Vorstellung ihrer Ergebnisse zu bieten und sie mit den ostdeutschen Planern und Architekten als Zeitzeugen und Mitdiskutanten zusammen zu bringen, woraus spannende Diskussionen entstehen.⁸ Die Wissenschaftlichen Sammlungen nutzen für diese Veranstaltungsreihe ihr in den letzten Jahren gut ausgebautes Netzwerk zur ostdeutschen Architekturszene. Darüber hinaus ist das Archiv mit anderen relevanten Partner vernetzt. Die Wissenschaftlichen Sammlungen sind aktives Mitglied in der „Föderation deutscher Architektursammlungen“ sowie Mitbegründer des „Arbeitskreises der Archive der Leibniz-Gemeinschaft“. In ihren Forschungsaktivitäten kooperieren die Sammlungen eng mit anderen Einrichtungen, so etwa mit dem Archiv der Moderne in Weimar, dem Lehrstuhl Denkmalpflege der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus oder dem Center for Metropolitan Studies sowie dem Schinkel-Zentrum der Technischen Universität Berlin. Dem Archiv steht mit seiner Forschungsabteilung ein mit Fachleuten besetzter Wissenschaftlicher Beirat zur Seite.⁹



Bauarbeiten in der Berliner Stalinallee. Der Block E Süd kurz vor dem Richtfest 1954

⁸ Die Tagungsbeiträge werden in Sammelbänden oder, wie die des 10. und damit jüngsten Werkstattgesprächs, in Zeitschriften dokumentiert. Siehe Deutschlandarchiv, Heft 2/2009 (erscheint im März) sowie Christoph Bernhardt/Thomas Wolfes (Hg.), *Schönheit und Typenprojektierung. Der DDR-Städtebau im internationalen Kontext. Beiträge zur anwendungsbezogenen Stadt- und Regionalforschung* (= REGIO transfer 5), IRS Erkner 2005.

⁹ Es handelt sich bei den Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats um Prof. Dr. Harald Bodenschatz (Schinkelzentrum für Architektur, Stadtforschung und Denkmalpflege der TU Berlin), Prof. Dr. Gert Gröning (Institut für Geschichte und Theorie der Gestaltung an der UdK Berlin), Andreas Matschütz (Landesarchiv Berlin), Prof. Dr. Heinz Reif (Center for Metropolitan Studies der TU Berlin) sowie Prof. Dr. Thomas Topfstedt (Institut für Kunstgeschichte der Universität Leipzig).

Ein Beitrag zu einer kritischen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte der DDR

Auch zwanzig Jahre nach der Revolution von 1989 stellt die Geschichte der DDR ein nach wie vor schwieriges Thema dar, weil sie in der „Epoche der Zeitgenossenschaft“ nur zu einem gewissen Grad mit dem für ein abgewogenes Urteil notwendigen Abstand wissenschaftlich untersucht werden kann und Momente der Rechtfertigung auf beiden Seiten, den vor 1989 Verantwortlichen wie den Opfern, eine Rolle spielen. Dennoch ist es längst an der Zeit, die Bau- und Planungsgeschichte der DDR nicht nur auf die „Platte“ zu reduzieren. Dieser Sektor der DDR-Geschichte ist kritisch, aber auch mit der angemessenen Anerkennung der Lebensleistung ostdeutscher Architekten zu analysieren, die häufig mit ihren Möglichkeiten und Handlungsspielräumen gegen die ihnen vom herrschenden System der Planwirtschaft und des industrialisierten Massenwohnbaus auferlegte Typisierung und Normierung ankämpften. Ebenso wie die DDR insgesamt in einer integrativen Geschichte des Nachkriegs-Deutschland im 20. Jahrhundert kritisch, aber nicht nur mit den repressiven Seiten eines totalitären Systems, sondern auch als eine Variante einer modernen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts, wahrgenommen werden sollte, kann die DDR-Planungs- und Architekturgeschichte als ein spezifischer Beitrag zu einer gesamtdeutschen Kulturgeschichte gelesen werden, die das Leben der Ostdeutschen über Jahrzehnte prägte. Die Öffnung der Archive in der DDR seit 1990 hat gezeigt, wie wichtig solche „Wissensspeicher der Geschichte“ sein können, bewahren sie doch scheinbar vergessenswürdige und unpassende Informationen, die aber eines Tages wieder größere Relevanz für die Deutung unseres Selbstverständnisses erlangen können. Die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS wollen dazu mit ihrer archivischen Erschließung und Bereitstellung sowie der Erforschung der DDR-Planungsgeschichte einen Beitrag leisten.¹⁰

Sie tragen dadurch nicht nur allein zur „sichernden Ak-

¹⁰ Weitere Informationen bei Alexander Obeth, *Die Wissenschaftlichen Sammlungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS). Bau- und Planungsgeschichte in den neuen Bundesländern*, in: Michael Farrenkopf (Hg.), *Vom Entwurf zum Depositum. Über den wissenschaftlichen Umgang mit dem zeichnerischen Nachlass der Industrie*, Bochum 2007, S. 26-42 sowie auf der Website des Instituts unter www.irs-net.de (unter Profil/Wissenschaftliche Sammlungen), wo Sie neben allgemeinen Informationen und der Bestandsübersicht auch unsere Image-Broschüre mit zusätzlichen Informationen finden, die wir Ihnen gerne auch in gedruckter Form zukommen lassen.

kumulation“ dieses wichtigen Kulturgutes bei,¹¹ sondern sorgen zusätzlich für die Weiterverarbeitung und den Transfer des Themas für eine größere Öffentlichkeit.

Wissenschaftliche Sammlungen des Leibniz-Instituts für
Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)
Flakenstr. 28-31
15537 Erkner
Tel.: 03362 79793-124 bzw. -272
www.irs-net.de (Profil/Wissenschaftliche Sammlungen)

Öffnungszeiten:

Mo-Do 9-12 u. 12.30-15 Uhr

Fr 9-12 u. 12.30-14 Uhr

Ansprechpartner:

Alexander Obeth (Archivleiter), Obeth@irs-net.de

Dr. Harald Engler (Wissenschaftlicher Mitarbeiter),

Engler@irs-net.de

Anja Pienkny (Archivarin) Pienkny@irs-net.de

¹¹ Wolfgang Ernst, *Das Rumoren der Archive. Ordnung aus Unordnung*, Berlin 2002.

MIK-CENTER GmbH

Dokumenten-Management digital + optisch



- **Scan- und Mikrofilmservice**
- **Dokumenten-Management-Systeme**
- **Mikrofilm-Systeme und Zubehör**
- **Dokumenten-/ Buchscanner**
- **Hybrid-Speicherung**
- **Digitalisierung, OCR**
- **Technischer Kundendienst**
- **DIGIMIK - Archivierung digitaler Daten auf Mikrofilm**

Mitglied im:



Fachverband für multimediale Informationsverarbeitung e.V.



Verband Organisations- und Informationssysteme e.V.

Zentrale Berlin

MIK-Center GmbH

Alt-Blankenburg 1a, 13129 Berlin

Tel.: (030) 86 4 87-0

Fax: (030) 86 4 87-150

E-Mail: info@mik-center.de

Niederlassung Erfurt

MIK-Center GmbH

Mittelhäuser Str. 22, 99089 Erfurt

Tel.: (0361) 598 52-0

Fax: (0361) 598 52-55

E-Mail: erfurt@mik-center.de

Internet

www.mik-center.de

www.digimik.de

Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit

Von Katrin Verch

Im Rahmen der Dauerausstellung „Land und Leute. Geschichten aus Brandenburg-Preußen“ des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam stellt das Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA) in einer Vitrine in wechselnden Schauen Dokumente zu verschiedenen jeweils aktuellen Themen aus. 2009 wird mit fünf kleinen Ausstellungen auf die Zeit „Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ aufmerksam gemacht. Die Ereignisse von 1989/90 liegen 20 Jahre zurück und sind Geschichte. Inzwischen ist eine neue Generation herangewachsen, die diese Zeit nicht oder noch nicht bewusst erlebt hat. Und auch manch Älterer und dabei Gewesener hat das eine oder andere Detail vergessen oder nimmt das Datum zum Anlass, über die vergangenen 20 Jahre Bilanz zu ziehen.

Die wechselnden Präsentationen fügen sich in das Themenjahr 2009 von Kulturland Brandenburg e.V. „Freiheit. Gleichheit. Brandenburg. Demokratie und Demokratiebewegungen“ ein.

Die Ausstellung ist gegliedert in die Themen

1. Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 – Zuspitzung der Spannungen
2. Wir sind das Volk – Massenflucht und Demonstrationen
3. Zusammenbruch des SED-Regimes – Machtwechsel und Mauerfall
4. Runde Tische – Schulen der Demokratie
5. Volkskammerwahlen am 18. März 1990 – erste freie Wahlen, Abstimmung für die deutsche Einheit.

Sie beginnt mit den letzten Wahlen in der DDR am 7. Mai 1989, die mit den Diskussionen um Wahlfälschungen als i-Tüpfelchen für die Spannungen zwischen den Regierenden und der Bevölkerung stehen. Sie endet mit den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 als Ausdruck der ersten freien und demokratischen Wahlen, deren Abstimmungsergebnis für die Allianz für Deutschland und insbesondere für die CDU eindeutig den mehrheitlichen Wunsch nach der deutschen Einheit formulierte.

Es handelt sich um eine Ausstellung von Archivalien, die im BLHA überliefert sind und nicht um eine allseitige Ausstellung über die Wendezeit. Das BLHA verwahrt für den

genannten Zeitraum primär das Schriftgut der staatlichen Verwaltung auf Bezirksebene für die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus (der Bezirkstage, Räte der Bezirke und ihrer nachgeordneten Einrichtungen), aber auch Unterlagen von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen auf der Bezirksebene, teilweise auch der Kreise, und von Betrieben. Es verfügt nicht über das Schriftgut der Oppositionsbewegungen, der neu gegründeten Parteien, des Ministeriums für Staatssicherheit oder der Grenztruppen der DDR. Dieses wird in anderen Archiven aufgehoben. Ebenfalls nicht überliefert sind Lebensberichte oder persönliche Erinnerungen über das Geschehen.

In der Präsentation kann die ereignisreiche Zeit 1989/90 leider nur ansatzweise angerissen werden. Für jedes Thema können ca. fünf Dokumente ausgestellt werden, von denen die wenigsten nur aus ein bis zwei Seiten bestehen. Die meisten Dokumente können deshalb nicht vollständig gezeigt werden. Da außerdem jeder Besucher nur das jeweils aktuelle Ausstellungsthema betrachten kann, wurde die Entscheidung getroffen, zusätzlich zur Ausstellung eine kleine Broschüre zu erstellen, in der die Dokumente aller Themen vollständig aufgenommen sind. Die Broschüre soll die Ausstellung als Lesebuch begleiten.

Oft lassen sich Zeiten gesellschaftlicher Änderungen nur schwer anhand der schriftlichen Quellen erfassen. Sei es, dass sich bei den sich täglich ändernden Situationen kaum lohnte, Notizen über das letzte Gespräch anzufertigen oder eine Analyse der Situation vorzunehmen. Sei es, dass die Schriftstücke nicht ordentlich abgelegt wurden oder nicht ins Archiv gelangten. Manches Schreiben wurde auf graues Papier getippt oder scheint der letzte eilige Ormig-Abzug zu sein. Längst sind auch nicht alle ins BLHA übernommenen Bestände erschlossen worden. Bisweilen liegen nur grobe Aktentitel aus Notübernahmen vor, was die Suche erschwert. Um so erstaunlicher ist die Vielfalt der Dokumente, die recherchiert werden konnten und für die historische Forschung bereitliegen.

So lassen sich sowohl die Schritte der Andersdenkenden erfassen als auch die Reaktionen der staatlichen Organe, Parteien und Massenorganisationen. Sprachlosigkeit, Warten auf Weisungen von oben, Versuche, die Situation zu analysieren und Perspektiven zu finden – alle Varianten lassen sich nachweisen. In den Räten der Bezirke dominierten spätestens nach der Grenzöffnung am 9. November 1989 die sachlichen Berichte, die ohne persönliche Anmerkungen oder Fragen auskamen. Schnell stellten sich die Mitarbeiter den Gegebenheiten und praktischen Anforderungen.

An dieser Stelle soll nicht die Geschichte der Wendezeit

dargestellt werden, sondern an Hand von vier ausgewählten Dokumenten, auf Nuancen der Wendezeit aufmerksam gemacht werden. Es sind keine Urkunden, die von den großen Veränderungen künden und die neue Verhältnisse festschreiben, sondern eher die „kleinen Rädchen“ der Geschichte.

Kommunalwahlen am 7. Mai 1989

Ein wesentlicher Impuls zur friedlichen Revolution ging von den Diskussionen, für manche Spekulationen, über die Wahlfälschung zu den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 aus.

Der Zusammenbruch des SED-Regimes bereitete sich langfristig vor. Die wirtschaftliche Situation in der DDR hatte sich in den 1980er Jahren spürbar zugespitzt. Versorgungsengpässe erregten den Unmut der Bevölkerung. Reformen, die unter Gorbatschow in der Sowjetunion und anderen Ländern des Ostblocks im Gange waren, lehnte die SED-Führung ab. Sie verbreitete weiterhin Erfolgsmeldungen und versuchte, einen stabilen Eindruck zu hinterlassen. Das Unverständnis über das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ im November 1988, die Ermordung des 20-jährigen Chris Gueffroy beim Versuch, die Berliner Mauer am 5. Februar 1989 zu überwinden (letztes Maueropfer) oder die Unterstützung der chinesischen Regierung bei der Niederschlagung der dortigen Freiheitsbestrebungen im Frühjahr 1989 verstärkten die Diskussionen in der Bevölkerung. Die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ und das Gorbi-Abzeichen, die zu Symbolen für die Forderung nach Veränderung wurden, die anwachsende Zahl der Ausreisewilligen und die Formierung der Opposition verstärkten die Kluft zwischen den Herrschenden und der Gesellschaft. Die DDR stand kurz vor dem Kollaps, auch wenn das zu diesem Zeitpunkt die wenigsten ahnten. Die SED-Führung und die Bevölkerung spürten, dass bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 ein Wahlergebnis von 99 Prozent Zustimmung kaum zu erzielen war.

Die Kommunalwahlen wurden deshalb besonders intensiv vorbereitet. In zahlreichen Foren und Gesprächen wurden die Vorschläge und Kritiken gesammelt, Eingaben wurden penibel abgearbeitet, letztlich mit dem Ziel, bestehende Fragen und Zweifel an den Vorzügen des Sozialismus in der DDR auszuräumen, alle Bürger zur Teilnahme an den Wahlen zu motivieren und mit „Ja“ für die Einheitslisten der Nationalen Front zu stimmen. Wie im VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde wurden oftmals die Leiter zu Gesprächen mit ihren Mitarbeitern über politische, kommunale oder betriebliche Themen verpflichtet. Sie hatten

Stellung zu beziehen, Initiativen der Werktätigen zu entwickeln sowie mit Jung- und Erstwählern ins Gespräch zu kommen (Dokument 1).

Dennoch verkündete Egon Krenz, Vorsitzender der Wahlkommission der DDR, eine Wahlbeteiligung von 98,78 Prozent mit 99,91 Prozent gültigen Stimmen, von denen 98,85 Prozent für die Kandidaten der Nationalen Front stimmten. Doch diesmal hatten Bürger und Gruppen in einzelnen Wahllokalen mitgezählt und bemühten sich um Aufdeckung der Wahlfälschung und der Schuldigen. Die Verantwortlichen ignorierten die Vorwürfe oder wiesen jegliche Manipulation von sich.

Bisher konnte im BLHA im Rahmen der laut Wahlgesetz vorgegebenen Einspruchsfrist von 14 Tagen nur ein einziges Schreiben an den Rat des Bezirkes Cottbus zur Wahlfälschung ermittelt werden. Vermutlich waren die Einsprüche entweder an die Kreisebene gerichtet, da es sich um Kommunalwahlen handelte, oder gleich direkt an die zentrale Partei- oder Staatsführung der DDR in Berlin. Möglich ist auch, dass diese Schreiben nicht ins Archiv gelangt sind.

Dieses Schreiben des Generalsuperintendenten Cottbus der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (Dokument 2) befindet sich im Strukturteil des Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Inneres. An ihn mussten u. a. die Anträge auf ständige Ausreise und auf Zulassung von Parteien und Organisationen eingereicht werden. Über den Sektor Kirchenfragen hielt er Verbindung zu den Kirchen und erhielt auch auf diesem Weg Einblick in die sich dort sammelnde Opposition. Die Akte, in der das Schreiben abgelegt ist, enthält Eingaben, die manchmal Bearbeitungsvermerke enthalten, aber selten ein Antwortschreiben. Ob überhaupt und wie auf das Schreiben reagiert wurde, ist leider nicht ersichtlich. Während der erste Teil über die „Beobachtungen“ zur Wahl nur durch eine kurze Unterstreichung hervorgehoben ist, erhielt der zweite Teil wesentlich mehr Aufmerksamkeit.

Auch in den Akten der Polizei sind bisher aus der Zeit unmittelbar nach der Wahl keine Anzeigen von Bürgern oder Rapporte über Anzeigen gefunden worden. Es gibt eine Anfang 1990 aufgeklebte Sammlung von Rapporten, in der auch eine Anzeige zum Verdacht der Wahlfälschung vom Juli 1989 enthalten ist.

Es könnte auch Anzeigen an die Staatsanwaltschaft gegeben haben. Akten der Justiz wurden jedoch bisher vom BLHA nur in Ansätzen übernommen. Für die Justiz bestand in Brandenburg bis 2007 eine Hemmung der Aufbewahrungsfristen, welche Kassationen und Übergaben an das BLHA ausschlossen. Inzwischen sind erste Übergaben erfolgt, die aber für die Thematik noch nicht

auswertbar sind. Strafakten verbleiben allerdings weiter bei den Staatsanwaltschaften.

Erst Ende 1989 wurde die Wahlfälschung wieder thematisiert, in den Akten nachweisbar als Anzeige bei der Polizei oder als Stellungnahme der Nationalen Front.

Machtwechsel und Runde Tische

Die wachsenden Massenproteste der Bevölkerung, die Ausreisen Zehntausender über Österreich und die bundesdeutschen Botschaften, Kritik von Persönlichkeiten und aus den Reihen der SED selbst, insbesondere nach den Ereignissen während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR und nach der machtvollen Demonstration am 4. November in Berlin, erzwangen den Rücktritt der handlungsunfähigen DDR-Partei- und Staatsführung. Erinnert sei an den Sturz Erich Honeckers am 18. Oktober, den Rücktritt des gesamten Ministerrates am 7. November und des Politbüros der SED am 8. November. Egon Krenz wurde Staatsratsvorsitzender und Generalsekretär der SED, Hans Modrow Ministerpräsident. Am 17. November wählte die Volkskammer den von Modrow vorgeschlagenen Ministerrat. Anfang Dezember wurde u. a. der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen und verließen CDU, LDPD und DBD den Demokratischen Block. Mit dem Rücktritt des „erneuerten“ Politbüros und des ZK der SED sowie der erzwungenen Niederlegung aller Ämter durch Egon Krenz am 3. bzw. 6. Dezember und der Ernennung Manfred Gerlachs (LDPD) zum amtierenden Vorsitzenden des Staatsrates war der Machtwechsel (vorerst) vollzogen.

Gleichzeitig erstarkten die Bürgerbewegungen und neu gegründeten Parteien. Das Neue Forum war die erste landesweite Oppositionsbewegung in der DDR außerhalb der evangelischen Kirche. Mitglieder der Friedensbewegung wie Bärbel Bohley und Reinhard Meinel unterzeichneten am 9./10. September in Grünheide den Gründungsauftrag „Aufbruch 89“. Das Neue Forum forderte den Dialog über demokratische Reformen, der mit Unterstützung möglichst breiter Bevölkerungskreise eine Umgestaltung der Gesellschaft zum Ziel hatte. Zu den bekanntesten Bewegungen gehörten ab dem 12. September Demokratie Jetzt und ab dem 2. Oktober (ab 30. Oktober als Partei) der Demokratische Aufbruch. Am 7. Oktober gründete sich die Sozialdemokratische Partei, am 24. November die Grüne Partei.

Der von der Volkskammer neu gewählte Ministerrat nahm unter dem Vorsitz von Hans Modrow am 18. November 1989 seine Arbeit auf. Ihm gehörten 27 Minister der etablierten Parteien an. Auf Drängen der neuen Organisatio-

nen und Parteien entstanden im Dezember Runde Tische. An ihnen saßen gleichberechtigt Vertreter oppositioneller Kräfte mit denen der alten Parteien zusammen. Runde Tische gab es auf zentraler Ebene, in den Bezirken, Kreisen, Städten, zu Spezialthemen (z. B. Frauen, Jugend), aber auch in Betrieben (z. B. im VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde und VEB Landbauprojekt Potsdam). Die Arbeit war bestimmt durch die gemeinsame Sorge um eine dauerhafte und friedliche Entwicklung im Land, wenn auch mit unterschiedlichen Ansätzen.

Der Zentrale Runde Tisch in Berlin tagte 16-mal vom 7. Dezember 1989 bis 12. März 1990. Die Teilnehmer forderten Offenlegung der wirtschaftlichen, ökologischen und finanziellen Situation und Einbeziehung in die Entscheidungen von Volkskammer und Regierung. Sie verstanden sich gleichzeitig als Gremium zur Kontrolle bis zu den ersten freien demokratischen Wahlen. Am 6. Februar wurde der Ministerrat um acht Minister ohne Geschäftsbereich aus den neuen Gruppen des Runden Tisches zur „Regierung der nationalen Verantwortung“ erweitert.

Die Runden Tische in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus befassten sich mit der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit, der Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit, der wirtschaftlichen Situation und Konsequenzen aus der Umwandlung volkseigener Betriebe in Kapitalgesellschaften, der Bildungsreform, dem Umgang mit Deponien, der Bildung des Landes Brandenburg und des Senders „Antenne Brandenburg“ und vielen anderen im Territorium brennenden Themen. Die Runden Tische beendeten ihre Arbeit im Mai 1990 im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen und der Auflösung der Bezirkstage und Räte der Bezirke. Bis zu den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 wirkten in den Bezirken Bezirksverwaltungsbehörden und Regierungsbevollmächtigte, denen ein beratendes Gremium aus den am 18. März demokratisch gewählten Volkskammerabgeordneten des jeweiligen Bezirkes zur Seite stand.

Die Protokolle der Tagungen der Runden Tische in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus liegen als Ergebnisprotokolle vor. Sie verdeutlichen, dass sich die Teilnehmer in wichtigen Fragen auf gemeinsame Standpunkte verständigen konnten. Leider sind auf diese Weise konträre Auffassungen nur bedingt erkennbar, am ehesten noch aus den Anträgen, die von den verschiedenen Seiten vor den Tagungen eingereicht wurden.

Die Frage, wie es mit der DDR weitergehen wird, als eigenständiger Staat, Konföderation oder als Zusammenschluss mit der BRD, spielte zumindest in den Protokollen kaum eine Rolle. Das war eine Frage, die auf zentraler Ebene zu entscheiden war. Aussagen über die Auflösung der Staatssicherheit und der Nationalen Volksarmee sind

in den im BLHA aufbewahrten Beständen selten zu finden, u. a. in den Berichten an die Runden Tische. Im Bereich Inneres der Räte der Bezirke wurde lediglich über die Verwertung von Grundstücken und Ausstattung verfügt.

Die Forderung nach einem entmilitarisierten Deutschland durch den Runden Tisch der Jugend in Potsdam (Dokument 3) war eine Forderung, die an die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ der Friedensbewegung ab Anfang der 1980er Jahre anknüpfte und auch im Herbst 1989 oft auf Transparenten zu lesen war. Der Handzettel befindet sich in den Unterlagen des Runden Tisches des Bezirkes Potsdam vom 27. März 1990. Im Protokoll des Runden Tisches wird auf die Forderung nicht weiter eingegangen. Sie ist aber im Zusammenhang mit den Themen der Beratung zu betrachten wie dem Tätigkeitsbericht des Leiters Zivilschutz und der GST sowie dem Bericht zur Auflösung der Staatssicherheit und der Nutzung der Gebäude in der Potsdamer Hegelallee. Auch die Abwicklung der Nationalen Volksarmee und die Auflösung von Standorten ab 1990 schienen erste Schritte in Richtung Entspannung und Entmilitarisierung zu sein. Symbolisch sollte der Weg der Demonstranten von der Glienicker Brücke, die nach der Zerstörung am Ende des Zweiten Weltkrieges als „Brücke der Einheit“ am 19. Dezember 1949 wieder eröffnet wurde, zum Wehrkreiskommando führen. Die Forderung war letztlich an die nach dem 18. März 1990 gebildete demokratisch legitimierte Regierung unter Lothar de Maizière (CDU) gerichtet, die mit der BRD um die Wege und Bedingungen zur deutschen Einheit verhandelte.

Volkskammerwahlen am 18. März 1990 und Weg zur deutschen Einheit

An den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 nahmen insgesamt 24 Parteien und Gruppierungen teil. Dieser Zersplitterung sollten Wahlbündnisse wie Allianz für Deutschland, Bündnis 90 und Bund Freier Demokraten entgegenwirken. Der Wahlkampf wurde – teilweise nach längeren Vorbehalten – durch die westdeutschen Parteien und Politiker stark unterstützt. Bei einer Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent siegte die Allianz für Deutschland mit 48 Prozent der Stimmen. Die SPD erhielt 21,9 Prozent, die PDS 16,4 Prozent, die Liberalen 5,3 Prozent und Bündnis 90, dem wesentliche oppositionelle Gruppen angehörten, 2,9 Prozent. Lothar de Maizière (CDU) bildete die Regierung, eine große Koalition aus der Allianz für Deutschland, der SPD und dem Bund Freier Demokraten. Diese demokratisch legitimierte Regierung konnte nun mit den Verhandlungen für die deutsche Einheit beginnen.

Die internationale Einbindung des folgenden Einigungsprozesses und die konkreten Absprachen zwischen der DDR und BRD zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion waren wiederum auf zentraler Ebene angesiedelt. Über die Währungsunion geben beispielsweise Berichte über Demonstrationen für einen 1:1 Umtausch der DDR-Mark oder zur personellen und polizeilichen Sicherstellung des Umtauschs Auskunft. Die Betriebsbestände verdeutlichen, wie schwer es den Betrieben fiel, unter den Bedingungen des freien Marktes zu bestehen und den Weg in die Privatisierung zu gehen.

Die Bildung des Landes Brandenburg und die Ausarbeitung seiner Verfassung sind in den Beständen der Räte der Bezirke umfangreich wiedergegeben. Bereits am 16. Februar 1990 wurde auf einem Informationsgespräch zwischen den Räten der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus festgelegt, einen Koordinierungsausschuss und mehrere Fachausschüsse, die sich mit zukünftigen Amtsbereichen und deren Aufgaben befassen sollten, zu bilden. Zu klären war u. a., ob sich das Land Brandenburg in den Grenzen der drei Bezirke von 1990 oder eher an den Grenzen Brandenburgs vor der Bildung der Bezirke im Jahre 1952 orientieren sollte, aber auch, ob eine zweistufige Verwaltung aus Landes- und Kreisverwaltungen oder eine dreistufige mit zwischengeschalteten Bezirksverwaltungen geschaffen werden sollte.

In Bürgerbefragungen in den zum Bezirk Neubrandenburg gehörenden Kreisen Prenzlau und Templin votierten die Menschen für eine Zuordnung zum Land Brandenburg und gegen Mecklenburg-Vorpommern. Das Dokument 4 zeigt den unbedingten Willen des Kreises Prenzlau, vom künftigen Zentrum des Landes in Potsdam aus betreut zu werden und nicht von der abseits operierenden Bezirksverwaltungsbehörde in Frankfurt (Oder). In ihrem bereits aufgesetzten Antwortschreiben wollte die Regierungsbevollmächtigte an der gemeinsamen Zuordnung der uckermärkischen Kreise Angermünde, Prenzlau und Templin zur Bezirksverwaltungsbehörde Frankfurt (Oder) festhalten, gab jedoch nach einem Gespräch mit dem Landrat seiner Bitte statt.

Diese Schreiben sind – wie auch die anderen Dokumente – letztlich nur einzelne Puzzlesteine, die eher die Neugier nach weiteren Forschungen wecken als abschließende Antworten zu geben.

W e i s u n g Nr. I/89

zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen
am 7. Mai 1989

In Umsetzung des Ministerratsbeschlusses vom 2. Februar 1989, oder Weisung 2/89 des Ministers ALF und der Weisung Nr. 8/89 des Generaldirektors zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wird angewiesen:

- I. Durch die Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter sind ausgehend von den Zielstellungen und Schwerpunkten der Arbeit in Vorbereitung der Kommunalwahlen Erst- und Jungwählerforen durchzuführen und alle Möglichkeiten zum öffentlichen Auftreten vor den Arbeitskollektiven zu nutzen, um alle Werktätigen zu gewinnen in den Morgenstunden des 7. Mai ihre Stimme den Kandidaten der Nationalen Front zu geben.

V.: HA-Leiter, FB-Leiter, Abt.-Leiter

2. Die HA-Leiter, FB-Leiter und Abt.-Leiter haben über ihr Auftreten im Rahmen der Wahlvorbereitung und Schwerpunktprobleme zu informieren sowie zu den an sie gestellten Fragen, Hinweise und Kritiken entsprechend der Eingabeordnung die Beantwortung zu sichern.

Die HA-Leiter und Abt.-Leiter haben dazu im Zeitraum vom 3. April bis zum 3. Mai an KW schriftlich zu informieren.

Schwerpunkte der Information

- Fragen die in Verwirklichung des Wahlauftrages der Nationalen Front von grundlegender Bedingung sind, sowie hervorragende Initiativen zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Gründung der DDR und zur allseitigen Erfüllung der Planaufgaben 1989
- Meinungen, Vorschläge, Hinweise und Kritiken der Werktätigen aus denen sich Schlußfolgerungen für die staatliche Arbeit ergeben.

V.: HA-Leiter, FB-Leiter, Abt.-Leiter
T.: wöchentlich dienstags

3. Über besondere Vorkommnisse die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen von Bedeutung sind, ist der Direktor K sofort zu informieren.

V.: HA-Leiter, FB-Leiter, Abt.-Leiter

4. Nach den Kommunalwahlen ist unabhängig von der Festlegung zur halbjährlichen Eingabenanalyse eine Zusammenfassung über die Eingaben im Zeitraum vom 26. Januar bis zum 7. Mai auszuarbeiten.

Vorschläge, Hinweise, Anliegen und Beschwerden die direkt im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen eingereicht würden, sind gesondert auszuweisen und an KW zu geben.

V.: HA-Leiter, FB-Leiter, Abt.-Leiter

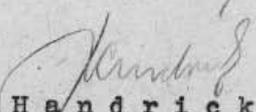
T.: 10. 5. 1989

Die Analyse des Direktionsbereiches ist dem Büro des GD zuzuleiten.

V.: KW

T.: 17. 5. 1989

Anlagen


H a n d r i c k
Direktor für Außen-
und Binnenhandel

Verteiler

KA,
KE,
KP,
KV,
KW
KI,
KD,
KR,
KM

Dokument 1: Weisung des VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde über die Arbeit der Leiter mit ihren Mitarbeitern zur Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, Ludwigsfelde, 30. März 1989 (2 Seiten)
(Rep. 506 VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde, Nr. 1331)

EVANGELISCHE KIRCHE IN BERLIN-BRANDENBURG

GENERALSUPERINTENDENTUR COTTBUS

Walden / Eissrich

7800 COTTBUS, DEN 11. Mai 1989

SEMINARSTRASSE 26

TELEFON 23369

TGB.-NR. ---

An den
Stellvertreter der Vorsitzenden
des Rates des Bezirkes Cottbus
für Inneres
Herrn B a r t u s c h
Cottbus

*Beizung am 16.5.89
593/89 NF*

Sehr geehrter Herr Bartusch!

Wieder einmal muß ich Ihre Hilfe in Anspruch nehmen, weil ich mit einer Beobachtung konfrontiert würde, die Beunruhigung hervorgerufen hat und deren Richtigkeit man doch wohl nachgehen muß. Es handelt sich um die Auszählung der Stimmen bei der Wahl am 7. Mai. Gemeindeglieder haben in verschiedenen Wahllokalen an der öffentlichen Auszählung der Stimmen teilgenommen. Bei einem Vergleich der dort bekannt gegebenen und sicher entsprechend der Bekanntgabe protokollierten Wahlergebnisse mit den in der Presse veröffentlichten Zahlen traten Bedenken auf, wie mit den Ergebnissen verfahren wurde.

In 29 von den insgesamt 100 Wahllokalen in der Stadt Cottbus wurden insgesamt 550 Neinstimmen bekannt gegeben. Die veröffentlichte und nun auch im endgültigen Wahlergebnis festgestellte Zahl der Neinstimmen im Stadtbezirk Cottbus beträgt aber nur 560. Es erscheint unglaublich, daß in den anderen 70 Wahllokalen insgesamt nur 10 Neinstimmen abgegeben wurden.

Ein erheblicher Teil der Wahlberechtigten hat offensichtlich zur Stimmabgabe die Sonderlokale benutzt. Die Auszählung dieser Stimmen erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Steht dem nicht das Wahlgesetz entgegen?

Ich weiß, daß die eigentliche Wahl bei der Zusammenstellung der Wahlvorschläge in den Wählerversammlungen geschieht. Die in der Presse veröffentlichte Wertung des Wahlergebnisses bezieht sich aber auf das Ergebnis des Wahltages. Insofern kommt dem veröffentlichten Wahlergebnis doch eine besondere Bedeutung zu. Oder wurden die in den Wahllokalen ausgezählten Stimmen zentral noch einmal überprüft und anders eingeordnet? Sie werden sicher verstehen, daß ich in dieser Sache gern eine zufriedenstellende Auskunft geben möchte.

Darf ich auch daran erinnern, daß Sie mir einen endgültigen Entscheid über den Zuzug von Herrn Eissrich aus der BRD nach Finsterwalde zukommen lassen wollte. Ich werde von dort angefragt.

Ehe wir das Projekt für das Gemeindezentrum am Stadtrand von Spremberg mit dem Ersatzbau für die Kirche in Pritzen erarbeiten können, sind wir auf eine schriftliche Bestätigung der uns mündlich gegebenen Zusage und auf die genaue Standortbestimmung angewiesen. Wann werden wir damit rechnen können?

Indem ich Sie für die Tippfehler um Entschuldigung bitte, da ich diesen Brief nicht durch die Sekretärin schreiben lassen wollte, wünsche ich Ihnen ein erholsames Pfingstfest.

Mit freundlichem Gruß!

R. Richter
R. Richter

*1,5 Mio. Quadratmeter
Ersatz → 500 Tt*

Dokument 2: Schreiben der Generalsuperintendentur Cottbus der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg an den Rat des Bezirkes Cottbus über Bedenken zu den veröffentlichten Wahlergebnissen, Cottbus, 11. Mai 1989 (Rep. 801 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Cottbus, Nr. 22796/1)

Ostermarsch für ein entmilitarisiertes Deutschland

Das NEUE FORUM und der Runde Tisch der Jugend in Potsdam rufen auf zum Ostermarsch für ein entmilitarisiertes Deutschland.
Treffpunkt: am Ostermontag, dem 16.4.1990 um 15.00 Uhr am Eingang Schloß Glienicke.
Weg: über die Glienicker Brücke, Berliner Straße zum Wehrkreiskommando Ecke Humboldtbrücke.
Es sprechen: Taichiro Kajimura (Japan)
Hartmut Mechtel (Potsdam)

Dokument 3 : Aufruf des Runden Tisches der Jugend in Potsdam zum Ostermarsch am 16. April 1990
(Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam, Nr. 20726)

Kreisverwaltung Prenzlau/Um

Poststelle
240890

- Der Landrat -

Kreisverwaltung Prenzlau/Um, Postfach 101, 2130 Prenzlau

Regierungsverwaltungsbehörde Frankfurt
z. H. Frau Schellin

Frankfurt/Oder

1 2 0 0

Ihre Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Schreiben vom

Unsere Zeichen

Datum

bu-no

21. 8. 90

Werte Frau Schellin!

Die Landschaft der Uckermark gliedert sich in die drei Kreise Prenzlau, Templin und Angermünde.

Die Referenden in den Kreisen Templin und Prenzlau dokumentieren die historische Wurzel. In zahllosen Gesprächen offenbarte sich der Stolz auf die Uckermark als eigenständige und nördlichste Landschaft des künftigen Landes Brandenburg. Selbst die willkürliche Grenzüberziehung durch die Bezirke und Zuordnung zum Bezirk Frankfurt sowie Neubrandenburg reichte nicht aus, das Verbindende zu zerreißen. Das traditionelle Kulturerbe der Uckermark beinhaltet für die Bürger der Kreise mehr. Sie erwarten, daß der Heimatverbundenheit der Uckermärker stärker Rechnung getragen wird.

Ich betrachte die Betreuung durch die Bezirksverwaltungsbehörde Frankfurt nicht als dem historischen Anliegen entsprechend. Dabei geht es mir nicht um eine Kritik der bisherigen Zusammenarbeit, die insgesamt als sehr gut zu bezeichnen ist. Eine direkte Unterstellung und Anleitung durch die Verwaltungsbehörde der künftigen Landeshauptstadt für alle drei Kreise der Uckermark betrachte ich als Aufwertung einer historischen Landschaft und Bestätigung der Überwindung der vierzigjährigen Vergangenheit.

Ich bitte, die getroffene Entscheidung zu überdenken und meinen Vorschlag zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen


Wellmann

Dokument 4: Schreiben der Kreisverwaltung Prenzlau an die Regierungsbevollmächtigte der Bezirksverwaltungsbehörde Frankfurt (Oder) über eine gewünschte Zuordnung des Kreises zur Bezirksverwaltungsbehörde Potsdam, Prenzlau, 12. August 1990
(Rep. 601 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder), Nr. 26416)

Neues Außenmagazin für das Brandenburgische Landeshauptarchiv im Wissenschaftspark von Potsdam-Golm

Von Mario Glauert

Seit seiner Gründung vor 60 Jahren war das Brandenburgische Landeshauptarchiv im Ostflügel des Orangeriegebäudes im Schlosspark von Potsdam-Sanssouci untergebracht. Ab 1992 erfolgte der schrittweise Aufbau eines zweiten Standortes „Zum Windmühlenberg“ in Potsdam-Bornim. Ehemalige Fahrzeughallen der Staatssicherheit wurden dort nach und nach zu Magazinen umgebaut und die Nebengebäude für Verwaltungszwecke hergerichtet. Nach der Fertigstellung eines neuen Magazingebäudes im Frühjahr 2003 wurden die Archivbestände aus der Orangerie zum neuen Hauptstandort nach Bornim verlagert. Im vorderen Teil des neuen Magazingebäudes wurde ein provisorischer Lesesaal eingerichtet. In der Orangerie verblieben u. a. Werkstätten, die Bibliothek, die Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken und Teile der Verwaltung.

Die Aufteilung der Arbeitsbereiche auf mehrere Standorte, die provisorische Unterbringung des Landeshauptarchivs in Potsdam-Bornim, die baulichen Mängel aller Verwaltungsgebäude und die unzureichenden Nutzungsbedingungen ziehen für Benutzer und Beschäftigte des Archivs nach wie vor erhebliche Erschwernisse nach sich. Für den am Standort Bornim geplanten 2. Bauabschnitt, der alle Arbeits- und Öffentlichkeitsbereiche des Archivs in einem Neubau vereinen und dringend benötigte Magazinflächen bieten soll, wurde bereits 2006 ein Architektenwettbewerb durchgeführt und mit einem Siegerentwurf des Büros Bernhard Winking und Martin Froh (Hamburg / Berlin) beendet. Die bauliche Umsetzung wurde jedoch bis 2010/11 verschoben.

Seit 2007 bemühte sich das Landeshauptarchiv daher um die Anmietung weiterer Magazinflächen. Neben einer statischen und fachlichen Eignung der Räume war vor allem die Nähe zum Hauptstandort in Bornim ausschlaggebend, um angesichts sinkender Personalzahlen den Betrieb eines weiteren Standortes bewältigen zu können. Nachdem im Laufe des Jahres 2008 die letzten freien Magazinkapazitäten des Landeshauptarchivs ausgeschöpft waren, konnte im Herbst 2008 mit Unterstützung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, des Finanzministeriums und des Brandenburgischen Landesbetriebs für Liegenschaften und Bauen ein Ausweichmagazin im nahe gelegenen „Wissenschaftspark“ in Potsdam-Golm gefunden

und angemietet werden. Innerhalb von nur drei Monaten wurde eine Halle im Erdgeschoss eines neu errichteten Forschungs- und Produktionsgebäudes durch den Eigentümer, die HC Berlin Pharma AG, für die Lagerung von Archiv- und Bibliotheksgut umgebaut.



Aufbau der Regalanlage in der ehemaligen Produktionshalle

Das gut erreichbare Depot hat eine Hauptnutzfläche von 1 557 qm. Die durch die Werksvertretung Regal Consult und Handel GmbH Berlin geplante Regalanlage von Mauer bietet Platz für rund 10 000 laufende Meter Akten, ca. 40 000 Pläne und Karten sowie für 1 000 Regalmeter Bücher. Ein Verzeichnungsraum, ein Raum für die technische Bearbeitung von Archivgut mit einer mikrobiologischen Sicherheitswerkbank der Klasse 2 und ein separater Raum für die Zwischenlagerung von Archivgut stehen ebenfalls zur Verfügung. Die Benutzung wird weiterhin ausschließlich im Lesesaal am zwei Kilometer entfernten Standort Bornim stattfinden.



Das neue Außenmagazin in Potsdam-Golm

Ab Frühjahr 2009 werden Archiv- und Bibliotheksbestände des Landeshauptarchivs, die bislang noch nicht oder nur sehr gering genutzt werden können, in das neue Magazindepot eingelagert. Die Außenstelle des Landeshauptarchivs in Frankfurt (Oder), die bereits seit Herbst 2008 nicht mehr durchgängig besetzt werden konnte, wird im Zuge der Umlagerungen aufgelöst.

Projekt „Retrokonversion archiverischer Findmittel“ im BLHA

Von Katrin Verch

Ende November 2008 bewilligte die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) die Gelder für eine Beteiligung an dem Projekt „Retrokonversion archiverischer Findmittel“. Mit diesem Projekt fördert die DFG die Digitalisierung der in den deutschen Archiven vorhandenen Findmittel als Voraussetzung für eine anschließende Internetpräsentation. Ziel ist es, ähnlich wie es in den Bibliotheken längst Praxis ist, auch in den Findmitteln der Archive ortsunabhängig recherchieren zu können.

Die an der Archivschule Marburg zur Unterstützung der Archive eingerichtete Koordinierungsstelle tritt in der vom BLHA gewählten Durchführungsvariante als Hauptantragsteller gegenüber der DFG auf. In der Begründung des Antrages heißt es: „Das Brandenburgische Landeshauptarchiv beteiligt sich auch an dem DFG-Projekt „Ausbau des Netzwerkes SED-/FDGB-Archivgut zu einer Referenzanwendung für ein Archivportal Deutschland“. Um dieses Vorhaben mit Inhalt zu füllen, sollen zunächst die Findmittel der SED-Bestände digitalisiert werden. Das betrifft die Findmittel zu den Beständen der KPD/SPD Bezirksvorstände und SED Landesleitung (1945–1952) sowie der SED Bezirksorganisationen Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus mit den SED Bezirksleitungen, Kreisleitungen und Grundorganisationen (1952–1990). Es handelt sich dabei um die komplette Überlieferung der SED und ihrer Vorgänger auf dem Territorium des Landes Brandenburg. Gemeinsam mit den Beständen der staatlichen Leitung (Landesregierung, Räte der Bezirke,) bilden sie die zentralen Bestände des Archivs für die Zeit der SBZ/DDR, die grundlegend für die Erforschung der Entscheidungsträger in allen Bereichen des Staates und der Gesellschaft sind.“

Die DFG fördert jeweils zwei Drittel des Projektes, ein Drittel muss durch das Archiv in Eigenleistung erbracht werden. Für das BLHA sind die Findmittel, die als Karteien vorliegen, für insgesamt 85 091 Akten zu digitalisieren. Der geförderte Anteil wird ausgeschrieben und dann durch eine Firma erbracht. Für die Eigenleistung besteht ein Zeitfenster von drei Jahren, in denen die Karteien abgeschrieben werden sollen. Im Ergebnis werden die Findmittel in dem gegenwärtig im Aufbau befindlichen Archivportal Deutschland veröffentlicht.

SECURITAS

im [REDACTED]

„Wer ein Unternehmen führt, für Menschen, Werte und die Zukunft verantwortlich ist, hat Vorsorge zu treffen, muß Sicherheiten schaffen.“

Blickpunkt



SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co KG
Verkehrshof 17 · 14478 Potsdam
Tel.: 03 31 / 8 69 96-0 · Fax: 03 31 / 8 69 96 85
markus.detlef@securitas.de

Wanderausstellung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs

„**Aktenkundig: ‚Jude!‘. Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg. Vertreibung – Ermordung – Erinnerung**“, so heißt die Wanderausstellung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, die am 19. Februar 2009 im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam eröffnet wurde und bis zum 13. April viele Besucher anzog.



Plakat zur Ausstellung

Das im Rahmen von Kulturland Brandenburg 2009 „Freiheit. Gleichheit. Brandenburg. – Demokratie und Demokratiebewegungen“ entwickelte Wanderausstellungsprojekt verbindet zwei Aspekte miteinander: die historische Darstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung in der damaligen preußischen Provinz Brandenburg zwischen 1933 und 1945 und die Beschreibung aktueller Bemühungen im „neuen Land“ Brandenburg seit 1990, sich politisch, rechtlich und moralisch mit diesem Unrecht auseinander zu setzen.

Es verdeutlicht, dass Verbrechen in der nationalsozialistischen Diktatur nicht als abgeschlossenes geschichtliches Thema betrachtet werden können, sondern auch heute noch eine andauernde geschichtspolitische Herausforderung sind. So schlägt die Präsentation einen direkten Bogen von der NS-Vergangenheit zu den Anstrengungen

der gegenwärtigen Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BLHA, das Schicksal von Opfern des Holocaust in Brandenburg aufzuklären, ihnen oder ihren Erben zur Durchsetzung von Entschädigungs- bzw. Restitutionsansprüchen zu verhelfen und mit historisch-politischer Bildungsarbeit die Erinnerung an die beispiellosen Menschenrechtsverletzungen wach zu halten.

In der 18 Tafeln umfassenden Ausstellung haben Dokumente aus der Überlieferung der Behörde des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg einen zentralen Platz. Einzelfallakten werden im Original ausgestellt, und erstmalig präsentiert das Landeshauptarchiv der Öffentlichkeit einen Teil der Originalkartei aus dem Bereich der „Vermögensverwertungsstelle“. Zwei Segmente des Originalkarteischrankes und ein Aktenbock sind weitere Blickpunkte in der Ausstellung. Auf besonderes Interesse stoßen bei den Besuchern auch die fünf in Kopie ausgelegten vollständigen Akten zu Einzelschicksalen von jüdischen Personen, auf die in den Ausstellungstafeln und den Dokumenten in den Vitrinen aufmerksam gemacht wird.

Zur Konzeption

Auf zwei Einleitungstafeln erhält der Besucher neben allgemeinen Erläuterungen zu den verschiedenartigen Maßnahmen des NS-Regimes zur Judenverfolgung im Deutschen Reich und in der Provinz Brandenburg sowie zur Lage der jüdischen Bevölkerung auch Hinweise auf die Gliederung der Ausstellung.

Im umfangreichen Mittelteil der Ausstellung werden auf 14 Tafeln in den Schwerpunkten Vertreibung und Ermordung verschiedene Facetten der nationalsozialistischen Judenverfolgung wie staatsbürgerliche Entrechtung und Ausgrenzung, Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz und Genozid in folgenden Phasen thematisiert:

- einzelne antijüdische Maßnahmen auf der Grundlage von Notverordnungen und Ermächtigungsgesetzen (1933–1935),
- legislatorische Ausgrenzung auf der Basis der „Nürnberger Gesetze“ und nachfolgender Verfügungen und Verordnungen (1935–1938),
- Pogrome, erste Massenverhaftungen und Deportationen (1938–1941),
- Deportationen und physische Massenvernichtung (1941/42–1945).
-

Im Themenschwerpunkt Erinnerung wird auf einer Tafel die Behördengeschichte des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg skizziert. Der Besucher erhält hier neben Erläuterungen zu den Strukturteilen der Behörde, zur Bestandsgeschichte und zum -umfang auch Benutzungs- und Literaturhinweise.

Auf einer weiteren Tafel wird auf die Wiedergutmachung in der SBZ und der DDR eingegangen. Die verantwortlichen Behörden des Landes Brandenburg bzw. der späteren DDR-Bezirke verweigerten in der Regel die Auskunft oder behandelten die Nachfragen hinhaltend.

In drei Rahmen spiegelt sich in diesem Teil der Ausstellung auch die Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs im Rahmen der Wiedergutmachung wider. Seit vielen Jahren werden die dafür relevanten Bestände zur Klärung offener Vermögensfragen, für Verfahren zur Wiedererlangung der deutschen Staatsbürgerschaft sowie für wissenschaftliche Forschungsprojekte bei der Beantwortung der zahlreichen Anfragen ausgewertet.

Förderer und Medienpartner

Kulturland Brandenburg 2009 wird gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg.

Mit freundlicher Unterstützung der brandenburgischen Sparkassen gemeinsam mit der Ostdeutschen Sparkassenstiftung im Land Brandenburg

Das HBPB wird gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam sowie durch das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg mit Mitteln des Hauptstadtvertrages.

Weitere Ausstellungsorte 2009:

Museum Neuruppin	28.04. – 23.08.
Optik Industrie Museum Rathenow	03.09. – 01.11.
Kreismuseum Finsterwalde	05.11. – 23.11.

Begleitveranstaltungen zur Ausstellung:

Jüdische Opfer der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik im Spiegel archivalischer Quellen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (BLHA)

Vortrag: Dr. Monika Nakath, Kuratorin, BLHA

Museum Neuruppin:

(August-Bebel-Straße 14/15, 16816 Neuruppin,
Tel. 03391 45806-0)

Mittwoch, 27. Mai 2009, 18.00 Uhr

Optik Industrie Museum Rathenow:

(Märkischer Platz 3, 14712 Rathenow,
Tel. 03385 519032)

Mittwoch, 29. September 2009 um 18.00 Uhr

Kreismuseum Finsterwalde

(Lange Straße 6 und 8, 03238 Finsterwalde;
Tel. 0351 30783)

Mittwoch, 19. November 2009 um 19.00 Uhr

Kostenlose Digitalisierung und Erschließung Ihrer Bestände

Wer sind wir?

Die Generations Network GmbH ist die deutsche Tochtergesellschaft der amerikanischen The Generations Network Inc., dem weltweit führenden Unternehmen im Bereich Familienforschung. Unsere Datenbank umfasst bereits mehr als 7 Milliarden Namen und mehrere Millionen Bilder. Wir sind unabhängig und gehören keiner Kirche an und betreiben die deutsche Webseite Ancestry.de, die durch Indizes und digitale Bilder von Archiveinträgen deutschen Nutzern helfen soll, ihre Familiengeschichte zu entdecken.

Langjährige, weltweite Erfahrungen in der Indexierung und Digitalisierung von Einträgen, sowie das hochsichere Hosting und die Wiedergabe von Daten sind unsere tägliche Arbeitsgrundlage.

Was bieten wir Ihnen? Ihre Vorteile:

- Die kostenlose Digitalisierung Ihrer Bestände und sichere Erhaltung der deutschen Kulturgüter
- Die Einrichtung einer benutzerfreundlichen Suchfeldumgebung für Ihre Mitarbeiter und Nutzer
- Ihr Archiv wird bekannter für die Öffentlichkeit und kann mehr Besucher anziehen
- Hosting und Datensicherheit sind für Sie kostenlos
- Sie bleiben selbstverständlich im Besitz der digitalisierten Bestände

Was können Sie uns bieten?

- Die Berechtigung, im Gegenzug Ihre Daten online im Internet zu veröffentlichen

Unsere Partner in Deutschland

- Bayerisches Hauptstaatsarchiv
- Deutsche Nationalbibliothek
- Landeshauptarchiv Schwerin
- Staatsarchiv Bremen
- Staatsarchiv Hamburg/Ballinstadt
- Archiv der Freien und Hansestadt Lübeck
- Bundesarchiv Freiburg und mehr.

Beispiele internationaler Partner

- The National Archives of England and Wales
- The National Archives of the USA
- Shanghai Library
- Schweizerisches Bundesarchiv

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung und freuen uns auf Ihren Kontakt.

The Generations Network GmbH, Herr Nikolai Donitzky
Damenstiftstr. 7, 80331 München, Telefon: 089 24 26 89 6-14
Fax: 089 24 26 89 6-20, www.ancestry.de

 **ancestry.de**

„Aktenkundig: ‚Jude!‘ Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg Vertreibung – Ermordung – Erinnerung“

Ansprache zur Ausstellungseröffnung

Von Klaus Neitmann¹

Als vor drei Jahren die organisatorische Angliederung des Theodor-Fontane-Archivs an das Brandenburgische Landeshauptarchiv öffentlich diskutiert wurde, spielte eine Pressepolemik die von beiden Einrichtungen verwahrten Zeugnisse der Vergangenheit gegeneinander aus: Wertvolle Dichterhandschriften sollten, so empörte sich der Verfasser, alten Behördenakten beigelegt werden! In seinem Eifer hatte er sich nicht klargemacht, dass verschiedenartige Archivalien in ihrer historischen Aussagekraft von den Personen oder Institutionen abhängen, deren Wirken sie ihre Entstehung verdankten, und dass gerade die im vieltausendfachen Vollzug einer politischen bzw. gesetzlichen Vorgabe entstandenen Verwaltungsakten höchste Brisanz gewinnen können, wenn ihr Gegenstand einen historischen Vorgang von einem für eine Epoche zentralen Rang berührt oder gar mitten in ihn hineinführt. Wie das einem staatlichen Verwaltungsalltag entstammende Archivgut für die wissenschaftliche Erkenntnis der Zeitgeschichte und für die aktuelle historisch-politische Bildungsarbeit fruchtbar gemacht werden kann, will die in Kooperation mit dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv gestaltete Ausstellung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Brandenburg zeigen. Sie stützt sich in ihrem Kern auf scheinbar unspektakuläre Papiere einer nachgeordneten Finanzbehörde, des Oberfinanzpräsidenten von Berlin-Brandenburg. Der 1919 für die Reichshauptstadt Berlin und die preußische Provinz Brandenburg geschaffenen, dem Reichsfinanzministerium unterstellten Behörde – abgekürzt OFP – wurden während der Weltwirtschaftskrise und unter der nationalsozialistischen Herrschaft nach 1933 in mehreren Stufen Sonderaufgaben im Bereich der Vermögensbeaufsichtigung übertragen. Dazu gehörten zunächst die Kontrolle des Devisenverkehrs mit dem Ausland und schließlich, während des II. Weltkrieges, die Behandlung des sog. reichsfeindlichen Vermögens. Unter diese Überschriften fiel auch der Umgang mit dem Eigentum von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern des Deutschen Reiches, die

die NS-Rassepolitik von Anfang an systematisch aus der „Volksgemeinschaft“ ausgrenzte, die in den ersten Jahren nach 1933 durch Diskriminierung, durch Einschränkung ihrer freien Lebensgestaltung zur Auswanderung aus Deutschland, etwa zur Emigration nach Palästina, nach Westeuropa oder Amerika, gebracht und dann nach 1939, um das Reich endgültig „judenfrei“ zu machen, in die eroberten und besetzten Ostgebiete Polens und der Sowjetunion deportiert und dort ermordet wurden. Der Oberfinanzpräsident war an diesen Geschehnissen insofern unmittelbar beteiligt, als er dabei die jüdische Vermögenswerte zu überwachen hatte, also im Falle der Auswanderung ihren Abfluss ins Ausland zu begrenzen oder zu unterbinden und im Falle der Deportation ihre Beschlagnahme und Einziehung durchzuführen hatte.

Die archivalische Hinterlassenschaft des OFP besteht größtenteils aus Einzelfallakten, die die Behörde über einzelne Personen oder Familien und die Behandlung ihres baren und unbaren Eigentums angelegt hat. Ihnen ist abzulesen, wie die allgemeine antijüdische Politik des NS-Regimes auf den einzelnen Juden und unter Umständen auf sein familiäres Umfeld angewandt wurde, wie eine Finanzbürokratie mit aller Konsequenz ihre politischen Vorgaben gegenüber dem betroffenen Personenkreis durchsetzte. Anders ausgedrückt: In den Routinevorgängen der Finanzverwaltung spiegelt sich wider, wie sich die grundsätzlichen antisemitischen Entscheidungen der NS-Machthaber auf die konkreten Lebensbedingungen der Menschen „nicht-arischer“ Herkunft auswirkten, die es aus dem „Volkskörper“ auszuschneiden galt. Ein wesentliches Anliegen unserer Ausstellung besteht darin, die NS-Judenverfolgung in Brandenburg vornehmlich an Hand des damaligen jüdischen Lebensalltages und an Hand ausgewählter jüdischer Einzelschicksale möglichst anschaulich zu schildern. Dadurch wird dem Betrachter verständlich zu machen gesucht, wie die individuelle Existenz im Rahmen des sich immer mehr steigernden Maßnahmenkataloges in ihren alltäglichen Arbeits- und Daseinsverhältnissen drastisch eingeschränkt und an den unbeachteten und verachteten Rand gerückt wurde, wie sie zur notgedrungenen Aufgabe ihrer vertrauten heimatlichen Umgebung gebracht und zur Auswanderung gezwungen wurde, wie sie, wenn sie trotz aller negativen Erfahrungen ausgeharrt hatte, alles, was ihr noch an Hab und Gut verblieben war, abgeben musste und deportiert wurde in ferne östliche Orte, an denen ihre Schergen auf sie warteten. Vielleicht kennzeichnet nichts mehr den bürokratischen Rigorismus der NS-Judenpolitik als die sog. Vermögenserklärung, die der schon namentlich stigmatisierte Jude mit Angabe all seiner ihm noch ver-

¹ Geringfügig überarbeitete Ansprache zur Ausstellungseröffnung im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte am 19. Februar 2009.

bliebenen Habseligkeiten bis hin zum letzten Handtuch auszufüllen hatte, bevor er seinen letzten Aufenthaltsort in Brandenburg oder Berlin mit einem Transport zu einem ihm unbekanntem Ziel verließ. Der von der Behörde auf dem Formular vermerkte, der Identifizierung dienende Vorgangsnummer ist vom quellenkundigen Archivar der Deportationszug oder die Deportationswelle zu entnehmen, die die Opfer seit der zweiten Jahreshälfte 1941 in das Protektorat Böhmen und Mähren (Theresienstadt), ins Generalgouvernement (Polen) oder ins Baltikum führte.

Die Überlieferung des Oberfinanzpräsidenten enthält, archivkundlich betrachtet, vornehmlich massenhaft gleichförmige Akten, also Unterlagen, die nach dem gleichen bürokratischen Bearbeitungsschema angelegt sind. Der Archivar wählt üblicherweise aus einem solchen Aktenberg nur einen sehr schmalen Ausschnitt zur dauerhaften Aufbewahrung aus, damit die Verfahrensweise der Behörde beispielhaft dokumentiert wird. Im Falle des Oberfinanzpräsidenten ist das Landeshauptarchiv von dieser Lehrbuchweisheit abgewichen und hat sich dazu entschlossen, die Einzelfallakten in Gänze auf ewig zu archivieren und sich nicht mit einer kleinen Teilmenge davon zu begnügen, weil der Bestand insgesamt ein historisches Kernstück des Nationalsozialismus, seine „rassenbiologisch“ begründete Judenverfolgung in der Spielart der bürokratischen Umsetzung des Vermögensentzuges und Vermögensraubes, in seltener Klarheit widerspiegelt. Wegen dieser historischen Aussagekraft hat das Landeshauptarchiv große Anstrengungen unternommen, den Inhalt der Unterlagen genau zu verzeichnen, insbesondere die betroffenen Juden namentlich zu ermitteln. Die intensive Erschließung war auch die Voraussetzung dafür, dass das Landeshauptarchiv in den 18 Jahren seit der deutschen Wiedervereinigung dem Verlangen nach fundierten Aussagen zum Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Brandenburg und Berlin nach 1933 gerecht werden konnte. Damit sind unsere vom historischen Vorgang ausgehenden Betrachtungen mitten in unserer eigenen Gegenwart angekommen und wenden sich der Frage zu, wie wir Heutigen denn mit dieser historischen Erblast umgehen. Die in den letzten Jahren drastisch vermehrte Benutzung des Bestandes Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg – wie auch ergänzender anderer Bestände – gibt darauf eine doppelte Antwort, die zugleich verdeutlicht, dass ein Archiv wie das unsrige mit den Zwecken, die es mit seinen Arbeiten verfolgt, wahrlich mitten im gegenwärtigen Leben steht und seine Anforderungen zu bewältigen trachtet.

Die archivalischen Quellen werden zunächst zur materiellen Wiedergutmachung der jüdischen NS-Opfer ausgewertet. Sie werden von zuständigen Behörden, von den betroffenen Personen oder ihren Erben, von den von ihnen beauftragten Rechtsanwälten oder von den mit Streifällen befassten Gerichten herangezogen, damit die jeweils interessierenden Vorgänge in ihrem damaligen Ablauf erkannt und so die verfolgungsbedingten Eigentumsverluste durch Rückgabe oder durch Entschädigung wieder ausgeglichen werden können. Die derzeit vielerwähnte Provenienzforschung zu Kunstgütern und ihren Eigentumswechseln seit 1933 ist nur ein schmaler Ausschnitt aus der großen Aufgabe, präzise festzustellen, wie der nationalsozialistische Staat jüdisches Eigentum in seine Hand gebracht und es verwertet hat. Die Klärung der Verfolgungsmaßnahmen, wie sie für Zehntausende von Fällen in den Akten des Oberfinanzpräsidenten penibel beschrieben sind, ermöglicht die Entscheidung über den materiellen Ausgleich der damaligen Vermögensverluste, der jetzt den Verfolgten, ihren Erben oder ihren Interessenorganisationen zukommt. Dass Restitution und Entschädigung in den neuen Ländern über 60 Jahre nach Kriegsende Betroffene, Behörden und Gerichte immer noch in Atem halten, ist darin begründet, dass die antifaschistische DDR, wie sie sich selbst verstand, diesbezügliche Verpflichtungen nie anerkannt hat. Vor diesem Hintergrund sind gerade die Einzelfälle dokumentierender Akten des Oberfinanzpräsidenten in eine zentrale Stellung für die Klärung der Vermögensfragen, die sich ja im individuelle Personen und Objekte drehen, eingerückt.

In ganz anderer Beziehung vermögen die Papiere ebenfalls heutigen Erkenntniswünschen in besonderer Weise gerecht zu werden. Seit geraumer Zeit konzentriert sich die öffentliche Erinnerung an die Judenverfolgung nicht mehr ausschließlich auf die großen Leitlinien und die herausragenden Ereignisse, deren Erforschung den akademischen Historiker vorrangig beschäftigt mag. Gerade die gesellschaftlichen Initiativen „von unten“ haben sich darauf verlegt, das Schicksal der einst in ihrem lokalen Umfeld lebenden Juden zu erhellen und dem Lebensweg einzelner Juden und ihrer Familie nachzugehen. Die „Stolperstein“-Initiativen wollen, indem sie den Namen eines verfolgten und ermordeten Juden auf einem Stein vor seinem ehemaligen Wohnort festhalten, bewusst machen, dass der jüdische Nachbar seit 1933 auf einmal allein wegen seiner „Rasse“ aus seiner vertrauten Lebensumwelt herausgerissen, daraus vertrieben oder gar ermordet worden ist. Auch diese Bestrebungen sind darauf angewiesen, dass sie archivalische Dokumente zu einzelnen Verfolgten mit archivarischer Unterstützung

ausfindig machen und auswerten. Das Landeshauptarchiv ist besonders erfreut darüber, dass Potsdamer Schülerinnen und Schülern in Projekten die Rolle von Historikern angenommen und wie diese durch die Lektüre und Interpretation der OFP-Akten die Vergangenheit erforscht haben. Es macht für einen Schüler – wie überhaupt für jeden geschichtsinteressierten Laien – einen Unterschied aus, ob er die Geschichte des Nationalsozialismus in einem Geschichtsbuch mit seiner abgewogenen Darstellung kennenlernt oder ob er, gewissermaßen einen Schritt zurückgehend, durch die Einsicht in die Akten der damaligen Behörden sich selbst einen unmittelbaren Eindruck von deren Vorgehensweise verschafft. Er ist dadurch dem historischen Vorgang näher, indem er gerade am Einzelfall erkennt, wie die Finanzbehörde sich mit gezielten bürokratischen Verfügungen das Vermögen der ausgewanderten oder deportierten Juden aneignete. Die Schüler sind in den von ihnen eingesehenen Unterlagen ausgewählten Potsdamer Lebensläufen nachgegangen und haben die Lebensumstände jüdischer Einzelpersonen oder einzelner jüdischer Familien herausgearbeitet. Sie haben so das allgemeine Thema NS-Judenverfolgung durch den lokalen, personenbezogenen Ansatz von der Ebene der politischen Haupt- und Staatsaktionen heruntergeholt und dem jüdischen „Reichsfeind“ gewissermaßen ein Gesicht vor Ort gegeben. Die Erinnerung daran, dass die dargestellte Einzelperson plötzlich ihre rechtsstaatliche Sicherheit verlor und staatlicher Unterdrückung hoffnungslos ausgeliefert war, schärft das Bewusstsein von der Gefährdung der menschlichen Existenz wohl in besonderem Maße.

Die Ausstellung des Landeshauptarchivs ist eingebettet in das Rahmenthema des Kulturlandjahrs 2009 „Demokratie und Demokratiebewegungen“ und sein Motto „Freiheit und Gleichheit“. Thema und Motto erinnern daran, dass die deutsche Demokratie nach ihrem ersten Scheitern ihre innere Überzeugungskraft aus der Erfahrung der NS-Diktatur gewonnen hat, aus der Erkenntnis heraus, dass demokratische Grundwerte wie Freiheit und Gleichheit nach 1933 in zuvor unvorstellbarer Weise Hunderttausenden von deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens wegen ihrer rassischen Zugehörigkeit verweigert worden waren. Die Verkündung der allgemeinen unveräußerlichen Menschenrechte in der UN-Menschenrechtsdeklaration von 1948 ebenso wie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 war gespeist aus der unmittelbaren Anschauung der Zeitgenossen, dass eine totalitäre Diktatur alle moralischen Schranken in der Verfolgung und Vernichtung ihrer Gegner eingerissen hatte. Wenn unsere Ausstellung das einzelne jüdische Schicksal nach 1933

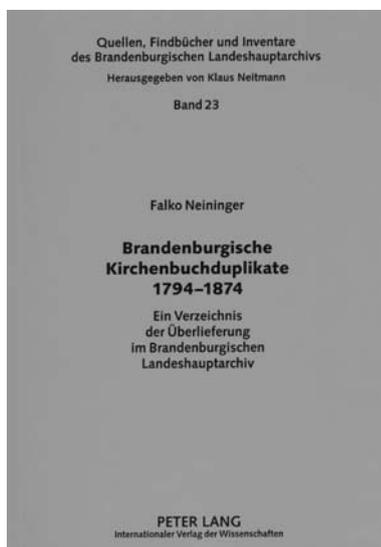
in den Vordergrund stellt, verdeutlicht sie damit zugleich, dass die Menschenrechte dazu dienen, dem einzelnen eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten und zu garantieren. Sie haben in der deutschen Gesellschaft in den Jahrzehnten seit 1945 breite Akzeptanz dadurch gewonnen, dass die Notwendigkeit zu ihrer Beachtung und Einhaltung aus der bewussten, im Laufe der Zeit erheblich vertieften Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord erwachsen ist. Unsere Archivalienschau hat ihren Zweck erreicht, wenn sie durch die historische Darstellung von Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung einzelner jüdischer Persönlichkeiten in Brandenburg uns Nachfolgenden vergegenwärtigt, dass der Einsatz für die Menschenrechte seine Kraft der in der historischen Erfahrung begründeten Einsicht in beispiellose Menschenrechtsverletzungen verdankt hat – und weiterhin verdanken wird, wenn wir uns diese historische Erfahrung auch künftig bewusst halten.

Neuerscheinungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 2008



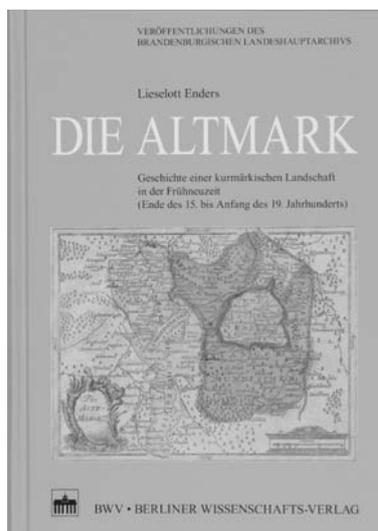
Enders, Lieselott: Die Uckermark Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert.

Berliner Wissenschafts-Verlag 2008, 2. unveränderte Auflage, 764 S., 38 s/w Abb., 6 farb. Abb., geb. (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 28). ISBN 978-3-8305-1490-9. 69,00 Euro.



Falko Neinger: Brandenburgische Kirchenbuchduplikate 1794–1874. Ein Verzeichnis der Überlieferung im Brandenburgischen Landeshauptarchiv.

Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2008, 214 Seiten (= Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 23). ISBN 978-3-631-58057-8, 45,50 Euro.



Lieselott Enders: Die Altmark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft in der Frühneuzeit (Ende des 15. bis Anfang des 19. Jahrhunderts).

Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2008, 1580 S., 57 s/w Abb., geb. (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 56). ISBN 978-3-8305-1504-3. 79,00 Euro.



Der erste „Tag der brandenburgischen Orts- und Landesgeschichte“. Dokumentation der Tagung vom 6. November 2005 in Potsdam und Leitfaden für Ortschronisten in Brandenburg.

2. ergänzte Auflage. Potsdam 2008. 95 Seiten (= Einzelveröffentlichungen der Brandenburgischen Historischen Kommission e. V. Bd. X, zugleich Einzelveröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. VI). 10,00 Euro zzgl. Versand.

Bestellung nur über: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Postfach 60 04 49, 14404 Potsdam, Tel. 0331 5674-0, Fax: 0331 5674-212, E-Mail: poststelle@blha.brandenburg.de



750 Jahre Pritzwalk. Stadtwerdung und Stadtentwicklung in der Prignitz im Wandel der Jahrhunderte (= Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Prignitz.

Hrsg. v. Uwe Czubatynski, Bd.8; zugleich Einzelveröffentlichungen der Brandenburgischen Historischen Kommission e. V., hrsg. v. Klaus Neitmann, Bd. XIV). 212 Seiten. Perleberg 2008. <http://www.uwe-czubatynski.homepage.t-online.de/>



Archivberatung und -pflege

Hrsg. v. Michael Scholz. Selbstverlag Potsdam 2008. 164 S. (= Veröffentlichungen der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Bd. 4; zugleich Veröffentlichungen des Landesverbandes Brandenburg des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e. V., Bd. 3) , ISBN 978-3-9810642-2-3. 10,00 Euro zzgl. Versand. Bestellung nur über: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Postfach 60 04 49, 14404 Potsdam, Tel. 0331 5674-0, Fax: 0331 5674-212, E-Mail: poststelle@blha.brandenburg.de



Günter Bayerl und Klaus Neitmann (Hg.): Brandenburgs Mittelstand. Auf dem langen Weg von der Industrialisierung bis zur Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts.

(= Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Bd. 33). 364 S., zahlreiche Abb. Münster 2008. ISBN 978-3-8309-2049-6. 29,90 Euro.



Demografischer Wandel. Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten für Archive und Öffentliche Bibliotheken.

Hrsg. v. der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv. Potsdam 2008. ISBN 978-3-9810642-3-0. 10,00 Euro. Bestellung nur über: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Postfach 60 04 49, 14404 Potsdam, Tel. 0331 5674-0, Fax: 0331 5674-212, E-Mail: poststelle@blha.brandenburg.de

Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs
Herausgegeben von Dr. Klaus Neitmann

Band 51 Frank Göse

Rittergut – Garnison – Residenz

Studien zur Sozialstruktur und politischen Wirksamkeit
des brandenburgischen Adels 1648-1763

Dem aufmerksamen Zeitgenossen zeigen sich noch heute beim Durchreisen der Mark Brandenburg die steinernen Spuren einer uns fremd gewordenen, fernen Lebenswelt. Schlösser und Herrenhäuser, von denen eine erfreulicherweise immer größere Zahl restauriert wurde und wird, beleben zugleich das Interesse an der Geschichte des einst maßgeblich die politische und militärische Elite des Alten Preußen prägenden brandenburgischen Adels. Ziel der vor allem auf archivalischen Quellen basierenden Studie ist es, einer Reihe von Fragen nachzugehen, die unser Bild über die wirtschaftliche Befindlichkeit, soziale Struktur und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten des märkischen Adels während der klassischen Periode des altpreußischen Staates korrigieren und um – zum Teil überraschende – Einsichten vervollkommen können. Ein wichtiger Akzent wird dabei auf die vergleichende Einordnung der Ergebnisse in die deutsche Adelsgeschichte gelegt.

2005, 560 S., kart., 68,- Euro, ISBN 978-3-8305-0874-8

Band 52 Brigitte Meier

**Jüdische Seidenunternehmer
und die soziale Ordnung zur Zeit Friedrichs II.**

Moses Mendelssohn und Isaak Bernhard –
Interaktion und Kommunikation als Basis
einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung

Im Mittelpunkt dieses Buches stehen jene Interaktionen und Kommunikationen zwischen dem König, seinen Beamten und den jüdischen Seidenunternehmern, die den Handlungsspielraum der einzelnen Akteure im Allgemeinen und beispielhaft an den beiden Seidenunternehmen von Bernhard Isaak und Moses Mendelssohn erhellen. Deren Entwicklung wäre ohne die sozialen Netzwerke der Akteure der Aufklärung und der Wirtschaft sowie ihre engen Interdependenzen im 18. Jahrhundert nicht erfolgreich verlaufen.

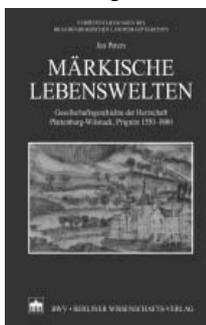
Das Buch gewährt auch Einblicke in eine besondere Quellengattung, das Geschäftsjournal, und erleichtert deren Benutzung durch die Erläuterungen der fachspezifischen Begriffe.

2007, 307 S., geb., 39,- Euro, ISBN 978-3-8305-1362-9

Band 53 Jan Peters

Märkische Lebenswelten

Gesellschaftsgeschichte der Herrschaft
Plattenburg-Wilsnack, Prignitz 1550–1800



Worüber stritten sich die Wilsnacker am Abend jenes Tages im Mai 1552, als in ihrer Kirche das Gefäß mit den Wunderblutostien zerschlagen wurde? Wie redeten in eben diesem Jahr die Hofarbeiter auf der Plattenburg hinter vorgehaltener Hand über ihren neuen Herrn Matthias v.Saldern und seinen einschüchternd-distanzierten Habitus? Mit welchen Listen und Launen wideretzten sich die Bauern aus den umliegenden Dörfern den neuen Diensten, die sie mit dem anbrechenden 17. Jahrhundert besonders mit dem Namen des folgenden Herrn auf der Burg,

Burchard v.Saldern, verknüpften? Was hielten benachbarte Herrschaften vom Saldernschen Umgang mit Grenzen und Gerechtigkeiten, was eigene Familienmitglieder und die Bauern „der Anderen“ von jener expandierenden lokalen Besitzeinheit, die als „Saldern-Kreis“ in Elb- und Havelnähe allmählich die Gestalt einer gutswirtschaftlich geprägten Gesellschaft annahm?

2007, 872 S., 35 farb. Abb., 78 s/w Abb., geb., 69,- Euro, ISBN 978-3-8305-1387-2

Band 54 Wolfgang Schöblier

**Regesten der Urkunden
und Aufzeichnungen
im Domstiftsarchiv Brandenburg**

Teil 2: 1488–1519/1545

Der zweite Teil der Regesten der Urkunden und Aufzeichnungen im Domstiftsarchiv Brandenburg setzt den ersten ohne Unterbrechung der durchgängigen Nummerierung der einzelnen Regesten und ohne Änderung der Konzeption fort. Deshalb gilt auch die Zielsetzung des Werkes unverändert: Die Erschließung der im Domstiftsarchiv Brandenburg verwahrten bedeutenden mittelalterlichen Quellen zur Geschichte der Mark Brandenburg in Vollregesten, die alle wesentlichen Teile der Quellen in moderner Sprache wiedergeben und für die sprachlich und terminologisch relevanten Begriffe die Originalformen hinzusetzen. Da die Quellen aus der jüngeren Zeit dichter und umfangreicher werden und oft kaum erschlossen sind, ist der Anteil der bisher noch unpublizierten Quellen in diesem Band auf ca. 80 % gestiegen. Einbezogen sind auch wieder die nicht im Domstiftsarchiv Brandenburg vermuteten in Deposita oder im Sammlungsgut überlieferten Quellen, so dass mit diesen Regesten nun ein umfassendes Inventar für alle bis 1545 im Domstiftsarchiv vorhandenen Quellen vorliegt.

2009, 746 S., 235 s/w Abb., geb., 82,- Euro, ISBN 978-3-8305-0943-1



Band 55 Friedrich Beck, Margot Beck

**Urkundeninventar des Brandenburgischen
Landeshauptarchivs – Kurmark**

Teil 3: Nachträge, Ergänzungen, Berichtigungen

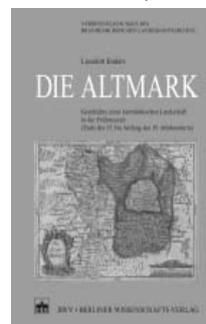
Mit dem vorliegenden 3. Band findet das Urkundeninventar des Brandenburgischen Landeshauptarchivs – Teil Kurmark – seinen Abschluss. Er beinhaltet Nachträge, Ergänzungen und notwendige Berichtigungen zu den Einzelregesten in den Bänden 1 und 2. Deren Gesamtzahl hat sich damit auf nunmehr 11.600 Urkunden erhöht. Den Hauptteil des Bandes bilden die Register. Zu einem vollständigen chronologischen Register tritt ein umfangreiches kombiniertes Orts- und Personenregister, in das im Einzelfall auch sachdienliche Hinweise Aufnahme gefunden haben.

2007, 348 S., geb., 59,- Euro, 978-3-8305-1459-6

Band 56 Lieselott Enders

Die Altmark

Geschichte einer kurmärkischen Landschaft in der
Frühneuzeit (Ende des 15. bis Anfang des 19. Jahrhunderts)



Die Altmark bewahrte vielerlei historische Wurzeln, bis zur Reformationszeit ihre Zugehörigkeit zu den sächsischen Bistümern Halberstadt und Verden, die enge Verflechtung der acht Immediatstädte mit Hansestädten, soziokulturelle Eigentümlichkeiten u.a.m., und auch in der Frühneuzeit, die den zeitlichen Schwerpunkt des Buches bildet, vielerlei Bezüge zu den politischen Nachbarn, den Fürstentümern Magdeburg und Halberstadt, Braunschweig und Lüneburg mit dem Wendland. Daraus erwächst von selbst der vergleichende Aspekt, wie er auch den ostelbischen Regionen der Mark Brandenburg gilt.

Die Vergleiche heben die Merkmale hervor, die die Altmark bis zum Ende des Alten Reiches charakterisieren: eigenständige Gerichtsinstanzen, gute besitz- und personenrechtliche Verhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung, eine auf verbrieft Privilegien wie auf angemähte Observanzen pochende Ritterschaft, starke kommunale Kräfte in Stadt und Land, Bürgerschaften und Landgemeinden.

2008, 1580 S., 57 s/w Abb., geb., 79,- Euro, 978-3-8305-1504-3



„Die Uckermark“, „Die Prignitz“ und „Die Altmark“: Lieselott Enders' kurmärkische Landschaftsgeschichten

Von Klaus Neitmann¹

Die Trias ist vollendet, Lieselott Enders hat, sportlich betrachtet, den Dreisprung erfolgreich abgeschlossen. Die Geschichte dreier kurmärkischer Landschaften hat sie etwa seit der Mitte der 1980er Jahre fast ausschließlich in der Zeit ihres sog. Ruhestandes geschrieben, der Uckermark (erschienen 1992), der Prignitz (erschienen 2000) und der Altmark (2008 erschienen)². Sie hat damit ein Alterswerk vorgelegt, dem Vergleichbares aus der brandenburgischen Landesgeschichtsforschung an die Seite zu stellen schwerfällt. 3 724 Druckseiten – die jeweils einen Bogen umfassenden Abbildungsteile eingerechnet – hat sie dem staunenden Publikum vorgelegt. Von Buch zu Buch ist der Umfang gewachsen. Begnügte sie sich für die Uckermark noch mit 764 Seiten, steigerte sie sich für die Prignitz um über 80 % auf 1.384 Seiten, und mit den 1 580 Seiten der Altmark hat sie den Gipfel erreicht. Die Zunahme hat ihre fachinternen, vornehmlich in der unterschiedlichen Quellenlage, der unterschiedlichen Quellenfülle liegenden Ursachen, und die Zahlen zeugen so zunächst davon, mit welcher Intensität und Ausdauer die Autorin in ihrem ersten Arbeitsschritt Quellen in etlichen Archiven, vor allem im Brandenburgischen Landeshauptarchiv und im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, und in noch viel mehr Archivbeständen ermittelt und ausgewertet hat. Aber es wäre verfehlt, gewissermaßen in Analogie zu einer zeitweise beliebten Tonnenideologie das Gesamtwerk wegen seiner beeindruckenden Seitenzahl zu würdigen. Die Lektüre der Endersschen Bände lohnt sich für den Leser, weil er die spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Vergangenheit brandenburgischer Land-

schaften in neuer, in ungeahnter Weise kennenlernt.

Die historiographische Gattung Landschaftsgeschichte – der missverständliche Begriff Regionalgeschichte sei hier lieber vermieden – ist von Lieselott Enders zwar nicht erfunden worden. Im Bereich der brandenburgischen Landesgeschichtsforschung hatte sich der eine oder andere Historiker schon vor ihr einer der mittelalterlichen Lande (terrae) oder der (früh)neuzeitlichen Kreise der Mark angenommen; erinnert sei insbesondere an den Altmeister der brandenburgischen Historiographie Johannes Schultze (1881-1976) mit seiner Darstellung der Prignitz von 1956³, an die Enders angeknüpft und dem sie ihre Prignitz gewidmet hat. Aber keiner von ihnen hat den thematischen Bogen so weit wie sie geschlagen; keiner von ihnen hat mit derartiger Konsequenz Ernst mit der Aufforderung gemacht, die Menschen einer Landschaft möglichst umfassend in ihrem Dasein, ihren Verhaltensweisen und Mentalitäten in den Blick zu nehmen und die Lebenswelt, mit deren Umständen sie sich auseinanderzusetzen und in der sie sich gegen alle Widrigkeiten zu behaupten hatten, in all ihren verschiedenartigen Facetten zu erhehlen. „Die Geschichte der Uckermark ist ihrem eigentlichen Anliegen nach die Geschichte der Uckermärker“⁴. Gegenstand ihrer Werke ist immer die gesamte ständische Gesellschaft, nicht bloß ein einzelner Stand. Geistlichkeit, Adel, Bürger und Bauern, die beiden letzteren mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht, werden an den Orten ihres Wirkens aufgesucht, in den Kirchen und Klöstern, den Burgen und Herrensitzen, den Städten, Dörfern und Höfen. Sie werden in ihrem Mit- und Gegeneinander geschildert, sie werden mit ihren Erwartungen, Hoffnungen und Vorstellungen dargestellt, ihre politische, rechtliche, soziale, wirtschaftliche, geistliche und geistige Lage wird analysiert. Spürbar legt die Autorin Wert darauf, die Menschen und die menschlichen Gruppen in den jeweiligen historischen Epochen in all ihren Seiten, in den verschiedenen Gebieten, auf denen sie gewirkt und geschaffen haben, zu behandeln und sie nicht durch die Verengung der Betrachtung auf bestimmte Funktionen zu reduzieren, etwa aus ihnen bloße homines oeconomici zu machen. Es bleibe dahingestellt, ob im Ergebnis tatsächlich eine „histoire totale“ erreicht wird, da der Anspruch auf die vollständige Erfassung vergangener Wirklichkeit vom Historiker wohl gar nicht zu erfüllen ist. So ließe sich über manche Gewichtung und Perspektive von Enders trefflich

1 Leicht überarbeitete und ergänzte Fassung des Vortrages zur Vorstellung der Endersschen „Altmark“ in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam am 24. September 2008 unter Beibehaltung der Redeform.

2 Lieselott Enders: *Die Uckermark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam, Bd. 28), Weimar 1992, 2. unveränd. Aufl. Berlin 2008. – Dies.: *Die Prignitz. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 38), Potsdam 2000. – Dies.: *Die Altmark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft in der Frühneuzeit (Ende des 15. bis Anfang des 19. Jahrhunderts)* (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 56), Berlin 2008.

3 Johannes Schultze: *Die Prignitz. Aus der Geschichte einer märkischen Landschaft* (Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 8), Köln, Graz 1956.

4 Enders: *Uckermark* (wie Anm. 2), S. 19.

streiten, etwa darüber, ob die christliche Frömmigkeit der Laienwelt in den mittelalterlichen katholischen ebenso wie in den frühneuzeitlichen evangelischen Jahrhunderten hinter der dargestellten Kirchenorganisation nicht zu sehr zurücktritt und dadurch die christliche Prägung der Lebenswelten, der Versuch zu ihrer Durchdringung mit christlichen Glaubenslehren, nicht deutlich genug hervortritt. Die Analyse der „großen (Territorial)Politik“ mit ihren Rückwirkungen auf die regionalen Verhältnisse hätte man sich, um noch einen anderen Punkt zu streifen, zuweilen eindringlicher gewünscht. Eine solche Debatte kann aber an einer bestimmten historischen Aufgabe überhaupt erst ertragreich geführt werden, seitdem Enders den Kreis der berücksichtigungswerten Gegenstände, verglichen mit ihren Vorgängern wie Johannes Schultze in dessen Prignitz-Geschichte, so sehr viel größer gezogen hat und unseren Blick ungeheuer geweitet hat.

Dass es gelungen ist, die konkreten Lebensumstände der sozialen Gemeinschaften zu erfassen und anschaulich zu beschreiben, verdankt man zunächst der stupenden Quellenkenntnis der Verfasserin. Die Historiker-Archivarin Lieselott Enders hat, wie es sich für eine geradezu leidenschaftliche Vertreterin ihrer Profession gehört, ihre Aufgabe zuerst darin gesehen, sich in die Urkunden, Amtsbücher, Akten, Karten, Bilder und sonstigen Überlieferungsformen zu vertiefen und zu vergraben, weil nur ihre umfassende Durchsicht und Auswertung eine genaue Kenntnis der Verhältnisse vor Ort vermittelt. Der Ansatz einer möglichst flächendeckenden historischen Landesbeschreibung zeigt immer wieder die regionale Vielfalt der Mark auf, die man in ihrem Gewicht erst dann wahrnimmt, wenn man sich nicht damit begnügt, mit spitzen Fingern ein paar Akten über eine Gegend auszuwählen und aus den daraus ableiteten punktuellen Eindrücken sein Urteil zu bilden, sondern die Mühen eines ausgedehnten Quellenstudiums auf sich nimmt und so die Gegebenheiten annähernd aller dörflicher und städtischer Siedlungen des Untersuchungsraumes erkundet. Zugleich hat Enders in bester landesgeschichtlicher Tradition und unter Verwendung aktueller mikrogeschichtlicher Forschungstendenzen versucht, schon durch die umfassende Heranziehung vieler verschiedenartiger Quellen unterschiedlichster Herkunft und Aussagekraft und im multidisziplinären Zugriff die Lebensvielfalt einer Landschaft und ihrer Bewohner sichtbar zu machen und allein durch den weitreichenden Blick auf die gesamte Breite der archivalischen Überlieferung perspektivischen Verkürzungen zu begegnen.

Mit der Uckermark, der Prignitz, der Altmark hat Enders drei residenzferne Landschaften innerhalb der Mark Brandenburg zum Gegenstand ihrer Untersuchungen gemacht,

wie ich glaube, nicht ganz zufällig. Denn der politischen Zentrale, dem brandenburg-preußischen Landesherrn bzw. Monarchen und seinen Zentralbehörden, steht sie mit spürbarem Abstand gegenüber, sie zählt nicht zu den Verehrern Preußens und seines Aufstieges zur deutschen und europäischen Großmacht. Sie hat sich auf die Berlinfernen Gegenden verlegt, deren Bevölkerung, unter ihr gerade auch die führenden Schichten, den landesherrlichen Bestrebungen mit distanziert gegenüberstanden und sich ihrem Zugriff eher zu entziehen suchten. Gerade dadurch kommt aber die grundsätzliche historische Erklärungskraft ihres Ansatzes umso mehr und umso überzeugender zur Geltung. Ihre Landschaftsgeschichten zeugen gerade durch die Konsequenz in der Herausstellung der regionalen Eigenarten beispielhaft von Regionalismus und ständischem Wesen als Grundthemen europäischer Geschichte, wie es Dietrich Gerhard in der Überschrift seines berühmten Aufsatzes von 1952 ausdrückte⁵. D. h.: Vor den revolutionären Umbrüchen des späten 18. und 19. Jahrhunderts war die Gesellschaft ständisch organisiert, und der Bezugspunkt des Denken und Handelns waren vorrangig die Regionen, die kleinen landschaftlichen Einheiten, wie sie sich in Brandenburg infolge der deutschen Ostsiedlung im hohen und späten Mittelalter ausbildeten. In erster Linie in ihrem Rahmen, nicht in dem des großen fürstlichen Landesstaates, geschweige denn in dem einer weitausgreifenden monarchischen Staatenunion, fanden die einzelnen Stände ihr Wirkungsfeld. Hier gestalteten Adel, Bürgertum und Bauerntum ihr Dasein, sicherlich unter dem Einfluss und unter Einwirkung des Fürsten, aber eben unter beständigem Beharren auf ihrer Eigenständigkeit und unter Abwehr der ihre Autonomie aushöhlenden Politik der Zentrale. „Landschaftliche Zusammengehörigkeit und das Bewusstsein besonderer Standesüberlieferung“⁶ waren jahrhundertlang die mächtigen Kräfte, die die Welt Alteuropae und der Mark Brandenburg bestimmten.

Nachdrücklich und überzeugend hat Enders dabei herausgestellt, dass die Historiographie des ständischen Regionalismus sich nicht auf die oberen Stände beschränken darf. Denn die städtischen Bürgerschaften und die dörflichen Gemeinden waren nicht bloße Objekte

5 Dietrich Gerhard, *Regionalismus und ständisches Wesen als ein Grundthema europäischer Geschichte*, in: *Historische Zeitschrift* 174 / 1952, S. 307-337, wiederabgedruckt in: *Herrschaft und Staat im Mittelalter*, hrsg.v. Kehlmut Kämpf (*Wege der Forschung*, Bd. II), Darmstadt 1956, Ndr. 1974, S. 332-364).

6 Gerhard (wie Anm. 4), S. 309 bzw. S. 334.

des historischen Prozesses, sie waren, wie mit unendlich vielen anschaulichen Vorgängen verdeutlicht wird, sehr aktiv in ihn verwickelt. Bürger und Bauern haben um ihre Rechte, deren Bewahrung und Ausbau, gerungen, haben ihre Position gegenüber den Ausgriffen des Kurfürsten wie des Adels in zähem Kampf zu bewahren gesucht, waren eigene und eigensinnige Kräfte in der ständischen Gesellschaft. Und so erfreut sich der Leser an den farbigen Schilderungen davon, wie die Bauern durch zähen Einsatz von Rechtsmitteln, durch Widerborstigkeit und mit Ausdauer der Gutsherrschaft und der von ihr geforderten Abgabenlast widerstrebten oder wie die Städte ihre Rechte und Privilegien, die mit ihrer Mediat- oder Immediatstellung verbunden waren, mit Geschick auszuweiten oder deren Minderung zu verhindern trachteten. Dabei wäre es verkehrt zu behaupten, Enders habe den in der Geschichtswissenschaft lange Zeit vorherrschenden Blick „von oben“, aus der herrschaftlichen, landesherrlichen Perspektive, durch den „von unten“ ersetzt. Es geht ihr darum, durch eine Fülle von Beispielen zu belegen, dass einzelne Gemeinschaften oder einzelne Personen in ihrem regionalen Umfeld eigenständig wirkten und ihre Position aus eigener Kraft heraus zu bewahren oder mit eigenen Initiativen zu stärken trachteten, dass sie nicht bloß willige Empfänger von herrschaftlichen Beschlüssen und Maßnahmen waren, dass beispielsweise Bauern und Gewerbetreibende mit ihrem über die Jahrhunderte hinweg bewahrten Widerstandswillen und Gerechtigkeits-sinn, mit ihren Aktionen und Haltungen den Verlauf der Geschichte wesentlich mitbestimmt haben⁷. „Forschungsleitendes Grundanliegen ist“, wie Enders programmatisch schreibt, „das Erkunden von Beharrung und Wandel in der Geschichte einer Gesellschaft, der Träger, Triebkräfte und Motive von Dynamik, Stagnation und Rückwärtsge-wandtem in einem historischen Raum. Dabei geht es mir um die jeweilige Gesellschaft in ihrer Ganzheit wie ihrer internen Differenziertheit und die vielfältigen Wechselbe-ziehungen aller sozialen Gruppen und Schichten, um das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von Herr-schaft und Selbstbestimmung“⁸.

Mit der Trias von Uckermark, Prignitz und Altmark hat Enders ein landesgeschichtliches Werk vorgelegt, dem man guten Gewissens Vorbildlichkeit einräumen darf. Sie hat die Aufgabe, die dem Zweig Landesgeschichte der historischen Wissenschaft eigentlich zuge-dacht ist, ernst genommen und, konzentriert nicht auf das fürstliche Terri-

torium, sondern auf das ständisch geprägte Land, dessen eigenständige Entwicklung und dessen eigentümliche Verfassung sie herausgearbeitet hat. Zugute ist ihr dabei gekommen, dass sie ihren Urteilshorizont durch den vergleichenden Blick in andere, benachbarte Regionen erweitert und dadurch Gemeinsamkeit und Unterschiede zu erkennen vermocht hat. In ihren wissenschaftlichen Untersuchungen ist sie sich schließlich immer ihrer Ver-pflichtung gegenüber ihrem Publikum bewusst geblieben. Ein Landeshistoriker weiß, dass er sich den Menschen, die er über die Vergangenheit ihrer Heimat und die histo-rischen Wurzeln ihrer lokalen Umwelt unterrichten will, verständlich machen muss und nicht in akademische Glasperlenspiele und in einen universitären Fachjargon von Eingeweihten verfallen darf. Nichts steht unserer Autorin ferner als die heutzutage in vielen historischen Studien gängige, von angeblichem Theoriebewusstsein gespeiste aufgeblasene Begrifflichkeit, mit der einfache Sachverhalte eher verschleiert als erhellt werden. Der Enderssche Hunger nach konkreter Wirklichkeit erschöpft sich dabei wahrlich nicht in Faktenhuberei, sondern die Historikerin verbindet die anschauliche Beschreibung zurückliegender Vorgänge und Zustände mit einer ein-dringlichen, von überlegten Fragestellungen geleiteten historischen Interpretationen, leitet die Abstraktion aus genauer Kenntnis des Konkreten ab. Durch die Einord-nung des berichteten Einzelfalles in größere Zusammen-hänge, in langfristige Tendenzen begreift der Leser die Ursachen und Folgen der einzelnen historischen Abläufe. Wenn wir uns um die Förderung der Geschichtsarbeit im lokalen Rahmen bemühen, wenn wir die Ortschronisten zu eingehenden Studien anregen, kann man ihnen nicht oft genug die Endersschen Werke empfehlen. Denn sie liefern ihnen gewissermaßen einen Leitfaden, eine reich-haltige Ansammlung von thematischen Fragestellungen, die die Landesgeschichtsforschung aufgreift, und von historischem Problembewusstsein, das es zu entwickeln gilt, wenn man nicht bloß beziehungslos Fakten anein-ander reihen, sondern nachvollziehen will, warum eine Gemeinde, eine Stadt, eine Landschaft über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg so geworden ist, wie sie sich in ihrer Gegenwart darstellt.

Im letzten Absatz der Endersschen Altmark, nach 1 300 Seiten Darstellung, lesen wir: „Die Geschichte der Alt-mark ist keineswegs erschöpfend erforscht und darge-stellt. ... [Es] liegt auch zur Periode der Frühneuzeit noch reicher Quellenstoff in den Archiven, die der Erschließung und Auswertung harrt und zur Vertiefung bereits gewon-nener Erkenntnisse wie zur Entdeckung neuer Details und Facetten in Breite und Fülle des gesellschaftlichen

⁷ Enders: *Uckermark* (wie Anm. 2), S. 644.

⁸ Enders: *Prignitz* (wie Anm. 2), S. 27; *übereinstimmend dies.: Altmark* (wie Anm. 2), S. 26.

Lebens führt. Voraussetzung ist allerdings, offen für alle denkbaren Themen und unvoreingenommen Quellenstoff zu erfassen, zu analysieren und zu interpretieren, um der historischen Wirklichkeit gerecht zu werden⁹. Wir freuen uns darüber, dass Enders uns brandenburgische, kurmärkische Landschaften in ihren Lebenswelten so eindringlich vor Augen geführt hat, und sind zugleich froh darüber, dass sie uns Nachfolgende dazu ermuntert, ihren Anstoß auf unsere eigene Weise aufzunehmen und fortzuführen. So beeindruckt man sich vor ihrer Leistung verneigt: Weiterhin den Brandenburgern die vergangenen Lebenswelten ihrer Region mit unbekanntem Seiten aufzudecken, dazu ist noch genügend Stoff vorhanden, den auch Lieselott Enders hat unbeachtet lassen müssen und der jetzt unserer Entdeckung harrt. Ihr können die Fachkollegen, wie sie wiederholt geäußert hat, keine größere Freude bereiten als dadurch, dass sie andere historische Landschaften Brandenburgs eingehend untersuchen und darstellen, in der Hoffnung, so eines ferneren Tages eine brandenburgische Landesgeschichte zu erhalten, die auf der umfassenden Berücksichtigung aller Regionen des Landes aufbaut. Wie Enders überzeugend dargelegt hat, „erwachsen jeder historischen Teilregion eines Territorialstaates Individualität und Identität, die wie, die die Erfahrung mit der Geschichte der Uckermark und der Prignitz zeigt, in allen Teilregionen zu erforschen lohnt, um der Geschichte des ganzen Territoriums und der sie gestaltenden Kräfte neue Erkenntnisse abzugewinnen“¹⁰. Die Mark Brandenburg war – ebenso wenig wie das heutige Land Brandenburg – eine in sich homogene Einheit, sondern setzte sich aus gewachsenen, durch eigene Besonderheiten ausgezeichneten Landschaften zusammen – diesen grundlegenden Tatbestand in der Fachwelt wie auch gerade in einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen, verdient in unserer Gegenwart weiterhin alle Anstrengung

Das Evangelische Pfarrerbuch für die Mark Brandenburg als digitale Ausgabe

Von Uwe Czubatynski

Mitten im Krieg, nämlich 1941, erschien in Berlin ein „Evangelisches Pfarrerbuch für die Mark Brandenburg seit der Reformation“, bearbeitet von Otto Fischer. Das in drei Bänden erschienene Werk umfasst in getrennter Zählung insgesamt 1.395 Seiten. Den Zeitumständen entsprechend sind diese Bände auf sehr schlechtem Papier gedruckt, das inzwischen verbräunt ist und einer häufigen Nutzung kaum noch standhält. Zudem ist das Werk nur sehr selten in antiquarischen Angeboten zu finden. Diese Umstände haben das Domstiftsarchiv Brandenburg in Absprache mit dem Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin dazu veranlasst, diesen als Nachschlagewerk unentbehrlichen Titel digitalisieren zu lassen. Die Ende 2008 fertiggestellte DVD trägt daher nicht nur zum Bestandsschutz bei, sondern ermöglicht auch einem größeren Interessentenkreis, sich intensiver als bisher mit dem Pfarrerbuch zu beschäftigen.

Auf den ersten Blick mag die Arbeit von Otto Fischer als ein Anachronismus erscheinen. Sie entstand in einer Zeit, als die evangelische Kirche durch den sogenannten Kirchenkampf um die rechte Verkündigung tief gespalten war und die antichristliche Einstellung des nationalsozialistischen Staates immer deutlicher zutage trat. Überdies waren seit 1939 auch zahlreiche Pfarrer zum Wehrdienst eingezogen worden, sodass das kirchliche Leben in Stadt und Land nur noch mit großer Mühe aufrecht erhalten werden konnte. Nur die im Dritten Reich aus höchst zweifelhaften Gründen intensiverte Familienforschung kam dem Unternehmen entgegen.

Auf den zweiten Blick muss das Erscheinen dieses Pfarrerbuches jedoch als großer Glücksfall bewertet werden. Nur kurze Zeit später wäre wegen des Papiermangels der Druck dieses umfangreichen Werkes mit ziemlicher Sicherheit nicht mehr möglich gewesen. Otto Fischer war es offensichtlich gelungen, die schier unendliche Stoffmasse trotz mangelhafter Zuarbeiten aus den Kirchengemeinden mit zäher Energie zu bändigen und das Projekt zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen. Welche enorme Arbeitsleistung dafür notwendig war, wird derjenige am ehesten ermessen können, der selbst versucht hat, biographische Daten aus den einschlägigen Quellen zu sammeln.

Adolf Otto Fischer, am 19. Oktober 1869 als Sohn eines Pfarrers in Triebel (Neumark) geboren, hat seine gesamte

⁹ Enders: Prignitz (wie Anm. 2), S. 27; übereinstimmend dies.: Altmark (wie Anm. 2), S. 26.

¹⁰ Enders: Prignitz (wie Anm. 2), S. 28.

Amtszeit als Pfarrer in Berlin (seit 1905 in Berlin-Neukölln) verbracht und wurde zum 1. Juli 1931 emeritiert. Sein Todesdatum ist aus der Literatur bis heute nicht zu ermitteln, da er trotz seiner Lebensleistung mit keinem Nachruf, geschweige denn mit einer eingehenden Darstellung gewürdigt worden ist. Bei seiner auf privater Initiative beruhenden Arbeit für das Pfarrerbuch konnte er sich immerhin auf eine alte Tradition stützen, da in dem Bewusstsein der besonderen sozialen Stellung der Pastoren erste kleine Abhandlungen zum Thema bereits im 18. Jahrhundert erschienen sind. Auch hat Fischer sicher noch etliche archivalische Quellen verwenden können, die dem 2. Weltkrieg zum Opfer gefallen sind.

Band 1 des Pfarrerbuches enthält ein Verzeichnis der einzelnen Pfarrstellen, das nach den damaligen Kirchenkreisen geordnet und zusätzlich durch ein Ortsregister erschlossen ist. Für jede einzelne Pfarrstelle sind in chronologischer Folge die Amtsinhaber mit Namen genannt. Zahlreiche Lücken in der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg sind verständlicherweise der schlechten Quellenlage geschuldet. Dieser Teil des Pfarrerbuches ist in erster Linie ein wichtiges Hilfsmittel, um die Struktur der kirchlichen Verwaltung zu überschauen. Es umfasst selbstverständlich die gesamte Mark Brandenburg in ihrem nach 1815 definierten Umfang, also auch sämtliche Pfarrorte der Neumark. Diese kurze Übersicht ist besonders dann von Nutzen, wenn bei der Beschäftigung mit den Kirchenbüchern oder Akten der Pfarrarchive eine Orientierung über die handelnden Personen notwendig ist. Band 2, ursprünglich in zwei Teilbänden gedruckt, enthält laut Vorwort die Kurzbiographien von mehr als 18.000 in Berlin und Brandenburg tätigen Pfarrern sowie ein Register der Familiennamen. Es versteht sich von selbst, dass dieses Material insbesondere für genealogische Forschungen von herausragendem Wert ist.

Die Digitalisierung, ausgeführt von den Diakonie-Werkstätten des Oberlinhauses in Potsdam, hatte die Erzeugung von PDF-Dateien zum Ziel, da die notwendigen Software inzwischen sehr weit verbreitet ist und nach dem heutigen Kenntnisstand als offengelegtes Dateiformat gute Voraussetzungen für die Langzeitarchivierung der digitalen Daten bietet. Das Digitalisat ist von hoher Qualität, sodass die Ausdrücke praktisch einem herkömmlichen Reprint entsprechen. Es unterscheidet sich damit wohltuend von manchen im Massenverfahren digitalisierten Büchern, die durch zahlreiche Schmutzpartikel verunziert sind, eine geringe Auflösung haben oder schiefe Seiten aufweisen. Zu betonen ist allerdings, dass das Pfarrerbuch nur in Form von Bilddateien digitalisiert worden ist und daher

keine Suchfunktionen innerhalb des Textes möglich sind. Da das gesamte Werk in Frakturschrift gedruckt ist, hätte die automatische Texterkennung (OCR-Verfahren) einen hohen zusätzlichen Aufwand bedeutet. Dieser Nachteil fehlender Recherchemöglichkeiten konnte aber ohne weiteres in Kauf genommen werden, weil es sich bei der Vorlage um ein strukturiertes Nachschlagewerk handelt.

Auf der DVD befinden sich drei Ordner, von denen die ersten beiden die Digitalisate der einzelnen Seiten enthalten, während der dritte Ordner das Gesamtwerk in einer einzigen Datei umfasst. Diese doppelte Ausgabe wurde angefertigt, um einerseits im Pfarrerbuch fortlaufend „blättern“ und lesen zu können, andererseits aber auch zu Auskunftszwecken einzelne Seiten per E-Mail versenden zu können. Durch einen in der Fußzeile eingefügten Copyright-Vermerk „Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz“ wird auf den Rechtsnachfolger des Herausgebers von 1941 (Brandenburgischer Provinzialsynodalverband) hingewiesen.

Fischer, Otto: Evangelisches Pfarrerbuch für die Mark Brandenburg. Berlin 1941. Digitalisierte Ausgabe, hrsg. von Uwe Czubatynski. Brandenburg 2008. 1 DVD [PDF-Dateien Version 1.4 in 3 Ordnern: Band 1 = 302 MB mit 329 Dateien Einzelseiten; Band 2 = 805 MB mit 1.074 Dateien Einzelseiten; Gesamtausgabe = 229 MB mit 1 Datei]

Preis: 20,00 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten.

Bestellungen an:

Domstiftsarchiv, Burghof 10, 14776 Brandenburg

Tel. 03381 2112215; E-Mail: archiv@dom-brandenburg.de

15 Jahre danach – Kreis- und Gemeindegebietsreform in Brandenburg. Erfahrungen aus der Sicht der Kreisarchive

Von Brigitta Heine

Als der Landtag des Landes Brandenburg Ende 1992 das Kreis- und Gerichtsneugliederungsgesetz verabschiedete, war abzusehen, dass diese Reform der kommunalen Verwaltung des Landes Brandenburg Veränderungen in der Organisation und Zuständigkeit der kommunalen Archivlandschaft mit sich bringen wird. Viele Kreisarchive machten sich damals nicht nur Gedanken um ihre weitere Entwicklung, sondern grundsätzlich auch um den Bestand ihrer Einrichtung. Ein Archivgesetz gab es noch nicht. Es existierten keine Archivberatungsstelle und kaum Einrichtungen mit Erfahrungen bei der Zusammenführung von ganzen Archiven. Man war, bis auf den Austausch untereinander, auf sich gestellt. Es wurden in dieser Zeit viele Entwicklungskonzepte entworfen und fast genauso viele verworfen.

Im Zuge der Kreisgebietsreform bildeten sich letztendlich nicht nur aus 38 Kreisen 14 sogenannte Großkreise, sondern auch von den 38 Kreisarchiven blieben im Laufe der Zeit schließlich nur noch 14 übrig. In fast allen neuen kreislichen Verwaltungen war es anfangs schwierig sich zusammenzufinden, das galt auch für die Kreisarchive. Diese haben sich aber in den letzten 15 Jahren, trotz aller Schwierigkeiten, zu einem festen Bestandteil der brandenburgischen Archivlandschaft entwickelt, wenn auch teilweise unterschiedlich in der öffentlichen Wahrnehmung.

Vor 11 Jahren, auf dem 1. Brandenburgischen Archivtag 1997, referierte ich das erste Mal über die Entwicklung der Kreisarchive des Landes Brandenburg nach der Kreisgebietsreform im Jahre 1993. Die dafür notwendigen Daten und Fakten zur Ausgangsposition der Archive vor der Reform und zum Ist-Zustand wurden mittels Fragebogen erhoben. Anlässlich des 72. Bundesdeutschen Archivtages in Cottbus 2001 informierten sich Frau Aurich und ich persönlich vor Ort über den damaligen Stand und berichteten darüber in der Sondernummer der „Brandenburgischen Archive. Mitteilungen aus dem Archivwesen des Landes Brandenburg.“ 15 Jahre nach der Kreisneugliederung werde ich nachfolgend versuchen, sowohl die derzeitige Situation in den Kreisarchiven zu beschreiben (Stand Ende 2007) als auch ihre Fortentwicklung nach 1993 aufzuzeigen.

Um etwas über den momentanen Zustand unserer 14 Kreisarchive sagen zu können, benötigte ich nicht unwesentlich wenige Informationen zu den einzelnen Einrichtungen. Die Archive bzw. die Landesfachstelle stellten mir dankenswerterweise die Ergebnisse der erstmals Anfang 2008 initiierten Archivstatistik für das Jahr 2007 zur Verfügung. Zusätzlich formulierte ich noch Fragen, um deren Beantwortung ich die Kolleg(innen)en bat. Ich danke an dieser Stelle allen 14 Kreisarchiven, die mich in nun schon gewohnter Art und Weise schnell und unbürokratisch unterstützten.



Die Kreisarchive im „Brandenburgischen Archivportal“ auf der Internetseite des Brandenburgischen Landeshauptarchivs
<http://www.landeshauptarchiv-brandenburg.de/netCmsFrames.aspx?PageID=58&NavIndex=04.02>

Ähnlich wie bereits 1997 und 2001 nahm ich die Auswertung der aktuellen Daten (Stand Ende 2007) nach den Gliederungspunkten

- Allgemeines (Archivsatzung / Organisatorische Unterstellung),
- Personal,
- Gebäude / Ausstattung,
- Archivbestand / Archivspezifische Ausgaben,
- Benutzung / Öffentlichkeitsarbeit und
- Zwischenarchiv

vor. Meine Ausführungen folgen deshalb diesem Schema.

Allgemeines (Organisatorische Unterstellung / Archivsatzung)

1997 waren vier Kreisarchive und 2001 noch zwei eigenständige Sachgebiete. Heute obliegt in drei brandenburgischen Landkreisen die Verwaltung von Archivgut eigenständigen Organisationseinheiten (Sachgebiete, Fachdienste). Die Archive in den elf anderen Kreisen sind Aufgabengruppen oder Sachbearbeiterstellen innerhalb eines Amtes bzw. Fachbereiches oder Sachgebietes. Fast 80%, nämlich elf Einrichtungen, gehören strukturell zu den allgemeinen Servicebereichen und damit zwei mehr

als 1997 und eine mehr als 2001. Das ist sicher nicht nur der Tatsache geschuldet, dass kaum noch eigene Kulturverwaltungen in den Kreisen existieren, sondern rührt auch daher, dass alle Kreisarchive zentrale Registraturen für das nicht mehr ständig für die laufende Aufgabenerledigung benötigte Schriftgut ihres Archivträgers führen. Die Behörden nehmen ihre Archive deswegen vorrangig als innerbetriebliche Dienstleister wahr. Von den übrigen drei Einrichtungen sind heute noch zwei vorhandenen Struktureinheiten für kulturelle Fragen zugeordnet, eine weitere beim Büro Landrat angesiedelt.

Leider haben bis dato nur 11 Landkreise Archivsatzungen erlassen. Davon sind zwei bereits aus der Zeit vor der Inkraftsetzung des Brandenburgischen Archivgesetzes vom 07.04.1994. In einem Landkreis liegt ein Satzungsentwurf vor. Gemäß § 16 des Brandenburgischen Archivgesetzes haben die Gemeindeverbände Archivordnungen durch Satzungen zu erlassen. Gerade dort kann nochmals eindeutig und verbindlich die Stellung des Archivs als öffentliche Einrichtung und seine Aufgaben festgeschrieben werden.

Personal

Die Archivstatistik 2007 erfragte u. a. neben der Zahl der Beschäftigten auch die Anzahl der Stellen laut Stellenplan. Den Kreisarchiven standen demnach zwischen zwei und neun, insgesamt 57,5 Planstellen zur Verfügung. Beschäftigt wurden allerdings 64 Personen, vier davon im Rahmen einer MAE-Maßnahme. Eine Anstellung in den Kreisarchiven hatten per 31.12.2007:

- acht Archivar(innen)e des gehobenen Dienstes (Dipl. Archivare/FH, Archivare mit Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst),
- 19 Archivassistent(innen)en oder Fachangestellte für Medien und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv (FAMI),
- zwei Mitarbeiter(innen) mit sonstiger Archivausbildung (Fernweiterbildung Fachhochschule Potsdam ohne Diplom, Ausbildung ohne anerkannten Abschluss),
- fünf Arbeitnehmer(innen) mit verwandter Fachausbildung (darunter Bibliothekare, Museologe, FAMI-Bibliothek),
- 17 Personen mit ausschließlich Verwaltungsausbildung,
- vier Auszubildende und
- vier Mitarbeiter(innen) aus Förderprogrammen (nur in einem Archiv).

Von den 60 Beschäftigten (ohne Fördermaßnahmen) verfügen 29 über eine archivische Ausbildung, also ungefähr

die Hälfte. Diese sind in 13 der 14 Kreisarchive tätig. Eine Einrichtung muss ohne archivfachlich qualifiziertes Personal auskommen. Der Ausbildungsgrad schwankt in den anderen zwischen 20 und 100 %, im Durchschnitt liegt er bei 52,7%. Archivar(innen)e des höheren Dienstes sucht man vergeblich in Brandenburger Kreisarchiven. Bedauerlicherweise verteilen sich die acht Archivar(innen)e mit Fachhochschulabschluss auf nur sechs Archive. In acht Einrichtungen (ca. 60%) ist folglich kein Archivpersonal im gehobenen Dienst tätig, obwohl die Quantität und die Qualität der archivischen Aufgaben, die das Brandenburgische Landesarchivgesetz auch den kommunalen Einrichtungen zuweist, dies voraussetzen. Die Verwaltung unterschiedlichster Archivbestände, insbesondere die Feststellung von Archivgut, also die Bewertung, bedarf des Fachverständes ausgebildeter Archivar(innen)e. Gleiches gilt auch für die Auswertung von Archivgut und die Leistung eigener Beiträge zur Orts- und Heimatgeschichte (§ 3 Abs. 4 BbgArchivG). Die 19 Archivassistent(innen)en oder FAMIs der Fachrichtung Archiv sind in elf Kreisarchiven angestellt. Fast alle, genau fünf von sechs Einrichtungen mit Fachpersonal im gehobenen Dienst, beschäftigen auch Personal im mittleren Dienst. Die fachliche Qualifikation aller Angestellten ist erfreulicherweise zwischen 1997 und 2007 von 37% auf 48,3% gestiegen. Die berufsbegleitende Ausbildung von Fachangestellten für Medien und Informationsdienste führte zu mehr Mitarbeiter(innen)n mit einer Archivausbildung im mittleren Dienst.

Einige Kolleg(innen)en mit archivischem Berufsabschluss haben zusätzlich eine Verwaltungsweiterbildung (Verwaltungsfachwirt, Angestelltenlehrgänge A1, A2) absolviert. Vergleicht man nun die Zahlen der festangestellten Beschäftigten seit 1997, ergibt sich folgendes Bild:

	1997	2001	2007
Zahl der festangestellten Beschäftigten insgesamt	67,5	64	60
Zahl der Beschäftigten mit archivischer Bildung insgesamt	25	24	29
Archivare im gehobenen Dienst	11	10	8
Archivausbildung mittlerer Dienst	14	14	19
Sonstige Archivausbildung			2
Verwandte Fachausbildung	3	3	5

Archivfachliche Weiterbildung bietet neben dem Verein deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. und seinen Landesverbänden mit den Archivtagen, der Bundeskonferenz für Kommunalarchive (BKK) und anderen Bildungsträgern natürlich auch die Landesfachstelle für Archive

und öffentliche Bibliotheken an. Sie organisiert außerdem regelmäßig die Tagungen der Kreisarchive und Archive der kreisfreien Städte. Leider wird in diesem Rahmen manchmal zu langsam auf aktuelle Probleme der Kreisarchive reagiert. Oft kamen in der Vergangenheit unsere speziellen Themen erst auf die Tagesordnung, wenn die Kolleg(innen)en schon mitten in deren Lösung steckten (AROV, Produktbeschreibung, Kennzahlenerfassung etc.) 11 Kreisarchive wünschen sich gewiss auch deshalb mehr Kooperation untereinander.

Gebäude / Ausstattung

Die 14 Kreisarchive verwalten ihre Bestände Ende 2007 an 24 Standorten, sieben haben alle Unterlagen an einem zentralisiert. Die Gesamtmagazinfläche aller Einrichtungen beträgt 9.767 qm. Durchschnittlich sind die Magazine zu 84,4% ausgelastet, im Einzelnen zwischen 70 und 100%.

	1997	2001	2007
Anzahl der Archivstandorte	38	22	24
Magazinfläche in qm	7.429	9.404	9.767

In Brandenburger Kreisarchiven herrscht akuter Platzmangel, obgleich seit der Kreisgebietsreform alle Kreisarchive bereits neue oder zusätzliche Räume erhalten haben, sich die Archivstandorte von 38 auf 24 verringerten und die Magazinfläche um 2.338 qm erhöhte. Darum planen vier Kreise Erweiterungen oder Erneuerungen der Archivräumlichkeiten.

Informationsverarbeitende Technik hat in allen Kreisarchiven Einzug gehalten, spezielle Archivsoftware nutzen zehn. Darüber hinaus werden in sieben Einrichtungen andere Computerprogramme archivspezifisch eingesetzt. Insgesamt bedienen sich 13 Archive der elektronischen Datenverarbeitung für fachliche Zwecke (vorrangig Erschließung). Dafür stehen in 12 Institutionen 58 Rechner zur Verfügung. Benutzerarbeitsplätze mit Archiv- bzw. archivspezifisch genutzter Software haben bereits fünf Kreisarchive eingerichtet. Sechs präsentieren sich im Internet, jedoch ausschließlich auf den Seiten ihres Archivträgers, also den offiziellen Landkreishomepages. Die IT-Ausstattung und die allgemeine Technikausstattung haben sich seit 1997 erheblich verbessert.

Archivbestände

Heute werden in den Archiven exakt 18.842 laufende Meter Akten und Amtsbücher verwaltet, allerdings in sehr unterschiedlichem Umfang. Von den 14 Kreisarchiven haben eins unter 100 laufende Meter, drei zwischen 500 und 1.000 laufende Meter, sechs zwischen 1.000 und 1.600 laufende Meter und vier 2.000 laufende Meter Archivakten und mehr in ihrer Obhut. Ich hoffe, dass diese große Differenz nicht auf eine mangelnde Bewertung oder ein unzureichendes Verständnis der Archivaliendefinition zurückzuführen ist. Alle Einrichtungen verwahren Archivgut kreisangehöriger Kommunen, fünf auch welches nach 1990. Archivgut ehemaliger Kreisstädte bis 1990 findet sich in elf Institutionen.

	1997	2001	2007
Umfang des verwalteten Archivgutes insgesamt (in lfm) ¹	22.472	20.200	18.842

Der Umfang der Archivbestände ist regressiv. Heute befinden sich in Brandenburger Kreisarchiven 3.630 laufende Meter weniger als bei der ersten Erhebung. Die Archivstatistik 2007 erfasste Akten und Amtsbücher von den restlichen Archivalien (Sammlungsgut) getrennt. Die eindeutigere Zuordnung von Archiv- und Registraturgut sowie eine einheitliche Messweise führten wahrscheinlich zu diesem „Archivalienrückgang“.

Der Stand der Erschließung der Archivbestände stellt sich quantitativ sehr differenziert dar. Demnach sind sie in einem Archiv zu 100%, in neun zwischen 50 und 100% und in drei zwischen 3 bis 50% erschlossen.

	1997	2001	2007
Erschließungsstand insgesamt (in %)	59,4	58,2	68,4

Die Qualität der Erschließung ist aufgrund einfacher statistischer Erhebungen nicht beurteilbar.

Aussagen zur Verzeichnungsintensität können nicht getroffen werden. Für Recherchen stehen überall mehr oder weniger komfortable und umfangreiche Datenbanken zur Verfügung. In mindestens drei Einrichtungen befinden sie sich aber erst im Aufbau. Darüber hinaus liegen in fast allen Kreisarchiven Findkarteien und -listen vor, in sechs auch Findbücher. Eine genaue Übersicht, wie viele Kreisarchive welche Art der Findmittel führen, ist der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

¹ Archivgut hier nur Amtsbücher und Akten

	1997	2001	2007
Anzahl der Archive mit Dateien / Datenbänke	6	5	11
Anzahl der Archive mit Karteien	11	14	13
Anzahl der Archive mit Findlisten	12	12	12
Anzahl der Archive mit Findbüchern	1	6	6

Gemäß den Angaben der Archivstatistik 2007 liegen in drei Archiven 86 Urkunden und in 12 um die 8.000 (7.965) Karten und Pläne. Die größte Fotosammlung eines brandenburgischen Kreisarchivs umfasst annähernd 11.720 Fotos, zuzüglich 1.613 Dias und 4.577 Postkarten. Zusammen verfügen sieben Archive über ca. 26.500 Fotos und sechs über ungefähr 21.800 Plakate, davon verwaltet ein Landkreis allein 20.000. 13 der 14 kreislichen Archive führen Bibliotheken mit 700 bis 9.830 Bänden, zusammen ca. 36.750 Bände zuzüglich knapp 1.000 laufende Meter Medien.

2007 gaben sechs Brandenburger Landkreise zwischen 100 € und ca. 7.500 € (insgesamt an die 18.900 €) für die aktive Bestandserhaltung ihrer Archivbestände (Restaurierungen, Reparaturen von Bucheinbänden etc.) aus. Im gleichen Zeitraum wurden für die sogenannte passive Bestandserhaltung (Verpackung etc.) in zehn Einrichtungen um die 56.200 € aufgewendet, dabei lag die höchste Summe bei 20.000 €. Finanzielle Mittel für die Verfilmung und die Digitalisierung in Höhe von ca. 31.700 € erhielten im letzten Haushaltsjahr fünf Kreisarchive. Archivalien, Bücher bzw. Veröffentlichungen jeglicher Art erwarben sieben Einrichtungen für mehr als 15.800 €.

Benutzung / Öffentlichkeitsarbeit

Die größten Schwierigkeiten und meisten Nachfragen verursachten auch bei der aktuellen Erhebung die Benutzungsdaten. Scheinbar war auch diesmal nicht immer klar, was unter „persönlichem Benutzer“ und „Benutzungstag“ zu verstehen ist. Die Anzahl der persönlichen Benutzer, also der Personen, die einen Benutzungsantrag stellten und Archivalien vor Ort einsahen, belief sich absolut auf 842. Leider machten zwei Einrichtungen dazu keine Angaben. 13 der 14 Brandenburger Kreisarchive hatten 2007 zwischen 15 und 513 Benutzungstage zu verzeichnen, zusammen 2.346. Die Archive öffneten wöchentlich 11 bis 30 Stunden für Interessenten. Außerdem waren 2007 durchschnittlich 866 Anfragen pro Archiv zu beantworten, im Ganzen 12.128.

	1997 ²	2001 ³	2007 ⁴
Anzahl persönlicher Benutzer insgesamt	4.213	2.523	842
Anzahl persönlicher Benutzer pro Archiv	324,1	229,4	70,2
Anzahl Benutzungstage insgesamt	14.015	8.034	2.346
Anzahl Benutzungstage pro Archiv	1.078,1	730,4	180,5

Auch die Anzahl der persönlichen Benutzer und der Benutzungstage ist seit 1997 weniger geworden. Hatten die Archive im Durchschnitt 1997 noch 324 Benutzer, sank ihre Zahl 2001 auf 229 und 2007 auf 70. Die Benutzungstage pro Archiv gingen von 1.078 auf 180,5 zurück. Sicherlich ist die hoffentlich nun gleichartigere Zählweise auch ein Grund für die Abnahme der absoluten Zahlen. Die Möglichkeiten der Benutzung von Archivunterlagen der Öffentlichkeit bewusster zu machen, sollte in den nächsten Jahren eine der wichtigsten Aufgaben der Kreisarchive werden. Es gibt viele Menschen in unserer Region, die historisch interessiert sind. Wir müssen versuchen, deren Schwellenängste zu beseitigen und sie zu animieren, bei uns einen Teil ihrer Freizeit zu verbringen. Dazu sind wahrscheinlich die Öffnungszeiten flexibler auf die Wünsche der Bürger abzustimmen, handhabbarere Findhilfsmittel vorzuhalten und im Allgemeinen die Benutzung attraktiver zu gestalten (Kundenorientierung). Die Ausrede, dass unsere Bestände nicht so alt und aussagekräftig seien, zählt nicht. Ortsgeschichtliche Forschungen sind z. B. für die Zeit nach 1945 ohne die Kreisbestände gar nicht möglich. Wir sollten um potentielle Benutzer werben, denn nicht nur theoretisches Ziel aller unserer Arbeiten ist es doch, die Archivalien nutzbar zu machen und für eine Benutzung bereitzustellen.

Die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit lässt sich schwer nachvollziehen. Im Gegensatz zur neusten Erhebung wurde 1997 und 2001 nicht nur die Anzahl eigener Ausstellungen, sondern auch die der Beteiligungen an selbigen abgefragt. Gleiches galt für Publikationen. 2007 sind von nur drei Kreisarchiven jeweils zwei eigene Ausstellungen gestaltet worden. Die Erarbeitung qualitativ guter Expositionen bedeutet einen ziemlichen Kraftaufwand

- 2 Angaben von 13 Archiven, zwischen Benutzungen und Anfragen im ZWA und Archiv nicht immer klare Trennung.
- 3 Angaben von 11 Archiven, zwischen Benutzungen und Anfragen im ZWA und Archiv nicht immer klare Trennung.
- 4 Angaben von 12 Archiven zu Benutzern und von 13 zu Benutzungen.

für uns und kann mit Sicherheit nicht von jeder Einrichtung, auch aufgrund der Personalausstattung, getragen werden. Daher ist es wichtig, sich an entsprechenden Projekten in der Region zu beteiligen. Ich bin mir sicher, dass die Kolleg(innen)en auch im vergangenen Jahr daran gearbeitet haben. Fünf unserer Archive organisierten 21 Veranstaltungen, vorrangig archivpädagogischer Art (Vorträge, Führungen, Schulprojekte). Selbstständige Publikationen gaben Brandenburger Kreisarchive nicht heraus. Einige Einrichtungen verfassen aber regelmäßig Artikel und Beiträge für periodisch erscheinende regionalgeschichtliche Veröffentlichungen und das ist bei der Fülle ihrer Aufgaben schon bemerkenswert.

Es ist wichtig, der Öffentlichkeitsarbeit zukünftig mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Beteiligen wir uns an den Tagen der Archive, auch wenn es viel Aufwand bedeutet. Versuchen wir doch erster Ansprechpartner für die Ortshistoriker unserer Region zu werden. Trauen wir uns an die Gestaltung kleiner Archivalienausstellung heran!

Zwischenarchiv

Es ist historisch gewachsen, dass alle Kreisarchive auch Zwischenarchive zur Verwahrung des nicht mehr ständig zur laufenden Aufgabenerledigung benötigten Schriftgutes führen, was für die archivische Arbeit auch von Vorteil ist. Die Verwaltungen sehen uns deshalb aber eher als Registratur und nicht als öffentliches Archiv.

Der Umfang der in den Zwischenarchiven 2007 lagernden Akten schwankt von 1.465,65 bis 6.350 laufende Meter. Zu den insgesamt 47.804 laufende Meter kommen noch 550 Karten und Pläne und ca. 670 laufende Meter sonstige Unterlagen hinzu. Das verwaltete Schriftgut hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht.

	1997 ⁵	2001 ⁶	2007 ⁷
Umfang des verwalteten Schriftguts insgesamt (in lfm)	13.175	36.835	47.804

Da die von den aktenführenden Stellen festgelegten Aufbewahrungsfristen meist sehr hoch sind, werden bei weiterem so rasanten Anwachsen des Schriftgutbestandes auch zukünftig Platzprobleme zu bewältigen sein. Von den Anfang der 90er Jahre prognostizierten papierlosen Büros kann in den meisten Kreisverwaltungen absolut nicht die Rede sein.

Die Einsicht in Schriftgut ist natürlich nicht nach dem

⁵ Angaben von zehn Archiven, 70–2.781 lfm.

⁶ Angaben von 12 Archiven, inklusive Sonderregistaturen, 924–6.500 lfm.

⁷ Angaben von allen 14 Archiven, inklusive Sonderregistaturen, 1.465–6.350 lfm.

Brandenburgischen Archivgesetz möglich, sondern kann nur gemäß dem Verwaltungsverfahrensgesetz oder dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz erfolgen. Auch zu diesem Zwecke wurden 2007 ca. 13.200 Akten an die Fachbereiche der Landkreise ausgeliehen. Bestandserhaltung ist in den Zwischenarchiven nicht ein so brisantes Thema. Nur eine Einrichtung hat 1.000 € im vergangenen Jahr für aktive Maßnahmen verauslagt. Dagegen haben sechs Archive primär für die Verpackung ihrer Unterlagen insgesamt 30.400 € ausgegeben.

Sechs Kreisarchive des Landes Brandenburg schätzen selbst ihre Entwicklung nach der Kreisgebietsreform positiv ein. Vier Einrichtungen sind mit der Personalsituation nicht zufrieden (Personalarückgang); von diesen müssen zwei trotz mehrerer Mitarbeiter ohne klare Leitungsstrukturen auskommen. Ein Archiv bemängelt die unzureichende IT-Ausstattung und eins die organisatorische Anbindung innerhalb der Verwaltung. Akute Platzprobleme haben vier, fast alle aber langfristig. Nur ein Kreisarchiv beurteilt die Gesamtentwicklung negativ.

Insgesamt haben sich die materielle und die technische Ausstattung der Brandenburger Kreisarchive verbessert. Alle Einrichtungen konnten nach 1993 vorhandene Räumlichkeiten erweitern oder haben neue Archive bekommen, wenn auch, wie bereits erwähnt, diese eng werden. Das Personal ist weniger geworden, dafür aber prozentual besser ausgebildet. Die Archive und Zwischenarchive der Kreise verwahren zusammen mehr Unterlagen. Sie sind Dienstleister der Verwaltungen. In ihrer Rolle als eine öffentliche Einrichtung müssen die Kreisarchive selbstverständlicher und selbstbewusster aufgehen. Als archivfachlicher Partner der kreisangehörigen Kommunen sollten sie sich noch mehr profilieren. Vor allem hinsichtlich der demografischen Entwicklung in unserem Bundesland bin ich der vollen Überzeugung, dass sich viele kleine Gemeinden oder Ämter auf Dauer keine eigenen Archive gemäß dem Brandenburgischen Archivgesetz leisten können. Bieten wir doch an, kommunales Archivgut fachgerecht in der Region zu verwalten.

Brigitta Heine, Dipl.Archivar (FH)

Postadresse: Landkreis Barnim, Kreisarchiv

Am Markt 1, 16225 Eberswalde

Hausadresse:

Landkreis Barnim, Kreisarchiv

Carl-von-Linde-Straße 8, 16225 Eberwalde

E-Mail: kreisarchiv@kvbamim.de; Internet: www.barnim.de

Öffnungszeiten: Di 9-18 Uhr

Mo, Mi–Fr nach vorheriger Anmeldung

Brandenburgischer Archivpreis 2008 erstmals vergeben

Archivpreis des Verbands Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VDA)-Landesverband
Brandenburg für besondere Leistungen im Bereich der
Bewahrung des historisch-archivischen Erbes

Von Wolfgang Krogel

Auf dem Brandenburgischen Archivtag 2008 wurde erstmals ein Preis für besondere Leistungen im Bereich des Archivwesens im Land Brandenburg vergeben. Mehrere Archive hatten sich beworben. Die Mitgliederversammlung folgte dem Vorschlag des Vorstands, den mit bescheidenen 2.000 Euro dotierten Preis hälftig zu teilen und an die Stadt Falkenberg und den Kirchenkreis Spremberg zu geben.

Der Preis soll alle zwei Jahre an Institutionen vergeben werden, die sich in besonderer Weise im Bereich des Archivwesens ausgezeichnet haben. Für die Preisverleihung kommen insbesondere kleinere Einrichtungen in Betracht, die mit einem vergleichsweise geringen Personal- und Sachmittelaufwand, aber hohem Engagement arbeiten. Die Ausschreibung wurde im Amtsblatt des Landes Brandenburg und im Kirchlichen Amtsblatt veröffentlicht. Bewerben konnten sich die Einrichtungen selbst oder es konnten auch Empfehlungen und Vorschläge eingereicht werden.

Ausschlaggebende qualitative Kriterien für die Verleihung des Archivpreises sind,

- ob es wichtige Übernahmen oder Maßnahmen der Archivgutsicherung durch Ankauf, Rettung vor der Vernichtung oder Bergung im Katastrophenfall gab;
- ob besondere Anstrengungen auf dem Gebiet der Restaurierung oder geeigneten Unterbringung von Archivgut unternommen werden;
- ob die Erschließung und Verzeichnung von Archivbeständen mit erhöhtem Aufwand, z. B. durch Intensiverschließung, Sachinventar oder Quellenedition betrieben werden;
- ob es herausragende Leistungen beim Ausbau des Benutzerservices oder bei der Beteiligung an Ausstellungen und regionalen und örtlichen Forschungen gibt;
- ob besondere Anstrengungen zur Verbesserung der fachlichen Beratung, der Weiterbildung des Personals oder von Nutzern und Ehrenamtlichen

zur Verbesserung des sachgerechten Umgangs mit Archivalien unternommen wurden.

Die Erwartungen müssen immer an der Größe der Einrichtungen und deren Möglichkeiten gemessen werden. Da der Archivpreis sich an kleinere Einrichtungen richtet, dürfen auch die Erwartungen nicht zu hoch geschraubt sein. Vielmehr geht es um Anerkennung und Förderung der Anstrengungen für den Erhalt der Archive. Den Trägerinstitutionen soll der Eindruck vermittelt werden, dass diese Anstrengungen auch öffentlich wahrgenommen werden. Dies ist in beiden Fällen gelungen.

Die Stadt Falkenberg hat sich beworben mit der Restaurierung einer Flurkarte von 1754. Die stark beschädigte Karte enthält wichtige Informationen über Familien-, Flur- und Gewässernamen und ist deshalb von großer ortsgeschichtlicher Bedeutung. Mit der beratenden Unterstützung der Landesfachstelle für Archive und Bibliotheken im Land Brandenburg brachte die Stadt Falkenberg daher die Restaurierung der Karte auf den Weg. Dafür erhielt sie die Auszeichnung verbunden mit der Erwartung, für das Stadtarchiv eine bessere Unterbringung als bisher zu finden. Der Archivpreis wurde vom Vorsitzenden des Landesverbands im Rahmen einer Ratssitzung am 4. Juli 2008 feierlich übergeben.

Das Kirchenkreisarchiv Spremberg-Senfthenberg hat sich um die Sicherung und den Erhalt der Kirchenarchive abgegrößerter Orte im Bereich des Braunkohletagebaus verdient gemacht. Die kleinen Archive gehen in einigen Fällen bis in die Zeit der Reformation zurück. Dies trifft auch auf das Ephoralarchiv Spremberg zu. Deponiert werden auch Archive aus aufgegebenen Pfarrhäusern und fusionierten Gemeinden, soweit sie nicht mehr in den Pfarrämtern belassen werden können. Darunter sind auch wendische Gemeinden. Der wichtigen Sammel- und Erschließungstätigkeit steht allerdings eine prekäre Personalsituation gegenüber, für die Lösungen gesucht werden. Den Preis übergab Dr. Michael Scholz stellvertretend für den Landesverband mit guter regionaler Pressebeteiligung am 31. Oktober 2008, dem Reformationstag, in Spremberg.

Der Archivpreis konnte mit substantiellen Zuschüssen der Neudorfer Pappen- und Kartonagefabrik „Spreemühle“ und der Berliner Volksbank vom Landesverband finanziert werden. Wir möchten alle kleineren Archive ermuntern, sich noch reger als bei dem ersten Durchgang rechtzeitig für die Preisvergabe 2010 an der Ausschreibung des Landesverbands zu beteiligen.

Mein Auslandspraktikum im Stadtarchiv / Stadtmuseum Innsbruck

Von Patrick Krause⁸

Das erste Mal hörte ich vom Leonardo da Vinci Projekt⁹ von Frau Zick, Lehrerin am Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft und Verwaltung in Berlin. Das Projekt der EU, welches für Auszubildende und Studenten Auslandspraktika durch Stipendien finanziert, interessierte mich auf Anhieb. Mit den Vorbereitungen für das bevorstehende Auslandspraktikum begann ich voller Vorfreude im Januar 2008. Es gab viel tun! Nach vielen Recherchen, Bewerbungsschreiben und Telefonaten hatte ich schließlich die Wahl zwischen dem Stadtarchiv Luzern in der Schweiz und dem Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck in Österreich. Meine Entscheidung für Innsbruck fiel vor allem aus dem rein praktischen Grund, dass ich über zwei befreundete Studenten die Möglichkeit erhielt, mich an einer Wohngemeinschaft in Innsbrucks Mitte zu beteiligen.

Ankunft in Innsbruck

Am Samstagabend, dem 20. September, kam ich endlich am Innsbrucker Hauptbahnhof an und wurde von meinen Mitbewohnern herzlich empfangen. Aufgeregt startete ich am Montag zu meinem ersten Arbeitstag im Stadtarchiv. Meine Nervosität legte sich schnell, als ich von Herrn Magister Kubanda, dem Leiter der Bibliothek des Stadtarchivs, freundlich in Empfang genommen wurde. Frau Dr. Zeindl, die mich für die Zeit meines Praktikums betreute, zeigte mir meinen Arbeitsplatz, die Bestände des Stadtarchivs sowie die Archivdatenbank. Später lernte ich Herrn Dr. Morscher, den Leiter des Stadtarchivs/Stadtmuseums, kennen.



Gemälderollregalanlage im Magazinbereich des Stadtarchivs

⁸ P. Krause ist seit dem 1. September 2006 Azubi im BLHA.

⁹ Weitere Informationen: http://www.na-bibb.de/leonardo_da_vinci_3.htm

Stadtarchiv/ Stadtmuseum Innsbruck³

Das Stadtarchiv dokumentiert die Geschichte Innsbrucks von den Anfängen bis in die Gegenwart.

Die älteste städtische Urkunde ist die Bestätigung des Stadtrechts von 1239. Gemälde, Druckgraphik, Plakate, Flugzettel, Pläne, Nachlässe bedeutender Persönlichkeiten, Verordnungen und zahlreiche Sondersammlungen komplettieren die Sammlungstätigkeit des Archivs. Überaus bedeutend ist die Fotosammlung mit etwa 100.000 Aufnahmen.

Die umfangreiche Bibliothek umfasst neben Büchern auch mehrere hundert Zeitschriften und alle bedeutenden regionalen Zeitungen, teilweise bis ins 18. Jahrhundert zurückgehend.

Stadtarchiv/ Stadtmuseum Innsbruck

Badgasse 2, 6010 Innsbruck

Telefon: +43 (0) 512 587380

Telefax: +43 (0) 512 587380-8

E-Mail: post.stadtarchiv@innsbruck.gv.at

Meine Arbeitsaufgabe im Stadtarchiv/Stadtmuseum

In den mir zur Verfügung stehenden acht Wochen Praktikum hatte ich die Aufgabe, den Bestand „Schule“ zu erschließen, zu verzeichnen und einzulagern. Es handelte sich insgesamt um ca. 5,6 laufende Meter Archivgut aller Schulen der Stadt Innsbruck. Von 1914 bis 1938 stammte dieses aus der Provenienz des Stadtschulrates Innsbruck und aus den Jahren 1939 bis 1945 aus der Provenienz des Schul- und Kulturamtes der Abteilung II. Die Bestandslücke von 1919 bis 1932 war anhand des Schriftgutes nicht nachzuvollziehen und konnte auch von den Mitarbeitern des Stadtarchivs nicht geklärt werden.

Ich hatte die Aufgabe, in Form der erweiterten Verzeichnung sowie der Indizierung – Orts-, Person- und Sachindex – den kompletten Bestand zu bearbeiten. Verzeichnet wurde in der Archivdatenbank AUGIAS 8.1.

¹⁰ <http://www.innsbruck.at/io30/browse/Webseiten/Content/Kultur/Stadtarchiv>

Bestandsinhalt:

Wie schon gesagt, befinden sich im Bestand alle städtischen und privaten Schulen: Bürgerschulen, Berufsschulen, Gymnasien, Hilfsschulen, Hauptschulen, Kindergärten und Kinderbewahrungsanstalten, Volksschulen, Privatschulen, Realschulen, Musikschulen und Lehrerbildungsanstalten. Dementsprechend beinhalten die Akten alle Sachthemen dieser pädagogischen Einrichtungen. Hier eine Auswahl der sehr unterschiedlichen Akteninhalte: Gehälter der Lehrpersonen, Rundschreiben vom Landesschulrat für Tirol mit Anordnungen, jährliche Statistiken über das Schulwesen mit vielen Verzeichnissen von Lehrpersonen und Schülern – teilweise mit Anschriften, Namen und Berufe der Eltern usw., Schuldgelder und Armenbücher für sozialschwache Familien, landsturmpflichtiges Lehrpersonal und dessen Unabkömmlichkeitsanträge, Materialsammlungen für das Kriegsfürsorgeamt wie z. B. Kautschuk, Wolle, Metalle, Geld, Gold, Altpapier, teilweise Einzelfallakten über Lehrpersonen oder Schüler, wie z. B. sexuelle Belästigung einer Schülerin durch einen Lehrling¹.

Ab 1933 wurde erstmalige eine Registratursignatur vergeben. Diese Registratursignatur beginnt jährlich mit der Provenienzbezeichnung, einer laufenden Nummer und dem laufenden Jahr – z. B. Stadtschulrat, 12, 1933; Stadtschulrat, 12, 1934 usw.

Eine Systematik in der Vergabe der Signaturen war dahingehend zu erkennen, dass die Signaturen 1 und 2 jedes Jahres das Lehrpersonal zum Inhalt hatte. Weitere Beispiele wären, dass den Akten mit der Altsignatur Nummer 8 das Thema Schulgottesdienst oder Religionsunterricht im Allgemeinen zugewiesen wurde. Die Altsignatur Nummer 17 wurde an statistische Akten mit Schülerverzeichnissen vergeben usw. Anhand dieser gleich bleibenden Systematik konnte ich die zu verzeichnenden Akten schneller, aber auch einheitlicher erschließen und verzeichnen.

In den Jahren 1933 bis 1945 änderte sich der Inhalt der Akten natürlich entsprechend der politischen Situation: Schülerverzeichnisse mit dazugehöriger Konfession, Überwachung der Schülervereinstätigkeiten, Aufnahme von arischen Jungen in die Nationalpolitische Erziehungsanstalt Wien-Breitensee² (1941), Luftschutzmaßnahmen an den Schulen, Personalakten der Lehrpersonen mit Fotografien und Ahnennachweisung³ (1934), Notdienstverpflichtung von Schülern für den Kriegshilfeinsatz in der Luftwaffe und bei der Kriegsmarine⁴ (1934), Schüler zum

Flakdienst, Einberufung von Schülern des Geburtsjahrgangs 1928 in vormilitärische Skilager⁵ (1944), Eröffnung von Notschulen und Umquartierung von Schulen (1944). Es sollten nur noch nationalsozialistische Druckwerke und Schriftstücke als Lehrmaterial verwendet werden⁶ (1945).

Während des Praktikums war meine direkte Ansprechpartnerin für diesen Bestand Frau Dr. Zeindl. Regelmäßig kontrollierten und besprachen wir gemeinsam meine Verzeichnungsergebnisse. Hauptaugenmerk legte Frau Dr. Zeindl auf die richtige Indizierung, da ich mit der Anwendung der AUGIAS Datenbank weitestgehend vertraut war und nur die Indizierung Neuland für mich bedeutete. So konnte ich relativ problemlos die Verzeichnung des Bestandes durchführen.

Zusätzliche Aufgaben

Interessant für mich war, dass ich neben meiner Verzeichnungsarbeit bei vielen verschiedenen kleineren Projekten und Arbeiten einbezogen wurde. Wie zum Beispiel bei einer Aktenübernahme vom Sozialamt Innsbruck. Hierbei konnte ich alle archivischen Tätigkeiten wie Sichtungs-, Lagerungs- und Verpackungsarbeiten selbst durchführen. Des Weiteren habe ich den Kollegen bei Verpackungs- und Lagerungsarbeiten von Finanz- und Rechnungsbüchern der Stadt Innsbruck aus den Jahren 1880 bis 1960 unterstützt. Um am Anfang Innsbruck besser kennenzulernen, durfte ich digitales Bildmaterial von Innsbruck in die AUGIAS Datenbank einpflegen. Aufgrund der Konstellation, dass sich das Stadtarchiv und das Stadtmuseum im selben Gebäude befinden, habe ich auch den Umgang mit Museumsgut kennengelernt. Herr Dr. Morscher hat mich in die Erkennung, Bestimmung und Handhabung von Druckgrafiken – Kupferstiche, Stahlstiche, Holzstiche, Holzschnitte und Lithografien – eingeführt. Mithilfe der Publikation von Bamber Gascoigne „How to Identify Prints: A Complete Guide to Manual and Mechanical Processes from Woodcut to Inkjet“ haben wir – Herr Dr. Morscher und ich – über mehrere Wochen im Archivmagazin die Kunstdrucke des Archivs zu Schulungszwecken untersucht. Wann immer Herr Dr. Morscher Zeit hatte, hat er mir nach und nach die unterschiedlichsten Beschaffungsarten von Archiv- und Museumsgut nicht-kommunaler Registraturbildner gezeigt und erläutert. Zum Beispiel kauft das Stadtarchiv/Stadtmuseum teilweise Archiv- und Museumsgut von Auktionshäusern, wie z. B. Bassenge oder Reiss & Sohn, aber auch direkt von Privatleuten, auf Trödelmärkten oder in Antiquariaten.

¹ 07.05.05 Schule Nr. 378

² 07.05.05 Schule Nr. 364

³ 07.05.05 Schule Nr. 456

⁴ 07.05.05 Schule Nr. 462 und Nr. 463

⁵ 07.05.05 Schule Nr. 521

⁶ 07.05.05 Schule Nr. 541

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit durfte ich bei drei verschiedenen Veranstaltungen mithelfen. Zur Langen Nacht der Museen, bei der Buchpräsentation des Familienführers „Mit Kindern durch Innsbruck“ vom Löwenzahnverlag und bei dem Familientag, einer eintägigen Sonderveranstaltung mit speziellem Kinder- und Familienprogramm.



Lesesaal des Stadtarchivs mit der Präsenzbibliothek

Fazit des Praktikums

Besonders hervorheben möchte ich, dass sich Herr Dr. Morscher sehr für meine Weiterbildung eingesetzt hat. Ein großer Vorteil beiderseits war es, dass ich schon zwei Jahre Erfahrung mit der Arbeit in der Archivdatenbank AUGIAS hatte und er mir stattdessen genauer die tägliche Arbeit in einem Stadtarchiv zeigen konnte. Ich wurde in das Erkennen von Druckgrafiken eingeschult, habe neue Methoden der Bestandsergänzung kennengelernt und einen eigenen Bestand von Anfang bis Ende bearbeiten dürfen. Des Weiteren habe ich das österreichische Archivwesen und die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildungen von Archivaren in Österreich kennengelernt.

Außerdem habe ich das erste Mal mit der Indizierung in AUGIAS gearbeitet.

Als Fazit der acht Wochen kann ich nur jedem empfehlen, an solchen Projekten teilzunehmen, vor allem weil das Leonardo da Vinci Projekt alle finanziellen Kosten abdeckt.

Zum Schluss möchte ich mich noch herzlich bei den Personen bedanken, die mir dieses Praktikum ermöglichten, mich intensiv betreuten und unterstützten: Frau Zick, Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft und Verwaltung Berlin; Herr Dr. Scholz, Ausbilder im Brandenburgischen Landeshauptarchiv; Herr Dr. Morscher, Leiter des Stadtarchivs/Stadtmuseums Innsbrucks; Frau Dr. Zeindl, Mitarbeiterin im Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck und Herr Mag. Kubanda, Mitarbeiter im Stadtarchiv/Stadtmuseum Innsbruck.

Die aktuelle Website, wenn es um die Ausstattung Ihres Archives geht:

www.eichmueller.com

Eichmüller Organisation GmbH.
Bibliotheks- und Archivausstattung
Postfach 1620 74006 Heilbronn Tel. 07131 17 60 91

1919–2009 Kompetenz in Service und Qualität

... und seit 1950 spezialisiert auf Bibliotheks- und Archivausstattung

AUGIAS-Data

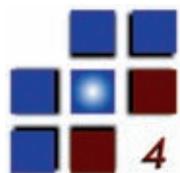
Software und Webdienste für Ihr Archiv



AUGIAS-Archiv 8.2
Online-Bestellung
Magazinverwaltung
Internet-Assistent



AUGIAS-Zwischenarchiv 8.2
Verwaltung der Altregistratur
Import von Ablieferungslisten
Kassationsregie



AUGIAS-Express 4
Archiv-Software »for Small Budget«
jetzt auch als Netzwerk-Version
FINDBUCH.Net-Schnittstelle



WWW.FINDBUCH.Net
Findbücher im Internet
Bestandsübersichten Online
Contentmanagement



WWW.AUGIAS.Net
Archivisches Nachrichtenportal
Termine, Stellenmarkt, Bibliografie
Kostenlose Veröffentlichung von
Meldungen aus dem Archivwesen

Kostenfreie Demoversionen auf Anfrage.
Weitere Informationen unter WWW.AUGIAS.DE

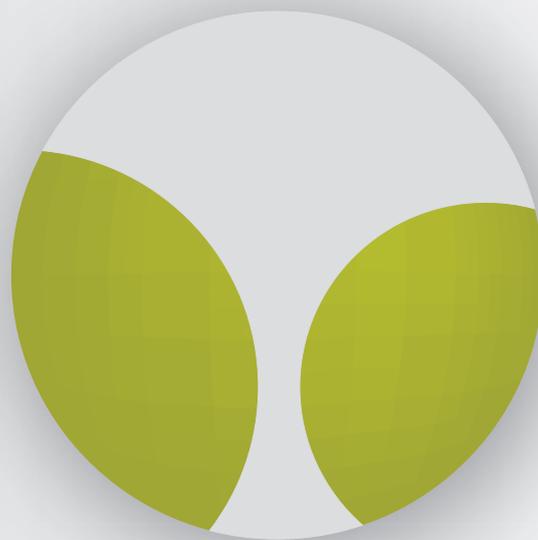


SMART & FAIR

CMISTAR Smart ist die smarte und preiswerte Version der bewährten Langzeitarchivierungssoftware CMISTAR. CMISTAR Smart ist eine schlanke, schnelle und einfach zu bedienende Lösung für alle Archive. Sie erlaubt die Strukturierung der Archive nach ISAD G und lässt sich auf einem PC/Laptop oder auf einem Server als Mehrplatzinstallation für bis zu 5 Benutzer einrichten.

CMISTAR Smart bringt alles mit, was es für die professionelle und effiziente Archivierung braucht – selbst die Datenbank wird gleich mitgeliefert.

Die Demoversion gibt es kostenlos unter:
www.cmistarsmart.ch



smart
CMISTAR

Die smarte und preiswerte
Standardlösung für alle Archive

FAKTEN

die für CMISTAR Smart sprechen:

- Eine Datenbank für alle Archivalien
- Umfassende Recherchemöglichkeiten
- Personen-, Sach- und Ortsregister
- Integration von digitalen Objekten
- Findbuch auf Knopfdruck
- Massenänderungsassistent
- Einzelplatz- und Client/Server-Installation unterstützt
- Installationsassistent für die selbständige Installation
- Upgrademöglichkeit auf Vollversion CMISTAR

www.cmistarsmart.ch

 CM INFORMATIK

Ringstrasse 7 • CH-8603 Schwerzenbach • Schweiz
T: +41 43 355'33'99 • info@cmiag.ch • www.cmiag.ch